

# BLICKPUNKT BUNDESTAG

[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)



März 2/2006  
2,00 Euro  
ISSN 14359146  
G10624

Der Wehrbeauftragte  
des Deutschen Bundestages

## Anwalt der Soldaten

Sonderthema  
Die Ausschüsse  
des Bundestages

Streitgespräch  
Familienpolitik  
Neue Liebe zum Kind?

# wir sehen

die nächste Generation großer Erfinder.

Beim Microsoft Imagine Cup, dem weltweit führenden Technologie-wettbewerb für Schüler und Studierende, können junge Erfinder ihre Kreativität unter Beweis stellen und ihre Ideen und Träume verwirklichen. Wir unterstützen junge Leute in der ganzen Welt, damit aus ihren Innovationen die Technologien von morgen werden. Erfahren Sie mehr unter [www.microsoft.com/germany/potenzial](http://www.microsoft.com/germany/potenzial)

Ihr Potenzial. Unser Antrieb.  
**Microsoft**



## INHALT

### Begegnungen

2 Gastgeber Bundestag

### Titel

4 Anwalt der Soldaten  
Der Wehrbeauftragte  
des Deutschen Bundestages

### Tagesläufe

10 Auf eine Antwort kommen fünf neue Fragen  
Konrad Schily, FDP

### Hintergrund

15 Hautnah dabei  
Ausländische Journalisten  
berichten über den Bundestag

### Inkognito

18 Ein bewegtes Leben

### Sonderthema Die Ausschüsse des Bundestages

20 Facharbeit für gute Gesetzgebung  
24 Die 22 ständigen Ausschüsse  
46 Infos zum Thema

### Menschen

47 Was gut und was wichtig ist  
Der Ausschusssekretär Martin Frey

### Details

50 Häuser und Räume III:  
Die Säle der Ausschüsse

### Debatte

52 Im toten Winkel der Öffentlichkeit  
Forum: Rechtsextremismus

58 Neue Liebe zum Kind?  
Streitgespräch: Familienpolitik

### Essay

61 Kinderrepublik Deutschland?  
Von Ulrich Deupmann

### Panorama

62 Drei Fragen an Abgeordnete  
Luc Jochimsen, Die Linke.

62 Buchtipp  
Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen

63 Ran an die Menschen  
Report: Zehn Jahre [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

64 Gefallen Ihnen besprühte Wände nicht?  
Experten: Jörg van Essen, FDP



## EDITORIAL



Stefan Thomas.

### Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Ausgabe des BLICKPUNKT BUNDESTAG machen wir es Ihnen etwas schwerer – bei unserer **Preisfrage**, die es wie in jedem Heft zu beantworten gilt. Wie immer schildern wir den Lebenslauf einer parlamentarischen Persönlichkeit, die Sie erraten müssen. Auf die Ergebnisse bin ich gespannt. Denken Sie auch daran, dass sich die Teilnahme lohnt. Der Preis ist eine interessante Reise mit einigen Blicken „hinter die Kulissen“.

In diesem Jahr begeht der Bundestag auch ein Jubiläum – die Institution des **Wehrbeauftragten** gibt es seit 50 Jahren. Im März 1956 wurde nach schwedischem Vorbild das Grundgesetz um einen Artikel erweitert und dieses Amt in der Bundesrepublik eingeführt. Der Person und dem Amt ist das Titelthema gewidmet. Inzwischen haben sich auch die **Ausschüsse** konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. In unserem Sonderteil stellen wir die 22 ständigen Ausschüsse und ihre Themenschwerpunkte vor.

Der „Alltagsarbeit“ in einem Ausschuss haben wir jedoch einen gesonderten Beitrag gewidmet und einem Kollegen bei seiner Arbeit über die Schulter geschaut.

Übrigens – wenn es Themen gibt, die Sie besonders interessieren, schreiben Sie uns.

*Stefan Thomas*

Titel: Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, mit Soldaten des Panzergrenadierbataillons 421.



Begegnungen im Parlamentsviertel

# GASTGEBER BUNDESTAG

## Dialog mit der Jugend

In der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes macht Susanne Kastner, die eben, um 19.10 Uhr, die Plenarsitzung geschlossen hat, eine kurze Pause. Jetzt hat die Vizepräsidentin des Bundestages einige Minuten Luft für ein Gespräch über ein Vorhaben, das ihr besonders am Herzen liegt. Es geht um die Jugendmedientage im Bundestag, bei denen vom 18. bis 21. Mai 600 junge Journalistinnen und Journalisten mit 150 Referentinnen und Referenten aus Medien, Politik, Kultur und Gesellschaft diskutieren werden. Die deutschen Nachwuchsjournalisten werden auch mit 350 jungen amerikanischen Stipendiaten zusammenkommen, die an diesem Tag im Rahmen des Parlamentari-



Jugendmedientage im Bundestag.

schen Patenschaftsprogramms (PPP) ebenfalls im Bundestag sein werden. „Fast 1.000 Jugendliche auf der Fraktionsebene, so etwas hat es im Bundestag noch nie gegeben“, meint die Schirmherrin der Jugendmedientage. Mit diesem Ereignis soll ein neuer Dialog zwischen Jugend und Politik angestoßen werden. „Wir wollen miteinander diskutieren und nicht übereinander“, sagt Susanne Kastner.

## Ansturm zur WM

Viel Aufmerksamkeit wird das Parlament auch während der Fußball-WM auf sich ziehen, wenn in einem stilisierten Nachbau der Reichstagskuppel Besucher aus aller Welt über die Aufgaben und die Arbeit des Bundestages informiert werden. **Werner Braun**, im Bundestag zuständig für diese „Bundestagsarena“, schaut sich an einem grauen Februarnachmittag die geplante Bau-

stelle zwischen Paul-Löbe-Haus und Kanzleramt an. Er betont, das ehrgeizige Projekt sei notwendig, weil der Ansturm zu den Weltmeisterschaftsspielen die Kapazitäten des Bundestages sprengen werde. Allein der benachbarte Fußballpark erwarte über zwei Millionen Besucher. „Wir wollen aber auch die Fans, die sich nicht nur für Fußball interessieren, offen und gastfreundlich empfangen“, meint Braun. Gerade für jene, die neben dem Fußball etwas über Politik erfahren wollen, möchte man ein interessantes Angebot bereithalten. Einen erheblichen Teil zur Finanzierung sollen private Sponsoren erbringen.

## Bildung trifft Politik

Aber schon zu normalen Zeiten sind ständig Gäste im Bundestag. Da verabschiedet sich im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus gerade Volker Wagner von einer Besuchergruppe. Der Stadt- und Bauhistoriker, der über die stadtgeschichtlichen Grundlagen des Parlamentsviertels promoviert hat, führt auch für den Besucherdienst des Bun-

destages durch die Parlamentsbauten. Er meint, das Gebäude, das die Bundestagsbibliothek beherbergt, sei seiner Namensgeberin besonders angemessen. Denn sie habe immer die Auffassung vertreten, dass Bildung und Politik zusammengehörten.

Auf der gebogenen Bramante-Treppe des Gebäudes, die nach Donato Bramante, dem ersten Architekten der Hochrenaissance, benannt ist, erzählt Wagner vom Gebäude und der vor 40 Jahren am 23. März 1966 gestorbenen Marie-Elisabeth Lüders. Sie war gemeinsam mit ihrer Freundin Agnes von Harnack erste Studentin an der Berliner Universität, kämpfte später im Reichstag und im Bundestag für die Gleichstellung der Frau. Wagner: „Sie überhörte das Füßescharren ihrer männlichen Kommilitonen in den Hörsälen genauso wie später das Raunen im Plenarsaal des Reichstags.“ Sie und ihre Mitstreiterinnen hatten so viel Erfolg, dass einige Männer meinten, einen Verein „zur Bekämpfung der Frauenbewegung“ gründen zu müssen. Der Verein, der „die Frauen wieder zu sich selber führen“ wollte, konnte seine „erhabene Aufgabe aus Mangel an Mitgliedern nicht erfüllen“, habe Lüders später amüsiert festgestellt.



Marie-Elisabeth Lüders (1878-1966).

## Ausweise für Stammgäste

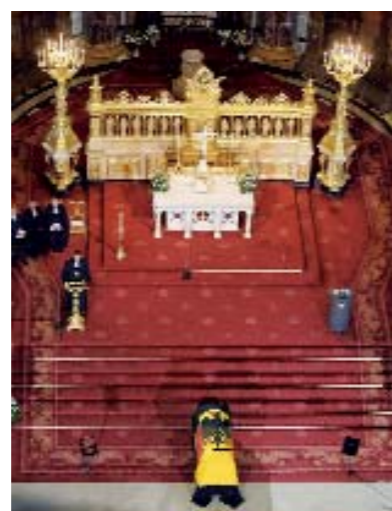
Eine besondere Art Besucher stellen die Presseleute dar, die regelmäßig oder auch aus besonderem Anlass über den Bundestag berichten. Sie alle müssen zu Heidrun Vogel und Corinna Weber, die in der Wilhelmstraße, unweit der Spree, ihre Arbeit tun. Die beiden sind Mitarbeiterinnen der Parlamentspressestelle und zuständig unter anderem für die Ausgabe der Presseausweise. In den ersten beiden Monaten des Jahres haben sie Hochkonjunktur.

Rund 3.000 beim Bundestag akkreditierte Pressevertreter brauchen neue Plastikkarten. Und jeder von ihnen muss aus Sicherheitsgründen persönlich erscheinen. Da kommt es vor, dass ganze Redaktionen schlagartig das Zimmer füllen. Ab und zu müssen Kunden auch wieder weggeschickt werden, wenn sie vergessen haben, ihren Ausweis mitzubringen. Viel Arbeit, aber den

beiden macht der Publikumsverkehr Spaß. Besser, als den ganzen Tag Akten zu bearbeiten, meint Corinna Weber, die vorher beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gearbeitet hat. Diese Behörde zog von Berlin nach Bonn um, und der Bundestag war „Tauschbehörde“ für die Mitarbeiter, die an der Spree bleiben wollten. Klaus Lantermann

## Staatsakt und Trauergottesdienst Letzte Ehre für Johannes Rau

Mit einem Staatsakt hat die Bundesrepublik Deutschland am 7. Februar ihrem Altbundespräsidenten Johannes Rau die letzte Ehre erwiesen. An dem Trauergottesdienst im Berliner Dom nahmen neben Raus Familienangehörigen, seinen Freunden und Weggefährten aus der Politik auch die Repräsentanten der deutschen Verfassungsorgane und vieler Nachbarstaaten sowie Vertreter der Kirchen teil. Raus Nachfolger als Staatsoberhaupt, Horst Köhler, sagte in seiner Ansprache: „Johannes Rau hat Deutschland vorbildlich vertreten und im Inneren zusammengehalten.“



Sein Einsatz für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wirkt fort. Johannes Rau hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.“ Rau war am 27. Januar im Alter von 75 Jahren gestorben. Nach dem Gottesdienst wurde er auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin beigesetzt. Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte in seinem Kondolenzschreiben an Raus Witwe betont, die Amtsführung des Verstorbenen als Bundespräsident sei geprägt gewesen „von seiner großen politischen Erfahrung, seiner Lebensklugheit und Menschlichkeit“.

### VERANSTALTUNGSTIPP:

## Info-Mobil des Bundestages

Das Info-Mobil informiert bundesweit über die Arbeitsweise des Parlaments und seiner Abgeordneten. Bundestagsabgeordnete berichten über ihre persönlichen Erfahrungen im Parlament und stehen den Bürgerinnen und Bürgern für Gespräche zur Verfügung. Das Info-Mobil hat eine Bühne und einen überdachten Besprechungsraum. Im ersten Vierteljahr 2006 wird es noch folgende Städte anfahren: Unna (9.3.-11.3.2006), Dortmund (13.3.-15.3.2006), Bochum (16.3.-18.3.2006), Herne (20.3.-22.3.2006), Gelsenkirchen (23.3.-25.3.2006)



Deutscher Bundestag  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Frau Kienitz  
Tel.: 0 30/2 27-3 51 96  
E-Mail: gabriele.kienitz@bundestag.de



## TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

### 21. Februar bis 15. März

Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstraße 140/Stresemannstraße 28  
Johannes Rau, Fotoausstellung  
Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr  
Personalausweis erforderlich

### 8. März, 19 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung  
Rosenthaler Straße 40/41,  
Hackesche Höfe  
Grenzgänge: No Body is Perfect  
Der Umbau des menschlichen Körpers  
Podium/Diskussion zu Fragen nach  
Manipulation, Modifikation und Potenzierung des menschlichen Körpers

### 16. März, 18 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzraum  
Film „Genesung“ (1956)  
Reihe „Kino der Wünsche“ –  
Filme von Konrad Wolf  
Tel.: 0 30/44 31 01 26

### 22. März, 10.30 Uhr

Forum der DZ Bank  
am Brandenburger Tor  
Aktive Bürgerschaft e.V. in Berlin  
Verleihung „Förderpreis  
Aktive Bürgerschaft 2006“  
www.aktive-buergerschaft.de  
Anmeldung erforderlich,  
Tel.: 0 30/24 00 08 80

### 29. März bis 2. April

Landesvertretung Schleswig-Holstein  
In den Ministergärten 8  
„Stele Säule Sockel“  
Bildende und angewandte Kunst  
von 30 Künstlerinnen  
Täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr

### 4. April, 18.30 bis 20.30 Uhr

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Tiergartenstraße 35  
Deutsch-polnische Irritationen  
in Hinsicht auf das Zentrum  
gegen Vertreibung  
Vortrag/Diskussion mit Dr. Helga Hirsch,  
Journalistin

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages führt ein besonderes Amt. Kein anderes Land verfügt über eine vergleichbare, sogar in der Verfassung verankerte Institution. In der Regel wird der Wehrbeauftragte immer dann tätig, wenn ihm Umstände bekannt werden, die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldatinnen und Soldaten oder Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren Führung der Bundeswehr schließen lassen. Jede Soldatin und jeder Soldat kann sich mit Beschwerden direkt und ohne Einhaltung des Dienstweges an ihn wenden.

Vor 50 Jahren wurde dieses parlamentarische Amt mit einer Grundgesetzänderung geschaffen. Zeit für eine ausführliche Würdigung: **BLICKPUNKT BUNDESTAG** begleitete Reinhold Robbe, den Wehrbeauftragten des Bundestages, bei einem Truppenbesuch in Brandenburg.



Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

# Anwalt der Soldaten





Schranke hoch: Der Wehrbeauftragte trifft beim Panzergrenadierbataillon 421 in Brandenburg ein.

Brandenburg an der Havel, Panzergrenadierbataillon 421. Einer von vielen Truppenbesuchen des Wehrbeauftragten. Um 10:30 Uhr fährt der Dienstwagen am Tor der Rolandkaserne vor, die Wache salutiert und lässt den Wagen passieren. Gleich hinter dem Tor steht der Kommandeur bereit und geleitet den Wehrbeauftragten hinüber zum Stabsgebäude.

Für Reinhold Robbe ist es der 27. Truppenbesuch seit seiner Amtsübernahme im Mai vergangenen Jahres. Die Visiten des Wehrbeauftragten bei der Bundeswehr versetzen die Soldaten immer ein wenig in Aufregung. Manchmal kommt es vor, dass er am Kasernentor die Wache erst einmal von seinem Recht in Kenntnis setzen muss, jederzeit und auch unangemeldet der Truppe Besuche abstaten zu können – ein Recht, das als Zivilisten in Deutschland nur er und der Bundesverteidigungsminister haben.

An diesem Tag ist alles gut vorbereitet. Ein umfangreiches Programm wartet auf den Wehrbeauftragten. Nach einem kurzen Vier-Augen-Gespräch mit dem Kommandeur folgen bis in den Nachmittag hinein im Stundentakt Gespräche mit den Soldaten. Erster Termin: die Rekrutenausbildung auf der Hindernisbahn. 14 Mann müssen hier bei minus zehn Grad unter Stahlseilen hindurch robben oder mit Anlauf den Sprung in eine zwei Meter tiefe Grube schaffen.

Der Befehl „Antreten!“ ertönt. Die Rekruten stehen in exakter Reihe. Dann zieht sich der Ausbilder zurück und lässt den Wehrbeauftragten mit den Soldaten allein. Reinhold Robbe stellt sich kurz vor, lange Monologe liegen ihm nicht – er sucht das Gespräch. „Entspricht der Wehrdienst bislang Ihren Erwartungen?“, will Robbe wissen. Die Antworten kommen zaghaft. Anstrengend sei der Dienst – jeden Tag von 7 bis 21 Uhr draußen in der Kälte, das ginge an die Kräfte. Größere Klagen aber gibt es nicht. Die Frage, ob sie denn schon vom Wehrbeauftragten gehört hätten, können die Rekruten bejahen. 90 Minuten habe ein Ausbilder dazu referiert.

### Vertrauliche Gespräche

Nächste Station ist das Offizierskasino. Im Gesellschaftsraum versinken zwölf Rekruten in dicken Ledersesseln. Das Gespräch kommt schnell in Gang. Robbe bricht das Eis mit einigen Bemerkungen über Dialekte und seine ostfriesische Herkunft, die seiner Sprache deutlich anzumerken ist. Reihum werden die Soldaten ihre Klagen los. Sie beschwerten sich, dass häufig das Essen nicht für alle reicht, dass die Einheit nicht genug Sportschuhe für die Rekruten zur Verfügung stellen kann und dass vier Duschen für 40 Mann doch recht wenig seien. Ein Rekrut berichtet von einem Kameraden, den der Truppenarzt trotz ernsthafter Knieverletzung nicht krankschreiben woll-

te. Dass ein Elternteil des Soldaten aus Kuba stamme, habe dabei wohl eine Rolle gespielt, mutmaßt er. Robbe bittet den Soldaten, diese Bedenken noch einmal schriftlich formuliert an ihn zu übergeben.

Es sind viele kleine Sorgen und Nöte, von denen der Wehrbeauftragte bei seinen Truppenbesuchen hört. Reinhold Robbe kennt die Probleme genau, auch wenn er selbst nie Soldat war. In den 70er Jahren hat er Zivildienst geleistet. Als junger Mensch wollte er nicht einsehen, dass er im Ernstfall auf seine Verwandten in Erfurt oder Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) hätte schießen müssen. „Ich gehe mit diesem Thema offen um“, erklärt Robbe und fügt hinzu, dass er heute durchaus Wehrdienst leisten würde. Als ehemaliger Verteidigungspolitiker und langjähriger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses kennt er die Bundeswehr sehr gut. Und doch hat Robbe auch in seinem ersten Amtsjahr als Wehrbeauftragter noch jeden Tag dazugelernt. Die Truppenbesuche und vertraulichen Gespräche mit den



### Reinhold Robbe und seine Vorgänger – die Wehrbeauftragten seit 1959:

- 1959-1961: Helmuth von Grolman
- 1961-1964: Hellmuth Guido Alexander Heye
- 1964-1970: Matthias Hoogen
- 1970-1975: Fritz Rudolf Schultz
- 1975-1985: Karl Wilhelm Berkhan
- 1985-1989: Willi Weiskirch
- 1989-1995: Alfred Biehle
- 1996-2000: Claire Marienfeld-Czesla
- 2000-2005: Willfried Penner

„Ich erhalte heute einen ungeschminkten Eindruck von der Basis.“



Bild oben: Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe im Gespräch mit einem Hauptfeldwebel.



Darunter: Antreten für den Wehrbeauftragten – Rekruten des Panzergrenadierbataillons 421.

Soldaten bieten Einsichten, die selbst einem Verteidigungspolitiker manchmal verschlossen bleiben: „Ich erhalte heute einen ungeschminkten Eindruck von der Basis. Da ist nichts weichgespült, wie in manchen Berichten, die man als Politiker auf den Tisch bekommt“, sagt er.

Diesen „ungeschminkten Eindruck von der Basis“ braucht der Wehrbeauftragte auch, um sein Kerngeschäft zu erledigen: die Bearbeitung der jährlich etwa 6.000 Eingaben von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Vom Rekruten bis zum General nutzen sie dieses Recht, das es nur in den deutschen Streitkräften gibt – vorbei an den Vorgesetzten eine Eingabe, gleich welchen Inhalts, an den Wehrbeauftragten zu richten.

Es sind diese Petitionen, um die sich die insgesamt fünfzig Mitarbeiter im Amt des Wehrbeauftragten in erster Linie kümmern. „Alle Eingaben, die an mich persönlich gerichtet sind, lese ich selbst“, sagt Robbe. Aber auch über alle anderen Fälle, mit denen das Haus betraut wird, lässt er sich regelmäßig

unterrichten. Die Mitarbeiter des Wehrbeauftragten sind Angehörige der Bundestagsverwaltung. Ihre Abteilung „Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages“ gliedert sich derzeit in fünf Referate – entsprechend den ministeriellen Ordnungsprinzipien: So gibt es ein Referat für „Menschenführung in der Bundeswehr/Soldaten im Ausland“ oder für „Fürsorgeangelegenheiten/Soldat und Familie“.

### Geist der Inneren Führung

Nimmt man die Statistik, dann geht es bei der überwiegenden Zahl der Eingaben um Personalfragen und Beförderungen. „Das ist natürlich auch eine Folge der zu knapp bemessenen Stellen bei der Bundeswehr“, erklärt Robbe. Auch wenn er um die Bedeutung der Thematik weiß, meint er: „Ginge es allein um solche Beschwerden, bräuchte man den Wehrbeauftragten vielleicht gar nicht“.

Wenn es allerdings um Verstöße gegen den Geist der Inneren Führung geht, ist eine parlamentarische Kon-

trollinstanz wichtiger denn je. „Im vergangenen Jahr beschwerte sich zum Beispiel ein Soldat, der von seinem Vorgesetzten gezwungen wurde, einen Kühlschranks zu grüßen. Das verstößt gegen alle Prinzipien der Inneren Führung!“, empört sich der Wehrbeauftragte. Man könnte dieses Dienstvergehen sicher auch disziplinarisch ahnden. Doch im Gegensatz zu einem Anwalt nutzt Robbe in einem solchen Fall andere Wege. „Ich kann die Dienststelle direkt anschreiben und wenn das nichts hilft, die Sache notfalls bis zum Minister eskalieren lassen. Das sind Möglichkeiten, die ein Anwalt zum Beispiel nicht hat.“

Manchmal sei es allerdings auch Aufgabe des Wehrbeauftragten, die Bundeswehr gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen. „Nehmen wir den Fall Coesfeld vor eineinhalb Jahren. Da kam in der Öffentlichkeit der pauschale Vorwurf auf, die Ausbilder der Bundeswehr würden systematisch Wehrpflichtige misshandeln. Als das Ganze in den Medien hochkochte, konnte mein Vorgänger, Willfried Pen-

## Das Prinzip der Inneren Führung

Unter dem Begriff „Grundsätze der Inneren Führung“ wurde bei der Schaffung der Bundeswehr ein Reformkonzept erörtert, das die neuen Streitkräfte in bewusster Abkehr von früheren Traditionen künftig prägen sollte. Der Begriff fand, ohne dass er exakt definiert wurde, Aufnahme in das Wehrbeauftragtengesetz. Bis heute wird immer wieder lebhaft um Wesen und Wirkung der „Inneren Führung“ diskutiert.

Im Innenverhältnis der Streitkräfte sollen die Grundsätze einer zeitgemäßen Menschenführung praktiziert werden. Innere Führung dient dazu, die Spannungen auszugleichen und ertragen zu helfen, die sich aus den individuellen Freiheitsrechten des Bürgers einerseits und den militärischen Pflichten des Soldaten andererseits ergeben. Wesen und Formen des Führungsverhaltens der Vorgesetzten müssen von der Menschenwürde als Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung geprägt sein.

Im Außenverhältnis sollen sich die Streitkräfte als Institution und die Soldaten als Einzelne wie alle anderen Bundesbürger in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung einfügen. Sie sollen sich selbst als integraler Bestandteil der Gesamtgesellschaft verstehen und auch von außen so gesehen werden.

Die Diskussion in der Bundeswehr über den Begriff der „Inneren Führung“ fand ihren vorläufigen Abschluss durch den Erlass der Zentralen Dienstvorschrift 10/1 – „Innere Führung“ im Februar 1993. In ihr wird die Konzeption der „Inneren Führung“ beschrieben und ihrem Inhalt nach dargestellt.

Der Wehrbeauftragte hat nach dem im Grundgesetz festgelegten Auftrag zum „Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der parlamentarischen Kontrolle“ über die Streitkräfte tätig zu werden. Das Gesetz über den Wehrbeauftragten definiert seine Aufgaben im Einzelnen. Danach wird er tätig, wenn ihm Umstände bekannt werden, die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldaten oder auf Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren Führung schließen lassen.

**i Ausführliche Informationen:**  
www.bundestag.de/  
parlament/wehrbeauftragter

ner, dazu beitragen, die Aufregung etwas aus der Debatte zu nehmen.“ Mit vollem Recht habe Penner den Generalverdacht, unter dem plötzlich alle Ausbilder der Bundeswehr standen, abgewehrt. Auch Robbe ist überzeugt, dass die Bundeswehr keineswegs eine Armee von Schleifern und Drangsalierern ist. Daher sei es nicht angemessen, die Masse der immerhin 12.000 Ausbilder pauschal zu kritisieren.

## Parlamentskontrolle

„Es ist auf der anderen Seite aber leider auch eine gesellschaftliche Realität, dass sich kaum jemand für die besonderen Belange der Soldaten interessiert“, so Robbe. Deshalb begrüße er eine Initiative des Bundespräsidenten, der sich öffentlich für eine bessere Würdigung des nicht einfachen Soldatenberufes durch die Gesellschaft ausgesprochen hatte.

Als das Amt des Wehrbeauftragten vor 50 Jahren geschaffen wurde, spielten derartige Fragen kaum eine Rolle. Damals ging es vor allem darum, das Prinzip der Inneren Führung, das für die Bundeswehr entwickelt wurde, auch wirklich in der Truppe zu verankern. Für Verstöße dagegen sollten

die Soldaten ein wirksames Beschwerderecht erhalten. Der Wehrbeauftragte ist neben dem Parlamentsvorbehalt für Bundeswehrein-sätze und dem ständigen Recht des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss zu tagen, Ausdruck der parlamentarischen Kontrolle über die Bundeswehr. Aufgrund dieser Befugnisse des Bundestages spricht man in Deutschland auch von einer „Parlamentsarmee“.

Heute sieht sich Robbe auch als „Anwalt“ der Soldaten. Die Ansprüche an die Bundeswehr seitens der Politik seien enorm gestiegen. Allein die Auslandseinsätze mit knapp 7.000 Soldatinnen und Soldaten belasten die Streitkräfte bis an die Grenze ihrer Kapazität. Seit 15 Jahren hat die Truppe eine Reform nach der anderen zu bewältigen. Und der angestrebte Umbau von der einstigen Verteidigungsarmee hin zur flexiblen Einsatzarmee ist noch keineswegs abgeschlossen.

„Die Bundeswehr braucht dringend eine Phase der Konsolidierung und Erholung, ihre Angehörigen brauchen Planungssicherheit“, ermahnte Robbe Mitte Januar die Abgeordneten, als er im Plenum den Jahresbericht

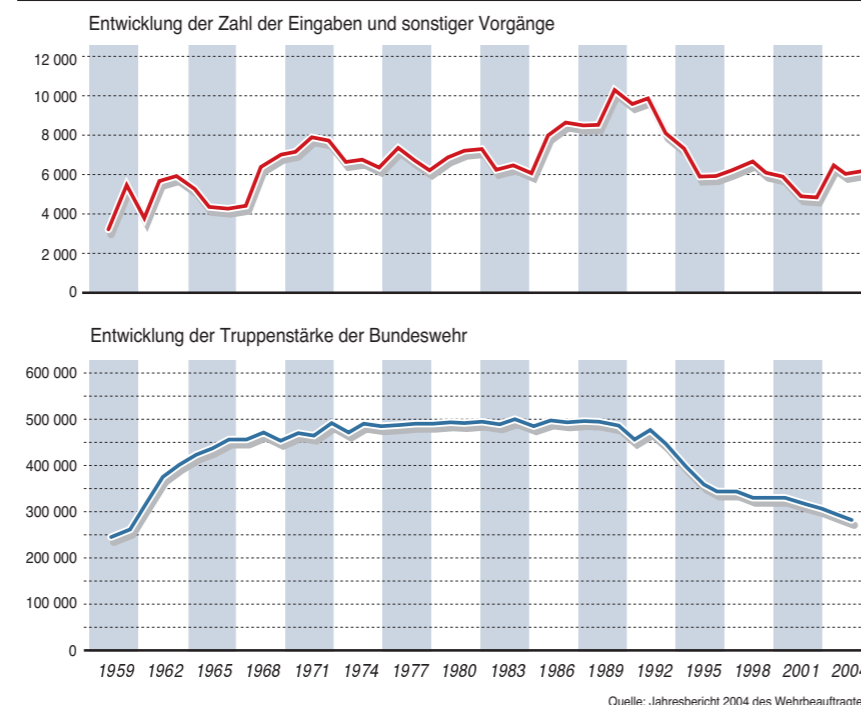
## „Die Soldaten müssen im Einsatz die bestmögliche Ausrüstung erhalten.“



Bild oben: Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe trifft Soldaten bei einer Übung.

Darunter: Im Gespräch mit Rekruten am Biwak auf dem Übungsplatz.

## Vorgänge beim Wehrbeauftragten und Truppenstärke von 1959 bis 2004



2004 vorstellte. Der Jahresbericht, vor allem die Debatte darüber im Plenum und nicht zuletzt der besondere Platz des Wehrbeauftragten im Plenarsaal zeugen von dem Gewicht, das der Bundestag der Arbeit des Wehrbeauftragten beimisst. Im Verteidigungsausschuss wird er ohnehin regelmäßig gehört und zu seiner Einschätzung befragt.

## An der Belastungsgrenze

Robbes Stimme hat auch deshalb Gewicht, weil er ständig bei der Truppe ist. Nicht nur viele der Standorte im Inland, auch die Einsatzgebiete in Afghanistan, in Bosnien, im Kosovo und in Djibouti hat er schon besucht. Die Standards, die die Bundeswehr im Einsatz für ihre Soldaten liefert, können aus seiner Sicht nicht hoch genug sein. „Die Soldaten müssen im Einsatz die bestmögliche Ausrüstung erhalten“, sagt er. „Und wer im Einsatz verwundet wird, wie jüngst die beiden Feldwebel in Afghanistan, der muss auch optimal medizinisch versorgt werden.“

Wie schwer die Truppe an Belastungen trägt, darum geht es auch bei den Grenadiern in Brandenburg. Im vergangenen Jahr waren Teile des Bataillons im ISAF-Einsatz in Afghanistan. Einige Soldaten meinen, darauf nicht optimal vorbereitet worden zu sein. Sie wünschen sich vor allem einen wirklich ausreichenden Englischunterricht und eine bessere, frühzeitige Abstimmung beziehungsweise Zusammenstellung der einzelnen Einsatzkontingente. Ein junger Feldwebel hat noch ein anderes Anliegen. Der Soldat beklagt fehlendes Gerät am Standort und reicht dem Wehrbeauftragten eine Liste mit Ersatzteilen, auf die er schon lange wartet.

Aus solchen Berichten hat Robbe längst die Konsequenz gezogen, dass der Bundeswehr momentan keine zusätzlichen Belastungen mehr zuzumuten sind. Er findet dabei deutliche Worte – auch in der Öffentlichkeit. „Ich glaube nicht, dass ein großer, robuster Einsatz, also ein Einsatz mit 500 bis 1.000 Mann, für die Truppe derzeit zu verkraften ist“, äußerte er sich kürzlich

zu einem möglichen Kongo-Einsatz der Bundeswehr.

Die Soldaten des Panzergrenadierbataillons 421 werden das aufmerksam registrieren. Ende 2006 steht für sie wieder ein Einsatz in Afghanistan an. Ein Jahr später wird das Bataillon aufgelöst. Die Zivilbediensteten am Standort, aber auch viele Soldaten gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Auf den Wehrbeauftragten wird dann möglicherweise einiges an Arbeit zukommen.

Text: Matthias Rumpf

Fotos: Anke Jacob, Deutscher Bundestag

## i Kontakt und Information:

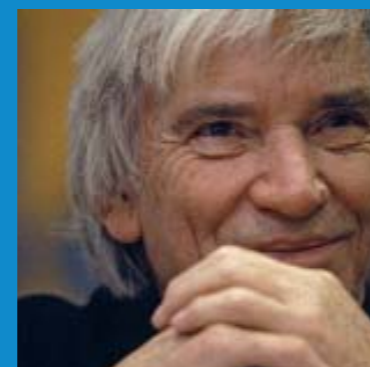
Reinhold Robbe  
Wehrbeauftragter  
des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 0 30/72 61 60-0  
Telefax: 0 30/72 61 60-2 83  
wehrbeauftragter@bundestag.de



# Auf eine Antwort kommen fünf neue Fragen

Konrad Schily hat mit 32 ein Krankenhaus gebaut, mit 45 eine Universität gegründet und ist mit 68 Jahren für die FDP in den Deutschen Bundestag eingezogen.

Nun steht wieder vieles auf Anfang.



Links neben dem Tresen führt eine kleine Treppe in ein Hinterzimmer. Damit gleicht der Ratskeller in Witten manchen seiner Art. Konrad Schily sagt, im vergangenen Jahr habe er in diesem Hinterzimmer gegessen und sei gefragt worden, ob er sich das vorstellen könne: Bundestagswahlkampf zu machen für die FDP, in die er wenige Monate zuvor eingetreten war. Der Schily, mögen sich die Fragenden damals gedacht haben, ist doch für diesen Wahlkreis Ennepe-Ruhr Nord genau richtig. Ein Denker. Einer der neugierig ist und deshalb immer wieder Neues ausprobiert. Ein Gründer und Gestalter. Einer der weiß, wie die Menschen ticken und warum sie tun, was sie nicht lassen können. Das war im Frühsommer 2005. Im September zog der Mediziner und Hochschulpolitiker Schily in den Bundestag ein.

Ein politisch Denkender und Handelnder war er schon immer. Seit September ist er Politiker. Und wenn er in Witten, Herdecke, Hattingen oder Sprockhövel unterwegs ist, dann als der Wissenschaftler Schily und der Bundestagsabgeordnete Schily in einer Person. Das öffnet Türen, verschließt vielleicht auch manche, wirft eine Menge Fragen auf und macht viel Arbeit. Spaß allerdings auch.

## Universität Witten/Herdecke



Sein Büro im Forschungs- und Entwicklungszentrum der ersten deutschen **Privatuniversität Witten/Herdecke** gibt freien Blick. Wiese, langsam ansteigende Landschaft, die sich fern im Bergischen Land verliert oder findet. Konrad Schily trinkt Kaffee und schaut sich an, was sein Plan ist. Die Zukunft und die Gegenwart, grob zusammengefasst. Er will an Orte gehen, die er zum großen Teil schon kennt, aber jetzt als Abgeordneter noch einmal anders betrachten kann. Schule zum Beispiel. Damit soll der Tag beginnen.

Er beginnt laut, zumindest in der Pause. Die **Harkortschule in Witten-Stockum** ist eine offene Ganztagschule, ein Modell, das in zwölf Grundschulen der Stadt probiert wird. Bis 2007 sollen alle 19 Grundschulen in Witten so offen und so ganztätig geführt werden. Von 8 bis 16 Uhr Kinder betreuen und fördern stellt Ansprüche und eröffnet Chancen. Konrad Schily redet mit der Schulleiterin Ulrike Gilsebach und fragt und fragt, bis er ausreichend im Bilde ist. Dazu gekommen ist Wolfgang Lippert, Vorsitzender des FDP-Stadtverbandes Witten und der Fraktion im Stadtparlament. Schily erzählt Geschichten. Die von seinen Sonntagsspaziergängen, bei denen er zusehen kann, wie Erwachsene ihren Hunden gestatten, sich auszutoben, und ihre Kinder ängstlich vor Wald und Natur behüten. Um so schöner später beim Rundgang zu sehen, wie die Kleinen und die Größeren auf dem Schulhof toben. Und niemand, der sie daran hindert. Zwei Jungs imitieren laute Autos. Aus ihren Mündern kommen Motorge-

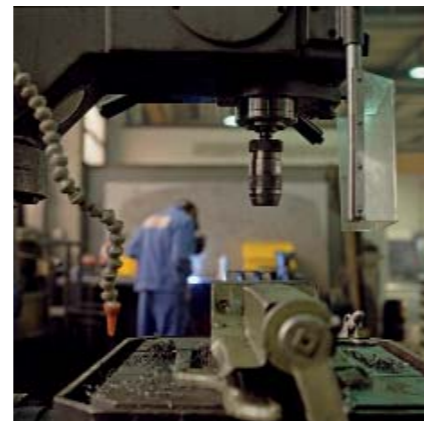


## Harkortschule in Witten-Stockum

räusche und ihre Hände drehen wild ein nicht vorhandenes Lenkrad. Bei jeder Kurve kreischen die Bremsen.

Behäbig und verlässlich wirken dagegen die Straßenkehrmaschinen der **Brock Kehrtechnik GmbH**, die sich Konrad Schily später am Tag anschaut. Herr Lorenz, der Chef des Unternehmens, ist so einer, der dem Abgeordneten gefällt: Hat immer Ideen gehabt und immer gekämpft, dass sie umgesetzt werden. Hat nie aufgehört zu lernen. Kennt seine Maschinen und die Menschen, die sie ihm bauen. Sein Lagerist spricht Englisch, wie der Prokurist auch. Kehrma-

## Brock Kehrtechnik



schinen gehen in alle Welt und da muss man mit aller Welt reden können. Menschen wie Lorenz geben Schily immer wieder Hoffnung. Beim Gang durch die Werkhallen kann der Unternehmer jede Maschine erklären – wie sie funktioniert und warum es keine bessere gibt. Und dass man mal eine gebaut hat, mit der die Schweizer ihre Panzerstraßen reinigen. Und andere, die auf Flughäfen für saubere Pisten sorgen. Man müsse, sagt Herr Lorenz, genau wissen, was der Kunde braucht. Da gibt ihm Herr Schily Recht, der jetzt im Bundestag im Gesundheitsausschuss sitzt und Vorstellungen darüber hat, welches Gesundheitssystem die Menschen brauchen. Und zugleich weiß, dass die Vorstellung allein nicht genügt, aber ohne die Vorstellung gar nichts passieren wird.

Das bekommt er am nächsten Tag in einem ganz und gar anderen Lebensbereich vorgeführt. Da werden Dinge erfunden und gebaut, die behinderten und alten Menschen das Leben erleichtern. Konrad Schily läuft durch das **Forschungsinstitut Technologie-Behindertenhilfe** der Evangelischen Stiftung Volmarstein ebenso neugierig wie durch die Hallen der Straßenkehrmaschinenbauer. Tüftler und Verbesserer dort wie hier. Das Forschungsinstitut in Wetter-Volmarstein gibt es seit 1991. Hier werden ganz einzigartige Dinge gebaut oder getestet. Jackenanzieher und Strumpfüberhelfer, Kochutensilien für Menschen, die nur eine Hand benutzen können, Schränke, die einem auf Knopfdruck entgegenkommen, Bügeleisen, die sich selbst ausschalten, wenn es kein anderer tut, Computer, denen man



## Peters Medizin- und Röntgentechnik

sagen kann „Mach das Licht im Wohnzimmer an“, und dann wird es Licht im Wohnzimmer. Pfarrer Ernst Springer und seine Mitstreiter führen Konrad Schily durch das Institut mit jenem Stolz, der sich zu Recht einstellt, wenn man den Menschen etwas wahrhaft Gutes tut. Was die Maschinenbauer und die Lebenshilfeutensilien-Erfinder gemeinsam haben, ist die Fähigkeit zur Innovation und die Weitergabe ihres Wissens – durch Ausbildung. „Seit 500 Jahren“, sagt der Abgeordnete Schily beim Gespräch mit den Institutsmitarbeitern, „leben wir auf Rationalität hin. Alles muss rational durchdacht sein. Nicht kalt, aber durchdacht.“ Im Bundestag, sagt er, sei das auch so. Nur dauere dort wohl manches etwas länger, weil sich so viele Menschen einig werden müssen.

Am Morgen noch hat er einem jungen Musiktherapeuten ein Interview gegeben, der von ihm wissen wollte, wie die Menschen sich gut miteinander ins Benehmen setzen können und wie man handeln muss, um rational

## Technologie- Behindertenhilfe



zu sein, aber nicht ohne Gefühl. Da hat Schily ihm, wie es wohl seine Art ist, lauter Geschichten erzählt. Die von der Universität, um deren Bau sich viele Architekten bewarben und über deren Form noch mehr Menschen gemeinsam zu entscheiden hatten. „Wie lernen Menschen voneinander, um sich abzugrenzen? Wie kann eine Universität ein Gefäß sein, in das immer wieder neue Menschen kommen werden? Und zu jedem soll es passen.“ Mit dem Musiktherapeuten hatte Schily über glückliche Momente geredet und über seinen Wunsch, „das Gesundheitssystem des Landes wieder zu vermenschlichen.“ Mit den Menschen in den Betrieben, die er besucht, redet er eigentlich immer auch über das Glück, das im Erfinden liegt, im Bauen oder im erfolgreichen Verkaufen. Wer weiß? Hauptsache jede und jeder wählt das Richtige. Zu den „Erbauern“ und den „Erfindern“ gesellen sich in diesen Stunden, da Schily durch seinen Wahlkreis reist, den er gut kennt und für den er aber nun einen neuen Blick braucht, noch die „Verkäufer“ und die „Traditionsreichen“.

Die Verkäufer sitzen in Herdecke und heißen **Peters Medizin- und Röntgentechnik**. Mit denen, die seit vielen Jahren erfolgreich den deutschlandweiten Vertrieb von Röntengeräten betreiben, redet Konrad Schily über die Errungenschaft des digitalen Röntgens und über eine großartige Erfindung des C-Bogens, mit dessen Hilfe sich strahlungsarm Füße und Hände durchleuchten lassen. Für den Operateur und die Patienten ein wahrer Segen. Wenn das System dazu passt. Schily sagt, heute sei es so, dass



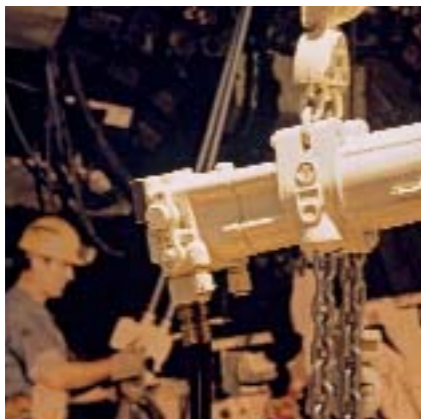




## Knappschaft Bahn See

ein Arzt erst nach neun Monaten wisse, ob die Behandlung eines Patienten für ihn finanziell ein Verlust war oder nicht. Das, so Schily, sei nicht gut für die Behandler und die Behandelten.

Am Nachmittag wird Konrad Schily, gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Michael Kauch, in Bochum bei dem **Rentenversicherer Knappschaft Bahn See** viel über integrierte Versorgung hören. Der drittgrößte Versicherungsträger in Deutschland betreibt Krankenhäuser und hat 1,4 Millionen Krankenversicherte. Integrierte Versorgung garantiert ihnen niedrige Beitragssätze. Ein Arzt, der Krankenhausaufenthalte vermeidet, wird finanziell dafür belohnt. Einfaches Prinzip. Im Gesundheitsausschuss des Bundestages wird über dieses Thema



14 Tagesläufe

schon lange gesprochen. Noch ist manches umstritten und es gibt wenig Erfahrung, auf die man sich berufen kann. Erfahrung aber ist manchmal Gold wert, wenn es um kluge Entscheidungen geht.

Am Tag zuvor hatte der Abgeordnete Schily die **Firma J.D. Neuhaus** besucht, die es seit 1745 gibt. Hebewerkzeuge und Hebemachines werden hier produziert, große Geräte für Bohrseln, kleine für weniger Last. 115 Menschen erarbeiten jährlich einen Umsatz von rund 18 Millionen Euro. Seit 260 Jahren wird hier an der Weiterentwicklung pneumatischer und hydraulischer Hebetchnik gearbeitet. Revolutionäre Ideen wurden geboren und umgesetzt. Alles kann in einem ganz und gar liebevoll errichteten und gepflegten Museum betrachtet werden, wo der Chef, Herr Neuhaus, die Funktionsweise fast jeden Gerätes erklären kann. Die Tradition steht in diesem kleinen Unternehmen dafür, dass man sich nicht verliert, die Moderne für wirtschaftlichen Erfolg auf lange Sicht.

Wo wird der Grundstein dafür gelegt? Vielleicht in dem **Städtischen Kindergarten**, den der Abgeordnete Schily in Witten-Mitte besucht. 82 Kinder, ein bis fünf Jahre alt, unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, ein Querschnitt durchs halbe Leben und durch die ganze Stadt, sind hier von sieben bis halb fünf Uhr mehr als gut aufgehoben. Konrad Schily kommt mitten in die kreative Arbeit der Gruppe „Ballu“. Hier malt ein Mädchen mit weißer Farbe auf weißem Grund ein Bild von Frau Holle. Erhaben zeichnet die dickflüssige Farbe die Konturen der Schneemacherin aus

## Firma J.D. Neuhaus



## Städtischer Kindergarten

dem Märchen. Im Gespräch mit der Leiterin des Kindergartens, Ute Brinkmann, hatte Konrad Schily zuvor gesagt: „Was Sie hier tun, wirkt lange nach. Wenn es den Kindern gut geht, haben sie die Chance, selbstbewusste Menschen zu werden.“

Vielleicht ist der Abgeordnete Schily ein Reisender im Wort. Bestimmt nährt sich, was er tun will in Berlin, auch aus dem, was er erfährt, wenn er im Wahlkreis unterwegs ist. Leben und Politik sind auch nur zwei Seiten einer Medaille.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier

**i** Konrad Schily (FDP):  
konrad.schily@bundestag.de  
www.konrad-schily.de

Infos zum Wahlkreis:  
www.enkreis.de

## Ausländische Journalisten berichten über den Bundestag

# Hautnah dabei für Publikum in aller Welt

Rund 1.200 Journalisten von Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenagenturen, Radio und Fernsehen arbeiten in Berlin. Knapp 300 von ihnen vermitteln für ausländische Medien ihr Bild von Deutschland, von deutscher Politik und vom deutschen Parlament. Für ihre Berichterstattung haben der Deutsche Bundestag und seine Debatten einen hohen Stellenwert.



**A**llerdings sind die ausländischen Korrespondenten von Zeitungen wie ihre deutschen Kollegen nur selten auf der Pressetribüne des Bundestages anzutreffen. Bei ihrer Arbeit kommt es – anders als bei den Korrespondenten der elektronischen Medien – ja nicht auf Originaltöne oder bewegte Bilder aus dem Reichstagsgebäude an. Sondern sie müssen möglichst schnell sein, noch die neusten Entwicklungen mitnehmen und ihren Bericht pünktlich zum Redaktionsschluss am frühen oder späteren Abend übermitteln. Da kommt es manchmal auf Minuten an, die man verlieren würde, wenn man sich aus dem Büro auf den Weg zum Bundestag macht.

So verfolgt der Spanier José Comas alle wichtigen Bundestagsdebatten auf einem kleinen Fernseher. Der steht in seinem überfüllten kleinen Büro im Pressehaus am Schiffbauerdamm mit Blick auf das Reichstagsgebäude. Viele Journalisten aus dem In- und Ausland haben hier oder in einem der Bürogebäude in der Nähe ihre Arbeitsräume.

Comas, der für die angesehene spanische Zeitung „El PAIS“ aus Madrid berichtet, hat in Deutschland als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung studiert. Nicht zuletzt wegen sei-

**„Wenn Wehner oder Strauß im Plenum sprachen, dann war das ein Spektakel.“**

José Comas, El PAIS



ner guten Deutschkenntnisse wurde er 1976 Korrespondent in Bonn. Der Bundestag war schon damals für ihn eine wichtige Quelle von Informationen. Nur dass diese ihm damals noch nicht live ins Büro gesendet wurden. „Ich habe viele Stunden im Bundestag verbracht. Ich habe mich mit Abgeordneten unterhalten, habe Papiere bekommen.“ An die großen Debattenredner wie Franz Josef Strauß oder Herbert Wehner erinnert sich Comas gern. „Wenn die im Plenum sprachen, dann war das ein Spektakel.“ Heute werde leider zu viel vom Manuskript abgelesen.

### Interviews im Reichstagsgebäude

Aber das ist nicht der Grund dafür, dass Comas seit 2003, als er zum dritten Mal nach Deutschland kam, bisher nicht einmal im Plenum des Bundestages war. „Ich mache jetzt Phoenix an, und da laufen die ganzen Debatten. Ich habe auch alles im Internet.“ Da findet er zum Beispiel die stenografischen Berichte der Debatten, die allerdings für seine tägliche Arbeit zu spät kommen. Ins Reichstagsgebäude geht Comas aus anderen Gründen, wenn er dort zum Beispiel ein Interview mit Angela Merkel oder Wolfgang Gerhardt führt. Denn die Parlamentarier nutzen die Debattentage gern, um im Reichstagsgebäude zwischendurch ein Gespräch mit einem Journalisten,



mit Besuchern oder anderen Politikern zu führen.

Auch Marina Verna, die erst seit 13 Monaten für die Turiner Zeitung „La Stampa“ aus Deutschland berichtet, informiert sich normalerweise im Fernsehen über die Vorgänge in der deutschen Politik. Die Wahl von Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin hat sie allerdings im Bundestag miterlebt. „Da wollte ich die Stimmung mitbekommen.“ Die Politik nimmt in ihrer Berichterstattung etwa ein Drittel ein. „Ich mache, was nachgefragt wird, Kultur, Wirtschaft, Buntes, eben alles.“ Ob es um Schuluniformen, um einen deutschen Spitzenkoch in Rom oder eine Operninszenierung durch Wagners Urenkelin Katharina geht – das sind Themen, die bei ihrer Zentrale in Turin gut ankommen.

Das heißt aber nicht, dass deutsche Politik und der Bundestag auf den drei bis vier täglichen Auslandsseiten in „La Stampa“ nicht vertreten sind. Themen, die in deutschen Zeitungen Schlagzeilen machen, wie die Haushaltsprobleme und Sozialreformen, finden sich in kürzerer Form auch dort. In Turin – wie in Madrid – spielen natürlich die Amerikaner in der politischen Auslandsberichterstattung die erste Geige, dann aber folgen bereits die Deutschen und die Franzosen.

**„Ich mache, was nachgefragt wird, Kultur, Wirtschaft, Buntes, eben alles.“**

Marina Verna, La Stampa



Etwas anders ist das Bild bei der größten türkischen Tageszeitung „Hürriyet“. Sie gibt auch eine Europa Ausgabe mit Schwerpunkt Deutschland heraus, wo etwa zwei Millionen Landsleute und noch einmal 600.000 bis 800.000 türkischstämmige Deutsche leben. So ist es verständlich, dass Deutschland nach den USA die meisten Spalten auf den Auslandsseiten von „Hürriyet“ füllt. Entsprechend groß ist das Berliner Büro, in dem sechs Journalisten arbeiten. Ahmet Külahci ist hier verantwortlich für die Berichterstattung über die Bundespolitik, die er bereits 13 Jahre lang in Bonn beackert hat. So kennt er „sehr sehr viele Parlamentarier“ und deutsche Kollegen. Schon deshalb geht er häufig von seinem Büro im Pressehaus ins Reichstagsgebäude auf die andere Spreeseite hinüber, um dort mit Politikern in der Kantine oder den weitläufigen Fluren zu plaudern. Er hat eine Menge Kontakte und nutzt sie. „Wenn ich jemanden anrufe oder anspreche, dann bekomme ich immer Antworten“, berichtet Külahci.

Für seine Redaktion sind natürlich alle Themen besonders interessant, die mit seinen Landsleuten in Deutschland zu tun haben. Wenn zum Beispiel der Bundestag in einer aktuellen Stunde über den Karikaturenstreit debattiert, dann hat Külahci alle Hände voll zu tun. Ähnlich wichtig sind für seine Leser der „Gewissenstest“ vor der Ein-



bürgerung, wie er es ausdrückt, oder die Diskussion über den Gebrauch der deutschen Sprache auf Berliner Schulhöfen. Aber wie seine Kollegen bei „EL PAIS“ und „La Stampa“ berichtet auch er über allgemeinere politische Themen wie die Haushaltspolitik und die Hartz-Reformen. Bei der Informationsbeschaffung helfen ihm seine in langen Jahren geknüpften Kontakte.

### Verein der ausländischen Presse

Wer aber wie Marina Verna neu nach Berlin kommt, um über die Bundespolitik zu berichten, muss Kontakte knüpfen, vor allem zu den Mitgliedern des Bundestages. Dies gilt für deutsche wie für ausländische Journalisten. Den Ausländern hilft dabei der Verein der Ausländischen Presse in Deutschland (VAP). Insgesamt 425 Berufsjournalisten aus 61 Staaten sind Mitglieder. Die meisten von ihnen arbeiten in Berlin.

Bis zu zwei Mal in der Woche organisiert der VAP für seine Mitglieder Gespräche mit prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Angela Merkel, Gerhard Schröder, Helmut Kohl und Bundestagspräsident Norbert Lammert waren ebenso zu Gast wie Karl Kardinal Lehmann, der DGB-Vorsitzende Michael Som-

**„Wenn ich jemanden anspreche, dann bekomme ich immer Antworten.“**

Ahmet Külahci, Hürriyet



mer, der Chef der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, der Intendant des Berliner Ensembles Claus Peymann, der Architekt Daniel Libeskind oder der Schriftsteller Günter Grass. Außerdem führt der Verein Informationsreisen durch, organisiert Treffen und schafft Kontakte von internationalen Journalisten zu deutschen und ausländischen Mitbürgern, Ministerien, Dienststellen, Medien, Kultureinrichtungen, Unternehmen und Verbänden.

Die Organisation, die auch Ahmet Külahci zwei Jahre lang geleitet hat, wurde bereits 1906 in Berlin gegründet. Stolz nimmt sie für sich in Anspruch, die älteste Journalistenorganisation Deutschlands zu sein. Im Rückblick auf diese 100 Jahre schreibt der VAP auf seiner Homepage: „Mitglieder unserer Organisation haben die bewegten und bewegenden, die wahnsinnigen, aber auch die phantastischen Ereignisse im Deutschland des 20. Jahrhunderts von Anfang bis Ende hautnah miterlebt und beschrieben.“

Text: Klaus Lantermann

**i** **Verein der Ausländischen Presse in Deutschland (VAP)**  
 Pressehaus/1306  
 Schiffbauerdamm 40  
 10117 Berlin  
 Tel. 0 30/22 48 95 47  
 Fax: 0 30/22 48 95 48 o. 49  
 info@vap-berlin.de  
 www.vap-berlin.de



# Wer war's?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen.



## INKOGNITO

### Ein bewegtes Leben

In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Er war Hitlerjunge, Kommunist, Landarbeiter, Schweißer bei Daimler, Betriebsrat, Mitgründer der Grünen, Bundestagsabgeordneter, schließlich Ehrenhäuptling eines Indianerstammes am Amazonas. Die Stationen seines bewegten Lebens sind gekennzeichnet durch Kampf, Widerspruch, Veränderung und immer durch politisches Handeln für die Mitmenschen.

Unser Kandidat wird 1929 als Sohn eines Deutschen und einer Holländerin in der niederländischen Grenzgemeinde Vaals geboren. Als er acht ist, siedelt die Familie nach Deutschland über, ins Ruhrgebiet. Der Junge begeistert sich für die Nationalsozialisten, trägt das Braunhemd der Hitlerjugend. Doch sein Widerstandsgeist und sein Gerechtigkeitsgefühl lassen ihn bald zweifeln. Er wendet sich den Kommunisten zu, tritt 1945 in die KPD ein, die ihm als die einzige glaubwürdige Alternative zum Nationalsozialismus erscheint.

Er arbeitet als Knecht beim Bauern, setzt sich schon in jungen Jahren für seine Kollegen ein und wird als 17-jähriger ehrenamtlicher Sekretär der Landarbeitergewerkschaft. Auch bei den Kommunisten kommt er voran. Er studiert an der Parteihochschule in Ostberlin, wird zur Schulung von Kadern im Ruhrgebiet eingesetzt. Als das Bundesverfassungsgericht 1956 die KPD verbietet, ist er Mitglied des



Unser Kandidat im Gespräch mit seinem Parteifreund Wolf-Dieter Hasenclever.

Partei Vorstandes. Er setzt seine politische Arbeit fort, wird deswegen zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Dennoch bleibt er Mitglied der illegalen Partei, die er erst 1969 aus Enttäuschung über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag im Jahr zuvor verlässt. Er lebt inzwischen in Stuttgart, wo er das Elektroschweißen erlernte, was ihm 1960 einen der begehrten Arbeitsplätze bei Daimler-Benz eingebracht hat. Als studierter Arbeiter kommt er mit der anti-autoritären Studentenbewegung in Berührung. Deren Ideen stehen im Gegensatz zur eher traditionell links ausgerichteten Gewerkschaft. So kommt es Anfang der 70er Jahre zum Konflikt mit der IG Metall, der er 1951 beigetreten war. Der Hochdruckschweißer und gewerkschaftliche Vertrauensmann kandidiert für eine eigene, gewerkschaftskritische Betriebs-

ratsliste. Schauspieler des Stuttgarter Staatstheaters solidarisieren sich, verteilen Flugblätter, was die Oppositionstruppe unter dem Namen „Plakatgruppe“ bundesweit bekannt macht und ihr fast 40 Prozent der Stimmen einbringt. Beim Wahlkampf lernt eine der Schauspielerinnen, Heidemarie Rohwedder, den Anführer der Gruppe näher kennen. Sie heiraten und bekommen 1975 eine Tochter, die sich später im selben Beruf wie ihre Mutter einen großen Namen macht.

Der Vater von inzwischen zwei Töchtern aus insgesamt zwei Ehen beschränkt sich nicht auf seine Betriebsratsarbeit. 1980 gehört er zu den Gründern der Grünen. Drei Jahre später ziehen er und 26 weitere Politikerinnen und Politiker für die junge Partei erstmals in den Bundestag ein. Zwei Jahre später legen fast alle ihr Mandat wieder nieder, die Beschlüsse der Partei zur Rotation erlauben damals nur zwei Jahre Mitgliedschaft im Bundestag. Unser Kandidat geht zurück zu Daimler-Benz, kehrt 1987 in den Bundestag zurück. In der zerrissenen Partei macht er sich nicht

nur Freunde, als er zum Beispiel für den Verbleib des vereinigten Deutschlands in der Nato plädiert oder auch schwarz-grüne Bündnisse nicht ausschließt. 1990 wird er nicht wieder aufgestellt. Im November 2001 verlässt er die Partei, nachdem diese dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zugestimmt hat.

Seinen letzten Lebensabschnitt widmet er den Indianern im brasilianischen Regenwald. Drei Monate jährlich hilft er an Ort und Stelle beim Bau von Solar- und Wasserentkeimungsanlagen in den Dörfern, beim Widerstand gegen die Brandrodung. Die Ka'apor-Indianer machen ihn zu ihrem Ehrenhäuptling, die Universität des Bundesstaats Pará verleiht ihm den Ehrendokortitel. Im Februar 2003 stirbt er in Stuttgart und ist dort auf dem Waldfriedhof begraben.

### Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 22. März 2006.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 1/06 lautet: Stefan Heym. Eine Reise nach Berlin hat Astrid Honikel aus Dortmund gewonnen.



## Die Ausschüsse des Bundestages



Sitzung des Haushaltsausschusses.

## Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages <

# Facharbeit für gute Gesetzgebung

Wer „Bundestag“ hört und dabei an Debatten im Plenum des Reichstagsgebäudes denkt, liegt natürlich richtig. Aber selten ist der Öffentlichkeit bewusst, dass diese Sitzungen im Grunde nur das Tüpfelchen auf dem „i“ darstellen. Die wirkliche Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet. Auf jede Bundestagssitzung kommen im Schnitt zehn Ausschusssitzungen. Der Bundestag ist zwar beides, Redeparlament und Arbeitsparlament, aber so gesehen arbeitet er mehr als er redet. In den Ausschüssen wird zur Sache gearbeitet, hier geht es richtig „rund“. Und das ist seit dem Umzug der Bundestagsausschüsse ins Paul-Löbe-Haus neben dem Reichstagsgebäude, in die runden Sitzungssäle mit ihren runden Sitzordnungen durchaus wörtlich zu nehmen.

Jeder neu gewählte Bundestag ist im Grunde frei darin, wie viele und welche Ausschüsse er bildet. Vier sind von der Verfassung vorgeschrieben: der Auswärtige Ausschuss, der Verteidigungs- und der Petitionsausschuss sowie der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Aus anderen Vorschriften ergibt sich, dass auch ein Haushaltsausschuss und ein Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung immer dazugehören. Bei anderen wartet der Bundestag, bis klar wird, welche Geschäftsbereiche die sich in Koalitionsverhandlungen abzeichnende Regierung für ihre Ministerien schaffen will. Denn es hat sich als vorteilhaft für die parlamentarische Kontrolle der Regierung herausgestellt, wenn es parallel zu jedem Ministerium mindestens einen Bundestagsausschuss gibt.

Als sich CDU, CSU und SPD darauf einigten, für diese Wahlperiode statt des bisherigen Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung eines für Gesundheit zu schaffen, das Wirtschafts- und Arbeitsministerium zu teilen und eines für Wirtschaft und Technologie und eines für Arbeit und Soziales einzurichten, zog der Bundestag mit dem Zuschnitt seiner ständigen Ausschüsse nach. Auch alle anderen Ministerien spiegeln sich in ihren Zuständigkeiten auf Bundestagsseite in mindestens einem ständigen Ausschuss wider. Manche auch in mehr, wenn der Bundestag etwa die Bedeutung bestimmter Politikbereiche besonders unterstreichen will. Den Sport zum Beispiel oder die Kultur, den Tourismus und nicht zuletzt die Menschenrechte.

Auf diese Weise verständigten sich die Fraktionen im Vorältestenrat auf die Bildung von 22 ständigen Ausschüssen für die 16. Wahlperiode. Der Vorältestenrat bringt wichtige Dinge in Gang, bevor sich der Ältestenrat für die neue Wahlperiode konstituiert hat und die anderen Strukturen des neuen Bundestages eingerichtet sind. Denn wegen des Prinzips der Diskontinuität wird nach jeder Wahl im Parlament alles auf Anfang gestellt, Gremien konstituieren sich neu, Gesetzesvorhaben müssen neu eingebracht werden. Die Vertreter der neuen Fraktionen einigten sich bei ihren Beratun-

gen auch auf die vorgesehene Größe der einzelnen Ausschüsse, was vor allem von der zu erwartenden Arbeitsbelastung im jeweiligen Fachbereich abhängt, und regelten streng nach Proporz, welche Fraktion in welchem Ausschuss den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden stellt.

### Detailberatung

Auch im Detail geht alles nach Proporz. Große Fraktionen bekommen mehr Sitze als kleine – streng nach der Rangfolge, die sich aus dem Kräfteverhältnis der unterschiedlich großen Fraktionen zueinander ergibt. So greift die Wählerentscheidung bis in jeden Ausschuss durch. Dazu werden nach dem Berechnungsverfahren von Sainte-Laguë/Schepers (siehe Kasten) für die Gremienbesetzung Rangordnungen festgelegt: Wer bekommt den ersten Sitz, wer den zweiten, den dritten, den vierten und so weiter, bis die Besetzung für jedes einzelne Gremium feststeht. In Ausschüssen mit 41 Mitgliedern stehen etwa Union und SPD je 15 Sitze zu, FDP und der Fraktion Die Linke jeweils vier und Bündnis 90/Die Grünen drei Sitze. Bei Ausschüssen mit 36 Mitgliedern lautet die Verteilung 13-13-4-3-3, bei Ausschüssen mit 31 Mitgliedern ist sie 11-11-3-3-3 und bei Ausschüssen mit 16 Mitgliedern kommt die Verteilung 6-6-2-1-1 heraus.

Ähnlich gehen die Fraktionsführungen auch beim Aushandeln der Ausschussvorsitze vor. Wenn sich die Fraktionen nicht einig werden, wie in der Vergangenheit schon geschehen, gehen die Parlamentarischen Ge-

### Diskontinuität

Der Wähler überträgt die Verantwortung, in seinem Namen verbindlich für die Allgemeinheit zu entscheiden, immer nur auf Zeit. Deshalb besteht für den Bundestag das Prinzip der Nichtfortsetzung, der Diskontinuität. So wie stets neue Abgeordnete nach einer Wahl ins Parlament einziehen, die Karten auch in der Frage von Regierung und Opposition immer wieder neu gemischt werden, fängt auch jeder Bundestag ganz neu an. Alle Gesetzesvorhaben, die ein Bundestag bis zum Ende seiner Wahlperiode nicht abgearbeitet hat, müssen nach der Wahl in den frisch gewählten Bundestag neu eingebracht werden. Andernfalls sind sie ergebnislos beendet.

### Ältestenrat

Der Ältestenrat ist das zentrale Lenkungs- und Koordinationsgremium des Bundestages und unterstützt in dieser Eigenschaft den Bundestagspräsidenten bei der Führung der Geschäfte. Der Bundestagspräsident ist zugleich Vorsitzender des Ältestenrates und leitet dessen Sitzungen. Auch seine Stellvertreter gehören dem Ältestenrat an. Weitere Mitglieder entsenden die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke. Sie achten darauf, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer, die in ihren Treffen die Plenarsitzungen vorbereiten, ebenfalls im Ältestenrat sitzen und Empfehlungen zur Festlegung der Tagesordnung und der Redezeiten geben können. Neben der Besetzung der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze in den Ausschüssen zu Beginn einer Wahlperiode kommt dem Ältestenrat immer wieder eine Rolle als Schlichtungsinstrument zu.



Haushalt: Petra Merkel und Volker Kröning (SPD). >

< Finanzen: Georg Fahrenschon, Antje Tillmann, Leo Dautzenberg (CDU/CSU).

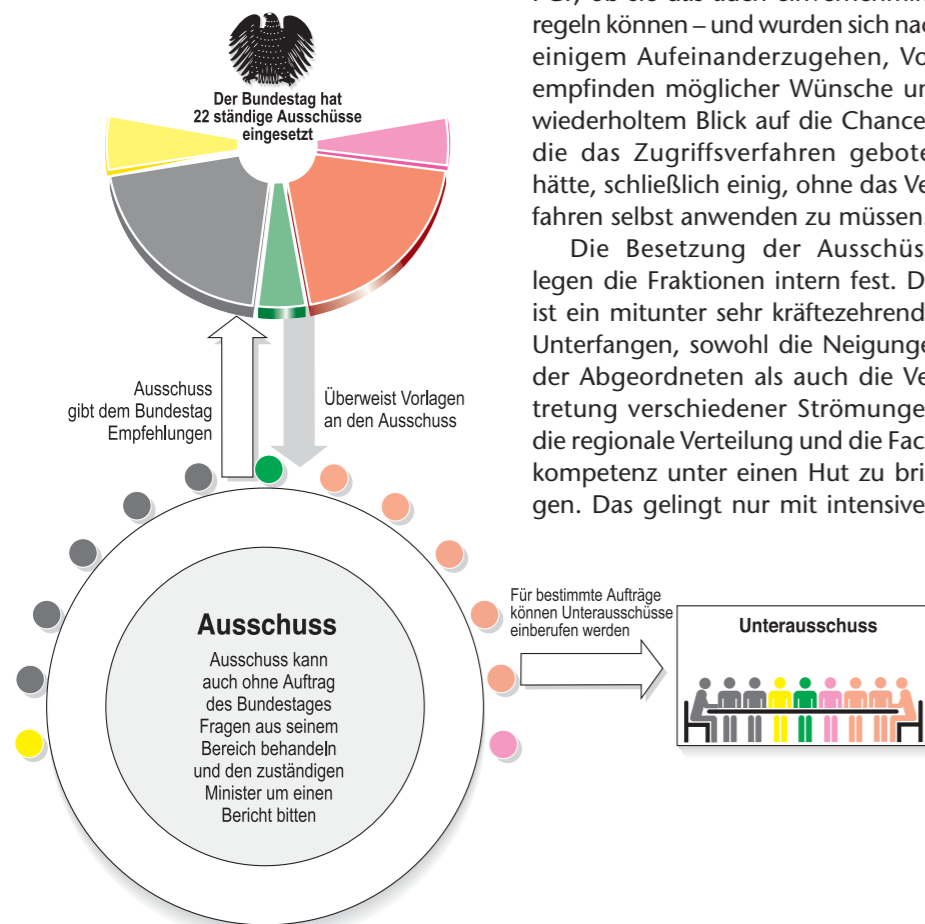


## Sainte-Laguë/ Schepers

Der ehemalige Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung, Hans Schepers, hat nach dem vom französischen Mathematiker Jean André Sainte-Laguë beschriebenen Prinzip ein Verfahren entwickelt, mit dem so genannte Rangmaßzahlen ermittelt werden können. Danach wird die Mitgliederzahl des Bundestages zuerst durch die Mitgliederzahl jeder Fraktion geteilt und dann mit 0,5 und 1,5 und 2,5 und 3,5 usw. multipliziert. Die Rangmaßzahlen jeder Fraktion werden miteinander verglichen, und bei jedem zusätzlich zu vergebenden Ausschusssitz „zieht“ dann jeweils die Fraktion, deren noch nicht berücksichtigte Rangmaßzahl die jeweils niedrigste ist.

## Obleute

Obleute sind diejenigen Abgeordneten, die in den einzelnen Ausschüssen einerseits die Hauptansprechpartner für die Fraktionsführungen darstellen, andererseits aber auch den Kurs der Fraktionsführung in den jeweiligen Fachfragen mitbestimmen. Der Begriff stammt von den frühneuzeitlichen „Obermännern“, die mit zusätzlichen Aufsichts- und Leitungsfunktionen betraut waren. Mitunter kommen festgefahrene politische Prozesse dann wieder voran, wenn sich die Obleute der verschiedenen Fraktionen in einem Ausschuss zu ihren regelmäßigen Besprechungen zusammensetzen und gemeinsam nach Auswegen suchen.



schäftsführer (PGF) nach dem auf Sainte-Laguë/Schepers beruhenden Zugriffsverfahren vor. Wer also den ersten Zugriff hat, sagt als Erster, in welchem Ausschuss er den Vorsitz stellen will, dann benennt derjenige seinen Wunschausschuss, der als Zweiter an der Reihe ist. Wegen der unterschiedlichen Größenverhältnisse kann es dauern, bis die kleineren Fraktionen ihren ersten Ausschuss „greifen“ können. Und insbesondere bei knappen Mehrheitsverhältnissen sind auch immer wieder Überraschungen möglich. Zu Beginn dieser Wahlperiode testeten die PGF, ob sie das auch einvernehmlich regeln können – und wurden sich nach einigem Aufeinanderzugehen, Vorempfinden möglicher Wünsche und wiederholtem Blick auf die Chancen, die das Zugriffsverfahren geboten hätte, schließlich einig, ohne das Verfahren selbst anwenden zu müssen.

Die Besetzung der Ausschüsse legen die Fraktionen intern fest. Das ist ein mitunter sehr kräftezehrendes Unterfangen, sowohl die Neigungen der Abgeordneten als auch die Vertretung verschiedener Strömungen, die regionale Verteilung und die Fachkompetenz unter einen Hut zu bringen. Das gelingt nur mit intensivem

Verhandeln, Zureden, Überzeugen. Ein fraktionsloser Abgeordneter, vom Bundestagspräsidenten als beratendes Mitglied für einen Ausschuss benannt, kann Anträge stellen und das Wort ergreifen, stimmt aber nicht mit ab.

Wie aber „funktionieren“ Ausschüsse? Ihre erste Aufgabe besteht darin, Gesetzentwürfe, die in den Bundestag eingebracht worden und in der so genannten ersten Lesung grundsätzlich debattiert worden sind, im Detail zu beraten. Zu diesem Zweck steht am Ende jeder Beratung im Bundestag ein Beschluss, in welche Ausschüsse der jeweilige Entwurf überwiesen werden soll. Meistens ist von der Materie mehr als nur ein Fachgebiet betroffen. Dann wird ein Ausschuss mit der Federführung beauftragt, während andere Ausschüsse um Mitberatung gebeten werden. Der federführende Ausschuss ist bei Regierungsentwürfen in der Regel derjenige, dessen korrespondierendes Ministerium den Entwurf erarbeitet hat. Neben Gesetzentwürfen der Bundesregierung werden natürlich auch solche der Fraktionen und des Bundesrates behandelt, aber auch Anträge aus der Mitte des Hauses, Berichte der Bundesregierung oder EU-Dokumente.

## Öffentliche Anhörung

Wie schnell die Detailberatung verläuft, hängt von den Umständen ab. Der Bundestag hat es schon fertig gebracht, einen Beschluss zur Entsendung deutscher Truppen am Morgen in erster Lesung zu debattieren, am Mittag in den Ausschüssen zu behandeln und am Nachmittag darüber end-



Gesundheit: Daniel Bahr und Heinz Lanfermann (FDP).



Wirtschaft: Parl. Staatssekretär Hartmut Schauerte (CDU/CSU) als Regierungsvertreter, Vorsitzende Edelgard Bulmahn (SPD).

gültig zu entscheiden. In der Regel vergehen jedoch Wochen und Monate zwischen der ersten Lesung und der Entscheidung. Das hängt auch davon ab, wie umfangreich die Materie ist. Oft halten die Ausschüsse öffentliche Expertenanhörungen ab, in denen die möglichen Auswirkungen von verschiedenen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis unter die Lupe genommen werden.

Diese Hearings gehören zu den Minderheitenrechten der Opposition. Sie müssen immer dann durchgeführt werden, wenn mindestens ein Viertel der Ausschussmitglieder dies verlangt. Zumeist einigen sich die Obleute der verschiedenen Fraktionen aber unstrittig auf Anhörungen, da jede Seite aus diesen vertiefenden Veranstaltungen zusätzliche Erkenntnisse gewinnt. Zunächst schlagen die einzelnen Fraktionen Wissenschaftler und Verbandsvertreter vor, die sie gern zu dem geplanten Gesetz hören wollen. Auch diese Einladungsliste wird nach Proporz zusammengestellt. Natürlich trachtet jede Seite danach, ihre Konzepte auch von externem Sachverständigen bestätigt zu finden. Häufig besprechen die Fraktionen im Vorfeld, welche Gesichtspunkte sie ganz besonders interessieren. Sie werden dann in einem Fragenkatalog ausformuliert und den Sachverständigen vorab zugesandt – versehen mit der Bitte, schon einmal eine schriftliche Stellungnahme zu diesen Fragen abzugeben, so dass sich der Ausschuss noch besser auf die eigentliche Anhörung vorbereiten kann.

Die meisten Anhörungen sind öffentlich, und gerade bei spektakulären Themen lösen sie ein intensives Medienecho aus. Der Vorsitzende des Ausschusses achtet darauf, dass alle Fraktionen mit ihren Fragen der Reihe nach zum Zuge kommen. Am Ende jeder Anhörung steht ein korrigiertes Wortprotokoll, das Interessenten zur Verfügung gestellt werden kann und auf dessen Grundlage der Ausschuss die Anhörung nachbereitet. Nicht selten ergibt die Auswertung, dass die vorgesehenen Gesetze in Details noch einmal geändert werden sollten.

Wie organisiert der Ausschuss seine Arbeit? Für den reibungslosen Ablauf trägt der Vorsitzende die Verantwor-

tung. Er lädt, oft vor oder nach einer Ausschusssitzung, die Obleute zu einer Besprechung über die Tagesordnung der nächsten Sitzung(en) ein. In dieser Runde wird deutlich, wie weit die Vorberatung bestimmter Entwürfe in den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen innerhalb der Fraktionen gediehen ist, wo der Entscheidungsbedarf größer wird, wie weit die mitberatenden Ausschüsse sind. Auf dieser Grundlage erstellt der Vorsitzende die Tagesordnung für die nächste Sitzung. Die Zeit bis dahin nutzen die Experten in den einzelnen Fraktionen, sich über das Abstimmungsverhalten klar zu werden und gegebenenfalls Änderungsanträge in der Fraktion zu besprechen, die dann rechtzeitig auch dem Ausschuss übermittelt werden. Bei der Koordination und Sitzungsvorbereitung kommt dem Sekretariat des Ausschusses eine wichtige Rolle zu: Denn jeder Ausschuss wird durch eine Verwaltungseinheit unterstützt, geleitet von einem Ausschusssekretär oder -sekretärin. Er oder sie ist Experte des Sachgebiets und Kenner der parlamentarischen Verfahren. Mit den Mitarbeitern begleiten sie die Ausschussarbeit und sorgen für reibungslose Abläufe.

## Selbstbefassungsrecht

Eine wichtige Rolle spielen die Berichterstatter im Ausschuss. Für wichtige Vorhaben können es auch zwei oder mehr Berichterstatter sein, die sich besonders tief in die Materie einarbeiten und für den Ausschuss bereits wichtige Vorklärungen, etwa mit den Fachleuten in den Ministerien, vornehmen und die zu Beginn der Bera-

tung im Ausschuss einen Überblick über den Sachstand und noch zu entscheidende Punkte abgeben. Ähnlich wie der Bundestagspräsident achtet der Ausschussvorsitzende bei den Beratungen darauf, dass jede Fraktion angemessen zu Wort kommt und auch das Prinzip von Rede und Gegenrede funktioniert. Meist nimmt in einer Beratung auch ein Regierungsvertreter Stellung.

Damit das Verfahren reibungslos funktioniert, kommt es auch auf ein gut aufgestelltes Ausschusssekretariat an. Neben der Organisation von Sitzungen, Vervollständigen der Unterlagen, Einladen von Sachverständigen und vielem mehr muss dem Plenum – manchmal noch am Tag der Ausschusssitzung – eine Beschlussempfehlung vorgelegt werden, die den Gang der Ausschussberatungen wiedergibt, die vorgeschlagenen Änderungen enthält und sich mit Problem, Alternativen und Kosten auseinandersetzt.

Immer wichtiger für die Arbeit ist auch das 1969 eingeführte Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse geworden. Das bedeutet, dass die Gremien nicht mehr darauf warten müssen, dass ihnen bestimmte Angelegenheiten zur Beratung überwiesen werden. Sie können sich auf eigene Initiative mit allen Vorgängen und Problemen aus ihrem Fachgebiet beschäftigen. Das stärkt die parlamentarische Kontrolle, da nun jeder Ausschuss über Pläne und Arbeit „seines“ Ministeriums auf dem Laufenden sein will, regelmäßig Berichte abfragt und immer wieder kritisch nachfragt.

Text: Gregor Mayntz



Recht: Sevim Dagdelen und Wolfgang Neskovic (Die Linke.).

Verteidigung: Winfried Nachtwei und Alexander Bonde (Bündnis 90/Die Grünen).



## Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

# Clearingstelle des Parlaments

Es muss immer fair zugehen, wenn Mehrheitsentscheidungen von allen als verbindlich anerkannt werden sollen. Deshalb ist die Bedeutung des sogenannten „1. Ausschusses“ nicht zu unterschätzen für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Er regelt den Konfliktausgleich, wenn es mal knirscht in den parlamentarischen Abläufen, er sichert die Freiheit der Abgeordneten vor ungerechtfertigter Verfolgung und er garantiert, dass auch beim Wahlergebnis alles stimmt.

Eine Rangfolge zwischen den drei Arbeitsbereichen gibt es nicht. Zwar liegt es nahe, dass es zu Beginn jeder Wahlperiode in diesem Ausschuss vor allem um die Klärung von Einsprüchen gegen die vorangegangene Bundestagswahl geht, doch können jederzeit Auslegungsprobleme mit der Geschäftsordnung des Parlamentes oder Anträge von Staatsanwälten, die gegen Abgeordnete ermitteln wollen, die Tagesordnung des Ausschusses beeinflussen.

### Wahlprüfung

Nach der Wahl von 2005 gingen 194 Einsprüche ein, die von den Abgeordneten im Ausschuss mit größter Gründlichkeit, aber auch möglichst zügig aufgearbeitet werden. Die Einsprüche drehten sich etwa um die Zulassung von WASG-Mitgliedern auf den Landeslisten der Linkspartei.PDS, um die Nachwahl in Dresden nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses für das übrige Bundesgebiet, um vertauschte Stimmzettel in Dortmund oder auch um das Wahlrecht von eingebürgerten Türken, die wieder ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Zum Teil hat es

der Ausschuss also mit schwierigen staats- und verfassungsrechtlichen Fragen zu tun. Und manchmal gibt er den Einsprüchen auch formal in der Sache Recht, auch wenn das eigentliche Ziel der Beschwerdeführer – eine Neuwahl – nicht zu erreichen ist. Denn dafür müsste der Abstand des erfolgreichen Kandidaten in dem jeweiligen Wahlkreis derart knapp gewesen sein, dass es bei korrekter Durchführung der Wahl zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können. Nach dem Ausschuss kann direkt das Bundesverfassungsgericht angerufen werden.

### Immunität

Die Regelung, wonach Abgeordnete gegen Verfolgung durch die Strafjustiz grundsätzlich geschützt sind, stammt aus einer Zeit, in der Monarchen zu allen Mitteln griffen, um unliebsame Volksvertreter an der Entscheidung zu hindern. In jedem Einzelfall muss vor dem Beginn strafrechtlicher Ermittlungen der Bundestag zustimmen, der diese Aufgabe dem Ausschuss übertragen hat. Nur beim Begehen einer Straftat und am Tag danach können Abgeordnete ohne Zustimmung des Gremiums festgenommen werden. In

der Regel wird den Anträgen der Staatsanwaltschaften entsprochen. Der Ausschuss achtet aber etwa darauf, dass der Tatverdacht nicht ganz offensichtlich willkürlich ist. In dieser Legislaturperiode wird er auch beraten, wie weit der Beschlagnahmenschutz in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter von Abgeordneten reicht – ob er sich nicht auch auf Unterlagen des Abgeordneten beziehen muss, die sich beim Mitarbeiter befinden.

### Geschäftsordnung

Zudem versteht sich der Ausschuss als eine Art Clearingstelle, wenn es verschiedene Ansichten zu den parlamentarischen Regeln gibt. So wie jüngst etwa bei der Frage, welche Voraussetzungen bei wiederholten Wahlgängen für das Amt eines Vizepräsidenten gelten sollen. In enger Zusammenarbeit mit dem Ältestenrat steht bei solchen Vorgängen dann nicht nur die konkrete Angelegenheit im Mittelpunkt, sondern auch die Frage, wie hier abstrakt und über den Tag hinaus entschieden werden kann. So entwickelt der Ausschuss das Parlamentsrecht Stück für Stück weiter – und wird auf diese Weise auch für Parlamente im Ausland zum interessanten Ansprechpartner.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung:  
Thomas Strobl (CDU/CSU)  
thomas.strobl@bundestag.de

Der Ausschuss hat 13 Mitglieder, CDU/CSU: 5, SPD: 5, FDP: 1, Die Linke.: 1, Bündnis 90/Die Grünen: 1.



„Wir beraten in der Regel so lange, bis wir uns einig sind. Streitfälle versuchen wir grundsätzlich zu klären, indem wir uns von dem aktuellen Vorgang trennen und uns in einen Wiederholungsfall in neuer Situation hinein-denken, wenn dann vielleicht die jetzige Regierung in der Opposition ist und die jetzige Minderheit in der Mehrheit. Dadurch halten unsere Beschlüsse länger.“

Thomas Strobl (CDU/CSU)



## Petitionsausschuss

# Der Bürger bestimmt die Tagesordnung

Er ist sowohl „Kummerkasten der Nation“ als auch „Seismograph des Parlamentes“. Der Petitionsausschuss garantiert jedem das Grundrecht, sich mit Bitten oder Beschwerden direkt an die Volksvertretung zu wenden. Mitunter vollzieht damit auch die Politik eine Wendung, denn die Ausschussmitglieder versuchen, nicht nur dazu beizutragen, dass Fehler korrigiert werden, sondern sie sprechen je nach Einzelfall auch Handlungsempfehlungen für Regierung und Gesetzgebung aus.

Anders als die anderen ständigen Ausschüsse des Bundestages kann sich dieses Gremium kaum selbst ein verbindliches Arbeitsprogramm geben. Die Tagesordnung bestimmt der Bürger. Was diesem besonders unter den Nägeln brennt, beschäftigt entsprechend häufig auch den Petitionsausschuss. So ist absehbar, dass sich die Auswirkungen der Schwerpunktreformen von gestern, heute und morgen in Form von konkreten Hinweisen, wo es im Einzelnen bei der Umsetzung „klemmt“, in den Posteingangskörben des Ausschusses niederschlagen. Vermutlich geht es dabei bis auf weiteres häufig um die Arbeitsmarktgesetze, die Entwicklung der Rente, vor allem mit Blick auf das Mindestrentenalter, oder auch die verschiedenen Aspekte einer neuen Gesundheitsreform. Im Schnitt gehen täglich 50 Petitionen ein.

Dafür hat der Ausschuss nun auch den Weg über das Internet geöffnet. Diese moderne Ergänzung des Petitionswesens wird nach einer ersten Übersicht gut angenommen. Etwa jede Zehnte der Neueingaben geht mit dem unter [www.bundestag.de/petition](http://www.bundestag.de/petition) bereitgestellten Webformular ein. Daneben wird auch eine wachsende Anzahl von öffentlichen Petitionen im Internet vorgestellt. In den ersten drei Monaten des Modellversuchs sind bereits 50 öffentliche Petitionen ins Netz gestellt worden.

Wenn der Petent im Einzelfall damit einverstanden ist, kann sein Anliegen in der Internetpräsenz des Petitionsausschusses so dargestellt werden, dass es jedem Besucher möglich ist, seine eigenen Erfahrungen mit dem jeweiligen Thema als Kommentar hin-

zuzufügen, seine Meinung in ein Forum einzustellen, sich der Petition anzuschließen oder mit einer virtuellen „Postkarte“ nach weiteren Mitstreitern zu suchen.

Auf diese Weise kann über die vielen Petenten hinaus eine größere Öffentlichkeit unmittelbar dazu beitragen, Schwachstellen behördlicher Maßnahmen und Gesetzeslücken aufzudecken. Leichter als je zuvor lässt sich somit auf komfortable Weise die politische Willensbildung überregional vernetzt organisieren. Der Ausschuss muss über seine Mitarbeiter jedoch sicherstellen, dass auch in diesen Diskussionsforen Regeln eingehalten werden, dass etwa sachlich und nicht beleidigend diskutiert wird. Möglicherweise wird der Ausschuss nach dem Abschluss einer ersten Versuchsphase noch einmal überlegen, wie die Vorgaben für das elektronische Petitionswesen verbessert werden können. Schon jetzt gibt es aber ein lebhaftes Interesse von anderen Petitionseinstellungen aus dem In- und Ausland.

Jeder Petent bekommt am Ende Nachricht, was aus seiner Eingabe geworden ist. Regelmäßig beschließt der Bundestag aufgrund von umfangreichen Beschlussempfehlungen mit



einer ganzen Reihe von Anliegen über die weitere Behandlung. Oft genug als Anregung für Gesetzesänderungen. Damit der Ausschuss schon bei der Vorbereitung dieser Beschlüsse wirksam arbeiten kann, ist er mit einer Reihe von Kompetenzen ausgestattet. Er kann nicht nur Stellungnahmen der betroffenen Behörden anfordern, sondern auch Akten einsehen, die Stellen selbst aufsuchen, die Spitzenvertreter vor den Ausschuss laden. Und so kommt es immer auch schon zu kurzfristiger Abhilfe, wenn die Behörde durch die Einschaltung des Petitionsausschusses intensiv angeregt wurde, die eigene Entscheidung noch einmal zu überprüfen.

**i** Vorsitzende des Petitionsausschusses:  
Kersten Naumann (Die Linke.)  
kersten.naumann@bundestag.de

Der Ausschuss hat 25 Mitglieder, CDU/CSU: 9, SPD: 9, FDP: 3, Die Linke.: 2, Bündnis 90/Die Grünen: 2.

Petitionen online:  
Eingabe von Onlinepetitionen und Mitzeichnung von öffentlichen Petitionen unter: [www.bundestag.de/petitionen](http://www.bundestag.de/petitionen)



„Für mich ist der Petitionsausschuss ein sehr wichtiges Instrument der Demokratie. Er ist das Bindeglied zwischen Bürgern und Bundestag. Die Politik tritt an mit der Devise, sich daran zu orientieren, wie Menschen leben wollen; durch den Petitionsausschuss hat der Bundestag die Möglichkeit zu erfahren, wie die Gesetze, die er beschließt, im Alltag der Menschen wirken.“

Kersten Naumann (Die Linke.)

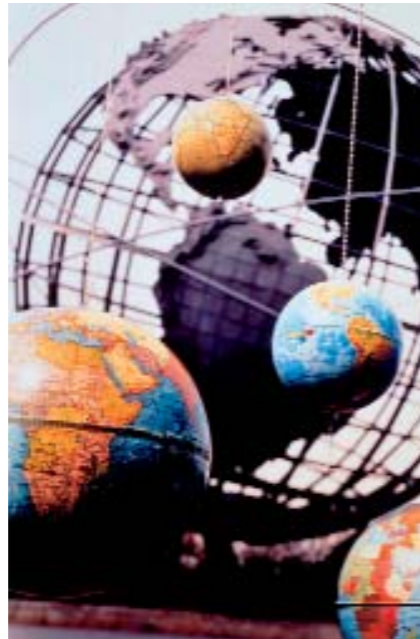
## Auswärtiger Ausschuss

# Mitverantwortung in der Welt

Bei internationalen Krisen und Konferenzen wird spürbar, dass die Erwartungen an Deutschland enorm gestiegen sind, Mitverantwortung zu übernehmen, eine wichtigere Rolle bei der Konfliktlösung zu spielen. Damit ist zugleich auch die Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses stark gewachsen. Denn rund um die alltägliche Arbeit der Bundesregierung ist der Bundestag intensiv an Formulierung, Kontrolle und Gestaltung deutscher Außenpolitik beteiligt.

**Völkerrechtliche Verträge** werden zwar von der Regierung ausgehandelt, doch damit sie wirksam werden können, müssen sie die Zustimmung des Parlaments bekommen. Weil der Wortlaut nicht andauernd neu nachverhandelt werden kann, hat der Auswärtige Ausschuss nicht die Möglichkeit anderer Ausschüsse, Änderungen zu den zu beratenden Vorlagen vorzuschlagen. Er kann nur empfehlen, einen Vertrag in Gänze anzunehmen oder abzulehnen. Deshalb tut die Regierung gut daran, schon im laufenden Verfahren den Auswärtigen Ausschuss über die Fortschritte, Probleme, Kompromisslinien und Ziele von zwischenstaatlichen Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten.

Der Außenminister ist daher häufiger Gast im Auswärtigen Ausschuss, auch die Bundeskanzlerin informiert die Ausschussmitglieder. Staatssekretäre, Staatsminister und Spitzendiplomaten sind in jeder Sitzung präsent, und bei Bedarf erhält der Ausschuss sehr vertrauliche, mitunter auch geheime Informationen, damit er sich ein vollständiges Bild über Hintergründe machen kann. Das bedeutet auf der anderen Seite natürlich, dass alle diese



Tatsachen den Raum nicht verlassen dürfen. Zu diesem Zweck wird dieses Gremium als „geschlossener Ausschuss“ behandelt, zu dem nur die ständigen Mitglieder Zugang haben.

Laut Verfassungsgericht hat der Bundestag das Recht auf „Teilhabe an der auswärtigen Gewalt“. Insbesondere bei **Auslandseinsätzen der Bundeswehr** ist eine Entsendung deutscher Soldaten ohne vorherige Zustim-

mung des Parlamentes nicht möglich. Der Auswärtige Ausschuss ist federführend für die Beschlussfassung und beeinflusst zusammen mit weiteren Fachausschüssen die Ausgestaltung von Umfang, Ziel und Bedingungen des Einsatzes. Regelmäßig lässt er sich dabei von einer Reihe von Fragestellungen leiten. Wie ist die deutsche Interessenlage? Mit welchem völkerrechtlichen Rahmen haben wir es zu tun? Wie sind die Erfolgsaussichten? Wann wird der Einsatz nach menschlichem Ermessen wieder beendet werden können? Wie groß ist das Risiko für die deutschen Soldatinnen und Soldaten? Und nicht zuletzt: Kann die Bundeswehr das überhaupt zusätzlich zu ihren anderen Aufträgen und Aufgaben leisten?

Die Tagesordnung des Ausschusses ist natürlich stets abhängig von der **aktuellen internationalen Entwicklung**. Zu den Themen, die sich abzeichnen, gehören die Klärung der Statusfrage für das Kosovo, der Aufbauprozess in Afghanistan und natürlich die Brennpunkte von Konflikten im Nahen und Mittleren Osten. Selbstverständlich begleitet der Ausschuss auch die Ausrichtungen etwa der transatlantischen Beziehungen, der NATO, der EU und vieler weiterer Organisationen. Kurz: die deutsche Positionierung im gesamten Koordinatensystem internationaler Beziehungen.

Um seine Kontrollaufgaben wahrnehmen zu können, gehören die Außenpolitiker zu den Abgeordneten, die auch ins Ausland reisen. Zu internationalen Konferenzen, in Länder, die die deutsche Politik besonders beschäftigen und deren Mentalität man kaum aus Berichten erschließen kann, sondern selbst erleben muss. Bei diesen Reisen ist es oft von Vorteil, dass die Abgeordneten keine Diplomaten sind und deshalb freier agieren und ebenfalls Signale setzen können.

**i** Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses: Ruprecht Polenz (CDU/CSU) [ruprecht.polenz@bundestag.de](mailto:ruprecht.polenz@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder, CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3



„Einen Schwerpunkt wird die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten bilden. Wir haben die besondere Verpflichtung Deutschlands für Israel, dessen Existenzrecht garantiert sein muss, genauso im Auge wie das Ziel, einen lebensfähigen Palästinenserstaat an der Seite Israels zu schaffen. Sorge bereitet uns auch der Iran: seine Atompolitik, seine Terrorunterstützung, seine Menschenrechtslage.“

Ruprecht Polenz (CDU/CSU)

## Innenausschuss

# Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Allgemein bekannt ist, dass der Innenausschuss des Deutschen Bundestages federführend über sämtliche Angelegenheiten der Innenpolitik und der Verwaltung des Bundes berät, die nicht ausdrücklich einem besonderen Ministerium und damit einem anderen Ausschuss zugewiesen sind. Wer die Bedeutung dieses Gremiums aber tatsächlich ermessen möchte, braucht nur den Katalog der Grundrechte aufzuschlagen, deren Schutz der Innenausschuss als Verfassungsausschuss in besonderem Maße verpflichtet ist.

**M**edienberichte zu polizeilichen Ermittlungen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus führten dazu, dass zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Beratungen des Innenausschusses im Zeichen der **Berichtspflichten der Bundesregierung** und der **parlamentarischen Kontrollfunktion** standen.

Hauptaufgabe des Innenausschusses in dieser Legislaturperiode wird die Weiterentwicklung gesetzlicher Regelungen in so wichtigen Politikfeldern wie der Inneren Sicherheit, der Zuwanderungs- und Integrationsgesetzgebung oder der Staatsorganisation sein.

Perfekten Schutz und totale Sicherheit kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht geben, optimale Vorkehrungen aber sehr wohl. Deshalb wird der Ausschuss die Beratungen über die Evaluierung der geltenden **Terrorismusbekämpfungsgesetze** fortsetzen und dem Parlament gegebenenfalls Veränderungen, etwa im Hinblick auf die Frage der Neuordnung der Kompetenzen des BKA im Bereich der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus, vorschlagen.

Für die Gewährleistung von Sicherheit gehört auch, dass die Sicherheitsbehörden zur Bewältigung besonderer Notlagen problemlos miteinander kommunizieren können. Die flächendeckende **Einführung des Digitalfunks** wird daher vom Ausschuss fraktionsübergreifend unterstützt.

Der eingeleitete Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Zuwanderungs- und Integrationspolitik hat in den letzten Jahren zu einer

rationaleren und sachlicheren Behandlung dieses Themas geführt. Für den Ausschuss ist nunmehr entscheidend, das neue **Zuwanderungsrecht** in seiner Anwendungspraxis zu überprüfen, um festzustellen, ob unter humanitären, gesellschafts- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten Änderungen vorgenommen werden sollten.

Dabei ist die **Förderung der Integration** von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein ständiges Beratungsthema. Gleiches gilt für die **Bekämpfung von Extremismus** gleich welcher Ausprägung.

Der in der letzten Legislaturperiode unternommene Versuch einer **Föderalismusreform** soll nunmehr durch die vorbereitenden Beratungen für die Beschlüsse des Deutschen Bundestages durch den für das Staatsorganisationsrecht federführenden Innenausschuss vollendet werden. Die Modernisierung von Staat und Verwaltung wird mit diesen Ergebnissen eng verbunden sein. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts.

Auch mit den in ihren Ursprüngen aus den 80er Jahren stammenden Regelungen zum **Datenschutz** wird sich der Innenausschuss weiterhin zu befassen haben. Dabei gilt es, neuen



„Sich für Freiheit und Sicherheit einzusetzen und dabei über die Wahrung der Bürgerrechte zu wachen, gehört zu den zentralen Aufgaben des Innenausschusses. Unser besonderes Anliegen ist, gesetzliche Rahmenbedingungen innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung so weiter zu entwickeln, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und gefördert wird.“

Sebastian Edathy (SPD)

technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, aber auch, das Datenschutzrecht so weiterzuentwickeln, dass die Herausforderung, Bürgerrechtsbelange und Sicherheitsinteressen in einen Einklang zu bringen, gemeistert wird.

Zum Themenfeld der Bürgerrechte wird auch die Frage gehören, ob in der neuen Wahlperiode die Einführung von **Elementen direkter Demokratie** in das Grundgesetz die dafür notwendige Mehrheit findet.

Der Innenausschuss hofft darüber hinaus, mit seiner federführenden Zuständigkeit für die **Entschädigung der Zwangsarbeiter** und den dazu absehbaren, abschließenden Beratungen in der Mitte dieser Legislaturperiode dazu beigetragen zu haben, ein wichtiges Zeichen der politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus gesetzt zu haben.

**i** Vorsitzender des Innenausschusses: Sebastian Edathy (SPD) [sebastian.edathy@bundestag.de](mailto:sebastian.edathy@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder, CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



## Sportausschuss

# Wichtiger Faktor für soziale Integration

90.000 Sportvereine mit 27 Millionen Mitgliedern und vier Millionen ehrenamtlichen Helfern beweisen jeden Tag, dass die Menschen in diesem Land erkannt haben, was gut für sie ist. Der Bundestag will sie dabei unterstützen und hat deshalb erneut einen eigenen Sportausschuss ins Leben gerufen. Und der kümmert sich um die beiden Seiten dieser „goldenen Medaille“: den Spitzen- und den Breitensport. Seine Tagesordnung umfasst daher Weltmeisterliches und Alltägliches.

Wenn es um die Fitness des Volkes geht, sollten auch die Volksvertreter beizeiten nachweisen, dass sie nicht nur am grünen Tisch kompetent sind, sondern sich auch auf dem grünen Rasen nicht zu verstecken brauchen. Für die Mitglieder des Sportausschusses gehört es daher dazu, alle paar Jahre gemeinsam das Sportabzeichen zu machen und auf diese Weise mit gutem Vorbild voranzugehen. Auch viele andere Abgeordnete wissen als Freizeitsportler bestens Bescheid. Über die Fraktionsgrenzen hinaus übt sich etwa die Fußballmannschaft des Parlamentes in gutem Mannschaftsspiel.

Doch auch in dieser Wahlperiode geht es ihnen nicht nur um ihre persönliche Bewegung, die Mitglieder des Sportausschusses wollen im Interesse der Millionen Sportler auch in deren Umfeld einiges bewegen, allen voran im **Vereinsrecht**, das deutlich entschlackt und entbürokratisiert werden soll, damit den Ehrenamtlichen ihre Arbeit deutlich leichter gemacht wird. Natürlich beschäftigen den Sportausschuss auch die vielen attraktiven Sportevents allerersten Ranges, auf die sich Deutschland freuen kann – von

der Fußball-Weltmeisterschaft zu Beginn der Wahlperiode bis hin zur Leichtathletik-Weltmeisterschaft zum Ende der Wahlperiode.

Der Sportausschuss hat sich vorgenommen, auch beim Thema **Doping** weiterzukommen, und richtet sich hier auf kontroverse Diskussionen ein. Er sieht die Politik auf diesem Feld besonders gefordert, weil der Sport die Dopingproblematik wahrscheinlich nicht allein bewältigen kann.

Einigkeit besteht darüber, das **Sportstättenbauprogramm** „Goldener Plan Ost“ weiterzuführen. Da aber auch im Westen hoher Investitionsbedarf besteht, wird es darum gehen, einen innovativen, übergreifenden Lösungsansatz zu entwickeln. Die **neuen Strukturen im Sport** (Fusion von Deutschem Sportbund und Nationalem Olympischen Komitee zu einer Dachorganisation) werden die Sportpolitiker genauso begleiten wie diverse Förderprogramme, etwa für den Spitzensport.

Menschen, denen es wegen unterschiedlichster Behinderung schwer fällt, einen Sport auszuüben, sollen vom Ausschuss besonders unterstützt werden. Für den **Behindertensport** in



Deutschland könne noch deutlich mehr getan werden, meint der Ausschuss und will dafür nicht nur unter den Kolleginnen und Kollegen, sondern auch in der Wirtschaft werben. Ein anderes Dauerthema im Ausschuss ist die sportliche Betätigung außerhalb von Hallen und Plätzen, also die Kombination aus Natur und Sport, die möglichst nicht zur Konkurrenz werden soll.

Weitere wichtige Fragen: Wie geht es weiter beim Handel mit Übertragungsrechten für Sportveranstaltungen im Fernsehen? Welche Auswirkungen hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Wettmonopol auf die Finanzierung des Breitensports aus Glücksspielmitteln? Und wie sieht die Besteuerung von Sportgroßveranstaltungen in Deutschland im Vergleich mit der Situation in anderen Ländern aus? Schließlich befinden sich hier die deutschen Sport- und Veranstaltungsstätten in einem Wettbewerb mit vielen anderen Ländern, und hier muss die Politik darauf achten, dass auch die Rahmenbedingungen stimmen. Und zwar sowohl für den Spitzen- als auch für den Breitensport.

**i** Vorsitzender des Sportausschusses:  
Peter Wilhelm Danckert (SPD)  
peter.danckert@bundestag.de

Der Ausschuss hat 16 Mitglieder, CDU/CSU: 6, SPD: 6, FDP: 2, Die Linke.: 1, Bündnis 90/Die Grünen: 1.



„Für uns ist Sport nicht nur die schönste Nebensache der Welt. Er ist vor allem wichtig für die soziale Integration, für die Gesundheit, die Bildung, das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Verhalten. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, Sport noch stärker in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion zu rücken. Wir hoffen, dass der Sport bald auch ins Grundgesetz Einzug hält.“

Peter Wilhelm Danckert (SPD)

## Rechtsausschuss

# Regeln für alle Lebensbereiche

Wie dynamisch sich eine Gesellschaft entwickelt, wie verlässlich der Staat den Menschen Freiheit und Sicherheit garantiert, wie wettbewerbsfähig eine Wirtschaft sein kann – immer hat die Rechtspolitik hier eine zentrale Bedeutung. Der Rechtsausschuss hat damit ein weites Feld eigener Zuständigkeiten in wichtigen Bereichen. Daneben achtet er mitberatend darauf, dass der Bundestag als Gesetzgeber eindeutig formuliert und sich an Rechtsform und Verfassung hält.

Bereits in der verkürzten letzten Wahlperiode waren es weit über eintausend Drucksachen aus dem Bereich der Rechtspolitik, die von den Mitgliedern des Rechtsausschusses und ihren Mitarbeitern behandelt wurden. In der Mehrzahl versammeln sich hier Juristen, die aber keineswegs humorlos sind. Das macht nach Selbsteinschätzung des Ausschusses in den Beratungen vieles leichter, besonders wenn es mal um eine eher trockene Materie geht.

Alles andere als trocken ist die Materie jedoch bei den meisten Themen, die der Ausschuss in dieser Wahlperiode aller Voraussicht nach federführend beraten wird. Zum Beispiel Neuerungen im Unterhaltsrecht. Hier will der Rechtsausschuss dafür sorgen, dass nach einer Scheidung nicht nur die Eigenverantwortung der beiden ehemaligen Partner stärker hervortritt, sondern dass die Kinder bei mangelnden Einkommen Vorrang erhalten.

Wie bereits in der 15. Wahlperiode wird der Rechtsausschuss sich auch in der laufenden Wahlperiode mit der **Sicherungsverwahrung von Straftätern** befassen. Die soll nachträglich auch in besonders schweren Fällen gegen Täter verhängt werden können, wenn diese zwar nach Jugendstrafrecht wegen schwerster Straftaten verurteilt worden sind, in der Haft aber gezeigt haben, dass sie therapieresistent sind, und zu befürchten ist, dass sie nach ihrer Entlassung besonders gefährlich sein werden.

Weiterhin sollen die **Privatsphäre** und die **Willensfreiheit von Personen** durch neue gesetzliche Regelungen besser geschützt werden. Das betrifft



den Schutz vor so genannten „Stalkern“ (also Personen, die anderen so beharrlich nachstellen, dass deren Leben einschneidend beeinträchtigt wird), das betrifft aber auch den Schutz vor Zwangsverheiratung oder Zwangsprostitution.

Abweichend vom üblichen Verfahren soll beim Thema **Patientenverfügung** der Koalitionszwang aufgehoben werden. Die Rechtspolitiker, die den Handlungsbedarf erkannt haben,



„In unserem Ausschuss haben wir immer wieder mit dem Spannungsfeld zwischen der grundrechtlich garantierten Freiheit der Menschen und ihrem Anspruch auf Sicherheit zu tun. Das gilt gerade für eine Reihe der in dieser Legislaturperiode anstehenden Themen wie Stalking, Telekommunikationsüberwachung, nachträgliche Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht und Kronzeugenregelung.“

Andreas Schmidt (CDU/CSU)

setzen auf eine breite Debatte im Bundestag. Die Anträge sollen die verschiedenen ethischen, moralischen und religiösen Positionen wiedergeben. Ziel ist es, in dieser Grundsatzfrage zu einem möglichst breit getragenen Konsens zu kommen.

Größere Aufmerksamkeit wird sicherlich auch eine **Neufassung des GmbH-Gesetzes** finden. Inzwischen wird in Deutschland schon fast jede fünfte neue Kapitalgesellschaft in Form einer britischen Limited (Ltd.) gegründet. Das Gesetz soll an den niedrigeren Kapitalbedarf insbesondere von Dienstleistungsunternehmen angepasst werden und so auch im internationalen Vergleich Unternehmensneugründungen erleichtern. Auch das Datenschutzrecht muss gründlich überarbeitet werden und zum Beispiel den Entwicklungen im Internet besser Rechnung tragen.

Wichtiges Thema wird auch die **Justizreform** sein. Hier spielen nicht nur Veränderungen durch die Föderalismusreform hinein, hier stehen auch grundsätzlich die organisatorischen, institutionellen und verfahrensrechtlichen Strukturen im Mittelpunkt: Wie kann die Leistungsfähigkeit der deutschen Justiz gesichert, wie können Verfahren gestrafft, vereinheitlicht und überschaubarer gemacht werden? Nicht die einfachsten Fragen, aber für viele Menschen bedeutsame Angelegenheiten, die der Rechtsausschuss in dieser Wahlperiode klären und beantworten will.

**i** Vorsitzender des Rechtsausschusses:  
Andreas Schmidt (CDU/CSU)  
andreas.schmidt@bundestag.de

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder, CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



## Finanzausschuss

# Vereinfachung des Steuersystems

Steuern zahlen ist nicht beliebt. Umso wichtiger ist die Einsicht in die Notwendigkeit, verbunden mit dem Gefühl, dass es gerecht zugeht. Die Steuergesetze müssen die Handlungsfähigkeit des Staates ebenso im Blick haben wie die Leistungsfähigkeit von Bürgern und Unternehmen. Sie können Anreize geben, sie können aber auch erdrosselnd wirken. Ein herausragend wichtiges Arbeitsfeld also für diesen Ausschuss, der außerdem noch für den „Finanzplatz Deutschland“ zuständig ist.

Gleich zu Beginn der Wahlperiode ging durch die Medien der steuerliche Zweiklang, der auch die Melodie der Ausschussarbeit bestimmen wird: Das **Eigenheim** wird aus dem Katalog steuerlicher Förderungen gestrichen, die **Kinderbetreuung** wird in höherem Maße abzugsfähig. Dahinter steckt die Absicht, den Etat zu konsolidieren und gleichzeitig Impulse für Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt zu setzen.

Zu dem steuerlichen **Maßnahmenpaket** gehören auch eine Einschränkung der Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen, die Entfernungspauschale erst ab dem 21. Kilometer, der reduzierte Sparerfreibetrag und das Ende der steuerlichen Förderung von Biokraftstoffen. Letztere sollen künftig durch Quotenlösungen, also vorgeschriebene Beimengungen gefördert werden. Das alles sind Beispiele für die grundsätzliche Frage im Ausschuss: Wo kann auf steuerliche Subventionierungen verzichtet werden, sind eventuell andere Hebel in der Wirkung ähnlich Erfolg versprechend?

In den Beratungen wird das Thema **Steuergerechtigkeit** auch unter dem

Aspekt eine Rolle spielen, wie die zur Verfügung stehenden Steuerquellen optimal ausgeschöpft werden können. In dem Zusammenhang ist der verstärkte Kampf etwa gegen Umsatzsteuerbetrug zu sehen. Steuerehrlichkeit muss honoriert, gegen Missbrauch und Kriminalität entschlossen vorgegangen werden. Hier spielt der **effiziente Steuervollzug** im Zusammenwirken von Bund und Ländern ebenfalls eine Rolle. Die Beziehung zwischen den verschiedenen Ebenen wird den Ausschuss auch im Zusammenhang mit der Föderalismusreform beschäftigen. Mehr Übersicht, das bedeutet in erster Linie auch eine klarere Aufteilung bei Steuern und Finanzen.

Mit einer Reihe von öffentlichen Anhörungen wird der Ausschuss die Neuerungen vorbereiten. Auf diese Weise können die Betroffenen über ihre Interessenvertreter direkt zu Wort kommen, außerdem können die Bürger persönlich und über die im Internet zugänglichen Unterlagen und Stellungnahmen die Beratungen verfolgen. Zum Beispiel, wenn es um die Anhebung des **Umsatzsteuersatzes** auf 19 Prozent ab 2007 geht, im Zuge



dessen sich jedoch der ermäßigte Satz – etwa für Grundnahrungsmittel und Bücher – nicht verändert. Einen besonderen Schwerpunkt wird auch die Unternehmensteuerreform bilden: Sie soll das Steuerrecht für Unternehmen am Standort Deutschland grundlegend fortentwickeln und international wettbewerbsfähige Steuersätze realisieren.

Ein weiteres Vorhaben, das der Ausschuss begleitet, ist der neue **Spitzensteuersatz** von 45 statt 42 Prozent für besonders hohe (nicht gewerbliche) Einkommen (ab 250.000 Euro für Ledige/ab 500.000 Euro für Verheiratete).

Unter dem Stichwort „**Belebung der Wirtschaft**“ beschäftigt sich der Ausschuss unter anderem mit höheren Abschreibungsmöglichkeiten auf bewegliche Wirtschaftsgüter, mit dem Privathaushalt als Arbeitgeber (abzugsfähige Handwerkerrechnungen für Erhaltung und Modernisierung/abzugsfähige Kinderbetreuungskosten) und mit der Mobilisierung von Wagniskapital. Den deutschen **Finanzmarkt** wird der Ausschuss ebenfalls intensiv in den Blick nehmen. Hier geht es unter anderem um eine Mittelstandsoffensive, Bürokratieabbau und effiziente Finanzmarktaufsicht.

**i** Vorsitzender des Finanzausschusses:  
Eduard Oswald (CDU/CSU)  
eduard.oswald@bundestag.de

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder,  
CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4,  
Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



„Unser Ausschuss ist in dieser Wahlperiode wie kaum zuvor gefordert. Das Steuersystem muss einfacher und international wettbewerbsfähiger werden. Nur mit konsequenter Weiterentwicklung werden wir die Steuerbasis sichern, Investitionsanreize setzen und das Wirtschaftswachstum beleben können. Anregungen von Bürgern und Unternehmen beziehen wir in unsere Beratungen mit ein.“

Eduard Oswald (CDU/CSU)

## Haushaltsausschuss

# Finanzielle Realität auf der Tagesordnung

Es ist das so genannte „Königsrecht“ des Parlaments, über jeden einzelnen Euro, über jeden einzelnen Cent zu beschließen, den die Regierung ausgeben will. Ganz gleich, mit welchem Vorhaben die Politik die Welt gestalten will – am Haushaltsausschuss führt kein Weg vorbei. Jeder einzelne Haushaltsposten wird in Augenschein genommen. Und für die Sanierung der Staatsfinanzen schlagen sich die „Haushälter“ auch schon mal die Nächte um die Ohren.

Eigentlich reicht ein Bundeshaushalt pro Jahr völlig aus, um den Haushaltsausschuss bis über beide Ohren zu beschäftigen. Doch die vorgezogenen Neuwahlen haben dazu geführt, dass zum Auftakt der neuen Wahlperiode in einem Jahr gleich **zwei Haushalte** aufzustellen, abzustimmen und zu verabschieden sind. Für zusätzlichen Stress sorgt, dass wegen der vorläufigen Haushaltsführung in den ersten Monaten neue Investitionen zurückstehen haben, das Land aber trotzdem vernünftig regiert werden muss. Gewöhnlich bereiten sich die Behörden darauf vor, dass es am Ende einer Wahlperiode und am Beginn einer neuen mit vielleicht neuen Mehrheiten kompliziert werden kann. Nun traf es den Bund völlig unvorbereitet. Entsprechend größer sind die Anspannungen für den Ausschuss.

Die 41 Haushälter teilen sich die Arbeit auf, indem sich einzelne von ihnen bestimmte **Einzelpläne** vornehmen. Da findet dann wochen- und monatelang wichtige Arbeit auch und vor allem außerhalb der Ausschusssitzungen statt. Sie erhalten dann zusätzliche Informationen aus den jeweiligen Ministerien über die Hintergründe der geplanten Ausgaben, gehen mit ihren Ansprechpartnern und untereinander immer wieder Punkt für Punkt, Kapitel für Kapitel, Seite für Seite durch, bis im Ausschuss sowohl über einvernehmlich gefundene Lösungen wie über strittige Projekte abgestimmt wird. Bei der so genannten „Bereinigungssitzung“, die bis in den frühen Morgen dauert, muss der Haushaltsausschuss dann alles ins Lot bringen.



Zwar können erfahrene Haushälter auch schon bei der Betrachtung von Einzelplänen erkennen, ob da eine Ausgabenplanung „durch die Decke geht“, doch spätestens bei der „Bereinigungssitzung“ muss dann das gesamte Zahlenwerk austariert werden. Dazu wird das Ausschusssekretariat von Fachleuten des Ministeriums mit zusätzlichen Rechnern und weite-



„Wir Haushälter werden darauf getrimmt, untypische Politiker zu sein. Wir müssen immer wieder sagen: ‚Gibt es nicht!‘, ‚Können wir uns nicht leisten!‘, ‚Wir haben es nicht!‘ Wenn andere Ausschüsse ihre Wünsche und Träume vorstellen, müssen wir für die Realität zuständig sein. Wir können die Mathematik nicht außer Kraft setzen und müssen daher immer wieder Wünsche stoppen.“

Otto Fricke (FDP)

rer Software unterstützt, damit stets jede Veränderung auf ihre Wirkungen für den Gesamthaushalt durchgerechnet werden kann. Viel Manövriermasse steht ohnehin nicht zur Verfügung. Allein der Zuschuss des Bundes zur Rente macht mit fast 80 Milliarden Euro nahezu ein Drittel aller Ausgaben aus. Nimmt man dann noch die Kosten für Arbeitsmarkt, Zinsen, Personal und Zuwendungen hinzu, bleiben bescheidene 28 Prozent für alle anderen wichtigen Aufgaben

Die besondere Herausforderung für den Haushaltsausschuss in dieser Wahlperiode besteht darin, spätestens ab dem Jahr 2007 die **Maastricht-Kriterien** wieder einzuhalten, also die Verschuldung in den vorgegebenen engen Grenzen zu halten und trotzdem genügend Reserven für Wachstumsimpulse aufzubringen. Die plakative Formel für die damit verbundenen Ziele lautet, weniger Geld für die Vergangenheit und mehr für die Zukunft auszugeben. Die hohe Zeit der Haushaltsberatungen ist traditionell von September bis Anfang Dezember. Dieses Mal kommt für das schon angelaufene Jahr auch die Phase von März bis Juni hinzu. Aber auch außerhalb hat der Haushaltsausschuss stets eine reich gefüllte Tagesordnung, wenn es gilt, den Vollzug des Haushaltes nicht aus dem Blick zu verlieren, qualifiziert gesperrte Titel je nach Entwicklung freizugeben oder sich mit unvorhergesehenen Ausgabennotwendigkeiten zu befassen.

**i** Vorsitzender des Haushaltsausschusses:  
Otto Fricke (FDP)  
otto.fricke@bundestag.de

Der Ausschuss hat 41 Mitglieder,  
CDU/CSU: 15, SPD: 15, FDP: 4,  
Die Linke.: 4, Bündnis 90/Die Grünen: 3

# Trendwende bei der Binnenkonjunktur

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Keine Arbeitsplätze, keine Steuereinnahmen, keine Sozialleistungen. Deshalb hat der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie nicht nur die Unternehmen in Deutschland im Blick, sondern ihr gesamtes Umfeld. Finanzen, Umwelt, Gesundheit, Forschung – alles hat mit Wirtschaft zu tun, und deshalb ist der Ausschuss über seine Kernzuständigkeit hinaus an vielen wichtigen Vorhaben beteiligt.

Zu den herausragenden Themen des Wirtschaftsausschusses gehören die Vorschläge des **25-Milliarden-Wachstumspaketes**, das gleich zu Beginn der Wahlperiode auf dem Tisch dieses und anderer Ausschüsse landete. Das gemeinsame Ziel: starke Wachstumsimpulse zu setzen. Dabei hat der Wirtschaftsausschuss eine bessere Balance zwischen Export und Binnenmarkt im Blick. Weltmeisterlich läuft der eine, während der andere noch schwächelt. Viele Schritte sollen zu einer Trendwende beitragen, so etwa, dass auch private Haushalte Aufwendungen für Erhaltungen und Modernisierungen begrenzt von der Einkommensteuer abziehen können. Je mehr der Wachstumsmotor in Gang kommt, desto besser für alle. Jedes halbe Prozent Wirtschaftswachstum bedeutet 2,5 Milliarden mehr Steuereinnahmen, 2,3 Milliarden mehr für die Sozialversicherung.

70 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland stellt der **Mittelstand**, und deshalb will der Wirtschaftsausschuss verstärkt auch diesen „Jobmotor“ in Gang bringen. Beraten wird etwa über leichtere öffentlich-private Partnerschaften auch für kleinere Unternehmen, über erleichterte Finanzierungswege für den Mittelstand und



attraktivere Rahmenbedingungen für Wagniskapital. Als Wachstumsimpuls sollen auch bessere Abschreibungsregelungen wirken.

Die **Selbstständigigenquote** soll in Deutschland wieder auf deutlich mehr als zehn Prozent steigen. Deshalb werden Vorschriften gelockert, die bislang die Startphase neuer Unternehmen beschwerten, etwa was das Abfassen von Statistiken anbelangt, die Grenze für die Pflicht zur Buchführung oder

zur Soll-Besteuerung. Künftig sollen mehr Kleinbetriebe Umsatzsteuer erst bezahlen müssen, wenn auch ihre Rechnungen bezahlt worden sind. Außerdem ist daran gedacht, zentrale Anlaufstellen für Existenzgründer ins Leben zu rufen.

Gemeinsame Anhörungen mit anderen Fachausschüssen sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen an entscheidender Stelle mit in die Gesetzesberatungen einbinden. Beim Thema **Energieversorgung** schließt sich der Wirtschaftsausschuss etwa mit den Umweltpolitikern zusammen, bei den **steuerlichen Anreizen** mit den Finanzpolitikern, beim Thema **Dienstleistungsrichtlinie** mit den Arbeits- und Sozialpolitikern.

Immer wieder geht es auch darum, wie die deutsche Wirtschaft mit ihren Rahmenbedingungen im **EU-Binnenmarkt** und im **globalen Wettbewerb** aufgestellt ist. Vor allem geht es darum, die guten Forschungsergebnisse schneller in eine breite Anwendung zu bringen. Nicht nur in großen, sondern auch in den kleinen und mittleren Unternehmen muss **Innovation** deshalb ein wichtiges Thema werden. Auf dem Feld der Telekommunikation geht es unter anderem darum, breitbandige Netze zu schaffen und auszubauen. Zu den im Ausschuss zu beratenden „Leuchtturmprojekten“, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland markieren, gehören Entwicklungen mit Brennstoffzellen, hocheffizienten Kraftwerken, Satellitennavigation oder Bahnschnellsysteme.

Die Debatten versprechen einmal mehr, sehr lebhaft zu werden. Denn die Wirtschaftspolitik ist das klassische Feld für Auseinandersetzungen über die richtigen Wege und die besten Ziele. Die unterschiedlichen Konzepte machen die Beratungen im Wirtschaftsausschuss zu einer spannenden Angelegenheit.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie: Edelgard Bulmahn (SPD) [edelgard.bulmahn@bundestag.de](mailto:edelgard.bulmahn@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder, CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



„Technologie wird eine große Rolle spielen. Wir werden die Rahmenbedingungen für Innovationen weiter verbessern und insbesondere die Technologieförderung der KMU deutlich ausbauen müssen. Damit spiegelt sich eine Entwicklung wider, die auch in der Wirtschaft stattfindet: Nicht nur für die großen, auch für die kleinen Unternehmen werden Technologie und Innovation immer wichtiger, um wettbewerbsfähig zu bleiben, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.“ Edelgard Bulmahn (SPD)

# Kommunikation zum Wohl der Verbraucher

„Der Mensch ist, was er isst.“ Auch für diesen Fachausschuss kommt die Ernährung an erster Stelle. Doch gleichrangig kümmert er sich auch um die Bedingungen, wie die Lebensmittel in der Landwirtschaft entstehen, und die Umstände, wie der Käufer zu seinen Waren kommt. Dabei geht der Schutz der Verbraucher weit über die Lebensmittelparte hinaus. Das macht ihn zu einem echten Querschnittsausschuss, der viele andere Politikfelder mit im Auge behält.

Gerade konstituiert, da stand der Ausschuss auch schon erstmals im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Denn sowohl der **Fleischskandal** als auch die **Vogelgrippeproblematik** beherrschten die Schlagzeilen und berührten wichtige Aufgabenfelder der Ernährungs-, Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik. In öffentlichen Anhörungen, die lebhaft Resonanz in den Medien fanden, beschäftigte sich der Ausschuss, zum Teil auch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vom Gesundheitsausschuss, mit den Fragen: Wie konnte das passieren? Und: Wie verhindern wir Wiederholungen? Beim Fleischskandal gilt es, denen das Handwerk zu legen, die dafür verantwortlich sind.

Trotz erster Antworten auf die drängenden Fragen und verschiedener Maßnahmepakete befürchtet der Ausschuss, dass sich die beiden Themenstränge – Lebensmittelskandale und Tierseuchen – immer wieder auf seinen Tagesordnungen wiederfinden werden. Aller Voraussicht nach wird es vor allem darum gehen, die Kommunikation zwischen den regionalen, nationalen und internationalen Ebenen auszubauen und zu beschleunigen.

Ein Schwerpunkt der Beratungen wird auch einem neuen Anlauf für ein **Verbraucherinformationsgesetz** gelten. Einerseits wollen die Parlamentarier Käufer und Verkäufer möglichst auf gleiche Augenhöhe bringen, andererseits dabei aber neue, überbordende Bürokratie verhindern. Der Verbraucherschutz umfasst längst nicht nur Auskünfte über die Herkunft der

Lebensmittel. Auf der Agenda des Ausschusses stehen zum Beispiel auch die Fahrgastrechte bei der Bahn, die Passagierrechte im Luftverkehr, die Schritte gegen Handy-Klingeltöne als Schuldenfalle für Kinder und Jugendliche. Aber auch die hohen Gas- und Energiepreise werfen im Ausschuss die Frage auf, inwieweit die Kosten von den Leistungserbringern transparenter gemacht werden müssen

Im Mittelpunkt wird immer wieder die Situation der **Agrarwirtschaft** stehen. Die Branche mit vier Millionen Beschäftigten ist auf die Begleitung der Politik angewiesen, wenn es darum geht, ökologischen Landbau und konventionelle Landbewirtschaftung nebeneinander zu entwickeln, die Chancen als Nahrungsmittelhersteller, Landschaftspfleger und Rohstoffproduzent gleichermaßen zu nutzen. So wird sich der Ausschuss auch mit Projekten beschäftigen, die die **Nutzung der Biomasse** voranbringen. Die reizvolle Perspektive: Biomasse ist besser als andere regenerative Energieträger geeignet, so genannte „Grundlasten“ zu tragen und damit Öl und Gas nicht nur zu ergänzen, sondern in Teilen auch zu ersetzen. Und auch die „**grüne Gentechnik**“ wird im Ausschuss wei-



„Die Zuständigkeit auch für den Verbraucherschutz hat mit dazu beigetragen, dass viel mehr Frauen in diesem klassischen Landwirtschaftsausschuss mitarbeiten. Jüngst hatten wir ein Arbeitessen mit dem Ausschuss eines befreundeten Parlamentes aus dem Ausland. Die kamen mit lauter Männern und nur einer Quotenfrau, unsere Seite bestand aus lauter Frauen und nur einem Quotenmann.“ Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen)

terhin intensiv auf ihre Chancen und Risiken untersucht werden.

Unter dem Stichwort „**Tierschutz**“ wird es unter anderem um die künftige Haltung von Legehennen und Schweinen, um Tiertransporte und europaweit um die Vermeidung von Tierversuchen gehen. Teilweise ruinöser Preisdruck soll verhindert werden, indem es künftig ein generelles Verbot geben soll, Lebensmittel unter Einstandspreis abzugeben.

Daneben wird sich der Ausschuss auch durch regelmäßige Berichte, etwa über den Zustand des Waldes, über den Küstenschutz oder über die europäische Entwicklung auf dem Agrarsektor und die Entwicklungen bei den WTO-Verhandlungen auf dem Laufenden halten und mögliche Konsequenzen für die deutsche Politik besprechen.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) [baerbel.hoehn@bundestag.de](mailto:baerbel.hoehn@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder, CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



# Hartz-Gesetze und Regelaltersgrenze

Dieser Ausschuss hat es meistens mit „90-Prozent-Themen“ zu tun – also Angelegenheiten, die 90 Prozent der Bevölkerung für sich selbst als wichtig empfinden. Die Zahl der Zugriffe auf die Homepage des Ausschusses bestätigt das rege Interesse der Bürger. Denn hier geht es um die Bedingungen ihrer beruflichen Beschäftigung, ihre aktuelle soziale Situation und ihre Versorgung im Alter. Und das bedeutet: Manchmal sind es auch „100-Prozent-Themen“.

Auf vielfältige Weise wird der Ausschuss damit beschäftigt sein, wie die Arbeitslosigkeit abgebaut und die Beschäftigung gesichert werden kann. Gleich zu Beginn steht etwa ein **Saisonkurzarbeitergeld** im Mittelpunkt, das gegen die Winterarbeitslosigkeit in witterungsabhängigen Branchen in Stellung gebracht werden soll. Auch einige Korrekturen an der **Hartz-Gesetzgebung** wird der Ausschuss beleuchten und beraten. So etwa die Angleichung der Ost- an die West-Regelleistungen oder die neue Definition von „Bedarfsgemeinschaft“, wodurch Missbrauch unterbunden werden soll. Damit sollen die wirklich Bedürftigen besser erfasst und ihre Unterstützung auf eine verlässliche Basis gestellt werden.

Das **Kündigungsschutzrecht** kommt ebenfalls auf die Tagesordnung des Ausschusses. Und zwar mit dem Ziel, mehr Beschäftigung zu ermöglichen und gleichzeitig den Kündigungsschutz für bestehende Arbeitsverhältnisse nachhaltig zu sichern. Hier ist geplant, die jetzt mögliche grundlose Befristung von Arbeitsverträgen in den ersten 24 Monaten künftig auszuschließen. Gleichzeitig sollen Arbeit-



geber die Möglichkeit erhalten, mit dem neuen Beschäftigten eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten zu vereinbaren.

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung wird der Ausschuss verstärkt auch die Bekämpfung von **Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft** in den Blick nehmen. Nach der Devise „der Ehrliche darf nicht der Dumme sein“

ist unter anderem daran gedacht, die Kontrollen zu verstärken, die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen und Behörden zu intensivieren und auch neue Modelle zu testen. So werden sicherlich die Ergebnisse eines Berlin-Brandenburger Pilotprojekts das Interesse des Ausschusses finden, nach dem in Branchen mit besonders häufig auftretender Schwarzarbeit die Arbeitnehmer verpflichtet werden, sichtbar Chipkarten zu tragen, die sie als reguläre Beschäftigte ausweisen.

Bereits heiß diskutiert: Die Änderung der **Regelaltersgrenze** („Rente erst mit 67“). Das soll zwar erst im Jahr 2012 allmählich beginnen und zu Beginn des nächsten Jahrzehntes zunächst noch einmal daraufhin überprüft werden, ob auch die Voraussetzungen gegeben sind. Doch der Ausschuss muss sich tief in die Details und die Auswirkungen einarbeiten, weil das Parlament die Grundsatzentscheidung bereits in dieser Wahlperiode fällen soll. Damit trifft der Ausschuss auf das Grundproblem der Alterssicherung: Der Bundeszuschuss ist kaum noch zu erhöhen, da schon jetzt jeder dritte Euro aus dem Bundeshaushalt in das Rentensystem fließt. Die Rentenbeiträge können auch nicht mehr massiv angehoben werden, weil zu hohe Nebenkosten Wirtschaftswachstum und neue Beschäftigung abbremsen. Die Nebenkosten sollen eher sinken als weiter steigen.

Trotzdem steht die gewaltige Verschiebung des Altersaufbaus der Bevölkerung vor der Tür, so dass – neben der Hoffnung auf ein massives Wirtschaftswachstum mit deutlich steigenden Löhnen – nur die Lebensarbeitszeit als Stellschraube übrig bleibt. Freilich geschieht die Grundentscheidung auch vor dem Hintergrund einer deutlich angewachsenen Lebenserwartung. Anhörungen sollen das für eine breite Öffentlichkeit eingehend beleuchten.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales: Gerald Weiß (CDU/CSU) [gerald.weiss@bundestag.de](mailto:gerald.weiss@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder, CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



„Unsere Arbeit, die natürlich großes Interesse findet, bedeutet auch immer wieder ein Werben um Verständnis für die Zusammenhänge. Wir wollen durch unsere öffentlichen Anhörungen auch die Grenzen von Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Wie es mit den Renten weiter geht, hängt auch davon ab, ob das Schwungrad der Wirtschaft wieder anspringt.“

Gerald Weiß (CDU/CSU)

# Umbau für neue Herausforderungen

Seit über einem Jahrzehnt ist das Engagement der Bundeswehr in Auslandseinsätzen mehr und mehr Normalität geworden – und damit hat auch der Verteidigungsausschuss seinen Blickwinkel über Kasernenhöfe und Manövergebiete in Deutschland hinaus erweitert. Die Verteidigungspolitiker begleiten die Bundeswehr bei ihrem Umbau und setzen sich dafür ein, dass die „Parlamentsarmee“ auch in Zeiten knapper Kassen über ausreichende Mittel verfügt, um ihre Aufgabe für den Erhalt von Frieden, Freiheit und Sicherheit zu erfüllen.

Der Verteidigungsausschuss tagt nicht nur nichtöffentlich, sondern als geschlossener Ausschuss, was bedeutet, dass der Zutritt zu den Sitzungen neben den Ausschussmitgliedern nur einem eng begrenzten Personenkreis möglich ist, denn es geht oft um Informationen, die einer gewissen Vertraulichkeit bedürfen. Gleichwohl sieht es der Ausschuss als wichtige Aufgabe dieser Wahlperiode an, zu einer breiten sicherheitspolitischen öffentlichen Diskussion in Deutschland beizutragen.

Den entscheidenden Impuls erwarten die Verteidigungspolitiker von einem neuen „Weißbuch“, das noch 2006 erarbeitet werden soll und das die Bedingungen und Perspektiven von deutscher Sicherheit im 21. Jahrhundert ebenso beschreiben soll wie die Zukunft der Bundeswehr im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es soll deutlich werden, weshalb die Frauen und Männer in Uniform stellvertretend für 82 Millionen die deutschen Interessen auch „am Hindukusch“ verteidigen, wie es der ehemalige Verteidigungsminister Struck formuliert hat. Wie sinnvoll die Einsätze sind – darüber verschaffen sich Mitglieder des Ausschusses immer wieder auch selbst einen Eindruck vor Ort. Und sie lassen sich in jeder Sitzung über die aktuelle Sicherheitslage in den Einsatzgebieten der Bundeswehr informieren.

Das Misstrauen gegenüber deutschen Streitkräften ist in den fünf Jahrzehnten, in denen die Bundeswehr besteht, immer geringer geworden. Ein Grund dafür liegt sicher im Primat der Politik. Als „Parlamentsarmee“

wird die Bundeswehr vom Bundestag intensiv beobachtet und begleitet. Der Verteidigungsausschuss, dessen Einrichtung vom Grundgesetz vorgeschrieben ist, ist insofern mit besonderen Rechten ausgestattet. Er kann sich als einziger Ausschuss selbst als Untersuchungsausschuss einsetzen, um Vorgänge detailliert aufzuklären. Darüber hinaus beschäftigt sich der Verteidigungsausschuss auch mit den **Berichten des Wehrbeauftragten** des Deutschen Bundestages. Um spezielle Themen jenseits der eigenen Tagesordnung vertiefend beraten zu können, setzt der Verteidigungsausschuss regelmäßig Untergremien ein. So gab es in der vergangenen Wahlperiode den Unterausschuss „Weiterentwicklung der Inneren Führung“ sowie die Berichterstattegruppen „Kooperation mit der Wirtschaft“ und „Bodengebundene Luftverteidigung“.

Die Politik muss stets sicherstellen, dass die Streitkräfte auch über genügend Mittel verfügen, um ihre oftmals nicht ungefährlichen Aufträge erfüllen zu können. Die Beratungen über **Ausrüstung und Material** und die Verankerung in der Finanzplanung und im Bundeshaushalt stellen daher einen



„Bei unseren Beratungen stehen die Soldatinnen und Soldaten immer im Vordergrund. In jeder Sitzung fragen wir nach der Situation in den Einsatzgebieten, welche Gefahren bestehen, wie es um die Ausrüstung bestellt ist, ob sie bestmöglichen Schutz bietet. Und wir belassen es nicht bei schriftlichen Berichten, sondern versuchen, uns auch immer wieder selbst ein Bild zu machen.“

Ulrike Merten (SPD)

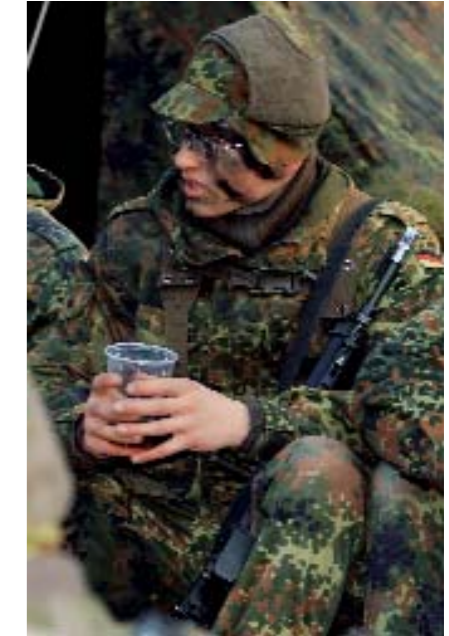
weiteren Schwerpunkt in der Arbeit des Ausschusses dar.

Um den neuen Herausforderungen besser gerecht zu werden, hat die Bundeswehr einen **einschneidenden Umbau** („Transformation“) begonnen. Der Ausschuss hat ein Auge auf die vielfältigen Auswirkungen auf das Leben von zehntausenden Soldatinnen und Soldaten, Zivilbeschäftigten und Familien und darauf, dass sie ein möglichst hohes Maß an Planungssicherheit erhalten. Auch die Besoldung spielt eine wichtige Rolle.

So wie sich das Gesicht der Truppe mit einer ständig wachsenden Zahl von Frauen in Uniform wandelt, ist auch die Verteidigungspolitik keine Männerdomäne mehr, was schon darin zum Ausdruck kommt, dass der Verteidigungsausschuss eine Vorsitzende an seiner Spitze hat.

**i** Vorsitzende des Verteidigungsausschusses: Ulrike Merten (SPD) [ulrike.merten@bundestag.de](mailto:ulrike.merten@bundestag.de)

Der Ausschuss hat 30 Mitglieder, CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 2.



## Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

# Fördern in allen Lebensphasen

Auf dem Tisch dieses Ausschusses liegt gleichsam die Zukunft der Gesellschaft. Die Kinder in der Familie und mehr Chancen für die Familie sind dafür ebenso so zentral wie das Gelingen der Lebensentwürfe von Frauen und Männern. Dazu gehört auch, dass die Zahl der Senioren in Deutschland wächst und ihre Lebensauffassung, ihre Bedürfnisse immer wichtiger für alle werden. Dass dies alles zusammengehört, kommt schon im programmatischen Namen des Ausschusses zum Ausdruck.

Ohne die anderen Bereiche aus dem Blick zu verlieren, wird die Familienpolitik aller Voraussicht nach den Schwerpunkt der Ausschussarbeit in dieser Wahlperiode bilden. Die **steuerliche Förderung der Kinderbetreuung** stand als Beitrag unter Federführung des Finanzausschusses am Anfang der öffentlichen Diskussion, es folgt als erstes großes Gesetzesvorhaben des Familienausschusses das **Elterngeldprojekt**. Doch ist schon absehbar, dass gegen Ende der Wahlperiode auch der Familienausschuss noch einmal intensiv die Kinderbetreuung unter die Lupe nimmt. Er hat zu überprüfen, ob die Ziele, die mit dem Ausbaugesetz der letzten Wahlperiode angestrebt waren, auch erreicht werden konnten. Bleibt das Volumen neuer Betreuungsplätze zu klein, ist bereits verabredet, einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem zweiten Lebensjahr einzuführen.

Sie ist beim Bereich Familie angesiedelt, aber sie berührt viele andere Gruppen und Politikfelder: die **Förderung von Mehrgenerationenhäusern**. Das Projekt nimmt zwar Anleihen an die frühere familiäre und nachbarschaftliche Tradition, bedeutet aber

nicht, dass alle Generationen auch zwingend unter einem Dach wohnen müssen. Vielmehr sollen alle Angebote, die für die verschiedenen Altersgruppen wichtig sind, miteinander vernetzt werden. Das reicht von der Frühförderung über die Betreuung und die Bildung bis hin zur Lebenshilfe und soll ausdrücklich das Potenzial, das in den Senioren steckt, mit einbeziehen. Viele Ältere sind heute so fit und so gern aktiv, dass die Gesellschaft auf sie nicht verzichten darf. In Modellprojekten soll das Prinzip der Mehrgenerationenhäuser schon bald in jedem Kreis, in jeder größeren Stadt präsent werden. Der Ausschuss wird sich intensiv mit der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Programms beschäftigen.

Ähnlich wirkt er bei einem anderen Vorhaben mit, das sich um die **Frühförderung** von Kindern dreht, also Angebote, die einer Entwicklungsbeeinträchtigung entgegenwirken sollen. In diesem Zusammenhang soll die Debatte über unentdeckten Kindesmissbrauch – und wie dieser verhindert werden kann – um den Aspekt verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen erweitert werden.



**Bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** will der Ausschuss ebenso anstreben und dabei etwa die Projekte für Demokratie und Toleranz im Blick behalten, mit denen Rechts extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit weiterhin entgegengetreten werden soll.

Auf dem Feld der Seniorenpolitik wird es darum gehen, das **Heimgesetz** umfassend zu novellieren, es von Bürokratie und Widersprüchen zu befreien. Freilich ist auch hier die Föderalismusreform vorgeschaltet. Über die Absicht, das Heimgesetz in die Zuständigkeit der Länder zu übertragen, will der Ausschuss noch einmal reden, zumal auch viele Experten diesen Plan skeptisch beurteilen.

Bei der Frauenpolitik will sich der Ausschuss sowohl mit den **Frauenrechten in der Türkei** befassen als auch mit der **Situation türkischer Frauen und Mädchen** in Deutschland. Eine Delegation wird sich dazu in der Türkei informieren. Außerdem ist unter anderem eine Anhörung zum Thema Zwangsverheiratung vorgesehen. Dauerbrenner der Ausschussarbeit bleiben die Gleichstellung von Mann und Frau, die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:  
Kerstin Griese (SPD)  
kerstin.griese@bundestag.de

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder:  
CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3,  
Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.

„Kinder und Familien werden im Zentrum unserer Arbeit im Ausschuss stehen. Wir wollen eine Gesellschaft, die eine gute Zukunft hat, damit Kinder in ihr eine gute Zukunft haben. Und wir werden uns ebenfalls intensiv damit beschäftigen, wie der Zusammenhalt der Generationen gestärkt, wie mehr Chancen für Ältere und Jüngere, für Frauen und Männer geschaffen werden können.“

Kerstin Griese (SPD)



## Ausschuss für Gesundheit

# Ideenwettbewerb für die beste Versorgung

Wer an Gesundheit denkt, hat zu Beginn dieser Wahlperiode vor allem die Suche nach einem tragfähigen Kompromiss zwischen „Bürgerversicherung“ und „Gesundheitsprämie“ vor Augen. Doch in diesem Ausschuss geht es um mehr, um viel mehr als um die wichtige Sicherung der Finanzierungsgrundlagen. Etwa dass jeder die bestmögliche Behandlung erfährt, wenn er krank wird, und im Alter Pflege zur Verfügung steht. Die Arbeit des Gesundheitsausschusses ist reich an Facetten.

Die Protestaktionen zehntausender Ärzte und weiterer Mitarbeiter des Gesundheitssystems haben auch einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass viele Schritte zu beraten und zu beschließen sind, damit ärztliche Leistungen mehr dem Patienten und weniger der Bürokratie dienen, Mediziner angemessene Honorare erhalten und kein Patient mehr ohne Termin bleibt, weil das Budget schon vor Monatsende aufgebraucht ist. Zugleich muss verhindert werden, dass die flächendeckende Versorgung mit Medizin vor allem im ländlichen Bereich löchrig wird.

Es wird in dieser Wahlperiode auch immer notwendiger, sich einem Trend zunehmender Sorglosigkeit gegenüber **Infektionen mit HIV/AIDS** entgegenzustellen. Auf diesem Feld geht es nicht nur um eine wirkungsvollere Prävention, sondern auch um Forschungsförderung, damit Heilungschancen verbessert und Impfstoffe entwickelt werden können. Zudem betrachtet der Gesundheitsausschuss den Kampf gegen die Ausbreitung von HIV/AIDS auch als Verpflichtung zu internationaler Zusammenarbeit, etwa mit Osteuropa.

In der Diskussion um aktive Sterbehilfe wird es im Ausschuss um andere, humane Antworten gehen: um den Ausbau von **Palliativmedizin** und Hospizen für schwerkranke, für todkranke Menschen. Wohnortnah soll ein Versorgungssystem aufgebaut werden, das es den Betroffenen erlaubt, ohne ständige starke Schmerzen leben und in Würde sterben zu können.

Noch besser, als alles Mögliche zu tun, damit kranke Menschen wieder



gesund werden können, ist es natürlich, wenn sie gar nicht erst krank werden. Das würde im Übrigen auch viel Geld sparen. Und so will der Ausschuss intensiv in die Beratungen über ein **Präventivgesetz** einsteigen, um die Vorbeugung so lebensnah und so bürokratiearm wie möglich als weitere Säule der Gesundheitsversorgung aufzubauen.



„Es gibt so verschiedene Konzepte für die Zukunft des Gesundheitssystems, dass spannende und kontroverse Debatten zu erwarten sind – zunächst vor allem über die Finanzierung. Ich möchte bei den Anhörungen so viel Transparenz wie möglich erreichen. Es werden sicherlich viele Sachverständige dazu eingeladen und ich denke, dass sich die Hearings über mehrere Tage erstrecken werden.“

Martina Bunge (Die Linke.)

Demenzkrankungen sollen stärker berücksichtigt, die geriatrische Versorgung soll neu geordnet, die elektronische Gesundheitskarte flächendeckend eingeführt werden. Auch dies sind nur drei von Dutzenden weiterer Themen im Ausschuss. Dazu gehört auch, dass in Deutschland künftig niemand mehr ohne **Krankenversicherungsschutz** sein soll.

Auch auf dem Feld der Pflegeversicherung ist viel zu tun. So will die Gesundheitspolitik die Entwicklung stoppen, wonach zunehmend Pflegebedürftige von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen, weil die Leistungen der Pflegeversicherung seit 1995 unverändert sind. Deshalb wird sich der Ausschuss mit einer **Dynamisierung der Pflegeleistungen** beschäftigen. Zudem ist an der Nahtstelle zwischen Kranken- und Pflegeversicherung die Prävention und Rehabilitation so zu verstärken, dass Pflegebedürftigkeit in vielen Fällen gar nicht erst entsteht.

Zukunftsfeste Finanzierungsgrundlagen sind aber auch für die Pflegeversicherung notwendig. Hier wird der Vorschlag auf den Ausschuss zukommen, das Umlageverfahren um kapitalgedeckte Elemente zu ergänzen, um eine so genannte „Demografiereserve“ zu schaffen. Außerdem wird der Ausschuss darüber zu beraten haben, einen Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung einzuführen.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit:  
Martina Bunge (Die Linke.)  
martina.bunge@bundestag.de

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder,  
CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.

## Infrastruktur für europaweite Mobilität

Ob als Autofahrer oder Busbenutzer, als Hausbesitzer oder Mieter, als Kunde oder Verkäufer – jeder hat in irgendeiner Weise mit den Themen dieses Ausschusses zu tun. Und entsprechend viele Projekte haben die Fachpolitiker im Auge zu behalten: Straßen, Schienen, Wasserwege und Flugverkehr stehen für ein mobiles und innovatives Deutschland dabei im Vordergrund. Je leistungsfähiger das Verkehrssystem, desto besser für Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt.

Der Ausschuss wird sich in dieser Wahlperiode nicht nur mit dem Ausbau wichtiger Verkehrsverbindungen beschäftigen, sondern auch mit der Frage, wie die Finanzierung auf eine breitere Basis gestellt werden kann. Es soll mehr **privates Kapital für den Bau von Verkehrswegen** mobilisiert werden. Das einschlägige Kürzel lautet PPP und steht für die Partnerschaft von öffentlichem und privatem Sektor („public private partnership“). Außerdem wollen die Verkehrspolitiker mehr **Flexibilität zwischen den Verkehrsträgern**. Die Mittel sollen also leichter dorthin fließen können, wo der größte akute Handlungsbedarf besteht, unabhängig davon, ob es sich um Straße, Schiene oder Wasserwege handelt. Besondere Aufmerksamkeit gilt auch den **grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten**, die das Zusammenwachsen Europas vorantreiben. Und auch der Fahrradverkehr gewinnt, gerade in den Innenstädten, immer mehr an Bedeutung.

Damit zusammen hängt ein weiterer Themenkomplex, der sicherlich intensive Ausschussberatungen auslösen wird: **Planung und Bau von Infra-**



struktur sollen noch in dieser Wahlperiode deutlich gestrafft, vereinfacht und verkürzt werden. Damit geht es um eine Übertragung der Erfahrungen in den neuen Ländern auf ganz Deutschland.

Auf der Tagesordnung vieler Sitzungen steht die **Entwicklung der Bahn**. Vor dem Börsengang wird der Bundestag ein Gutachten erhalten und auch dieser Fachausschuss im Detail

darüber beraten. Schließlich geht es nicht nur um Gesichtspunkte des Kapitalmarktes. Auch verkehrs-, finanz- und haushaltspolitische, volkswirtschaftliche sowie ordnungspolitische Aspekte sollen in die Bewertung mit einfließen – nicht zuletzt auch die Verpflichtung des Bundes auf dem Feld der Infrastruktur. Unabhängig davon ist vorgesehen, über einen Entschädigungsanspruch zu beraten, der für Reisende aller öffentlichen Verkehrsträger bei Verspätungen oder Ausfällen verbindlich festgeschrieben werden soll.

Bei **Stadtentwicklungsthemen** will der Ausschuss verschiedene Trends zusammenfügen. Da ist der Erhalt und die Stärkung der lebens- und liebenswerten Innenstädte, um die Deutschland bei Amerikanern, Japanern und vielen anderen Besuchern beneidet wird. Die Verzahnung mit Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs soll die City noch attraktiver machen. Die richtige Mischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gehört ebenso dazu wie die Betonung kinder- und familienfreundlicher Wohnquartiere. Möglicherweise wird der Ausschuss auch darüber beraten, ob gesetzliche Rahmenbedingungen geändert werden müssen, um die Innenstädte als Einzelhandelsstandorte zu stärken.

Im Laufe der Jahre ist die Zuständigkeit des Ausschusses immer größer geworden. Zunächst wurden die Ausschüsse für Verkehr und für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zusammengeführt, dann folgte die Ergänzung um die gewaltige Aufgabe „**Aufbau Ost**“. Ein Querschnittsprojekt, das vom Verkehrsministerium koordiniert wird, aber auch alle anderen Ressorts angeht. Die Förderung der neuen Länder ist eine gesamtstaatliche Herausforderung. Parallel dazu entwickeln sich jedoch auch neue Notwendigkeiten, die auf Verbindungen von Förderprogrammen „Ost“ und „West“ hinauslaufen.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:  
Klaus W. Lippold (CDU/CSU)  
klaus.lippold@bundestag.de

Der Ausschuss hat 36 Mitglieder,  
CDU/CSU: 13, SPD: 13, FDP: 4,  
Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.



„Als Land in der Mitte Europas sind wir durch die Auswirkungen der EU-Osterweiterung in Sachen Mobilität besonders gefordert. Der Verkehr wird nach den Prognosen um bis zu 64 Prozent zunehmen. Deshalb haben wir uns mit Erfolg bemüht, die Mittel für Verkehrsinfrastruktur um jeweils eine Milliarde pro Jahr aufzustocken. So können wir auch den Neubau von Strecken vorantreiben.“

Klaus W. Lippold (CDU/CSU)

## Großes Pensum für ökologischen Fortschritt

Genau genommen befasst sich dieser Ausschuss mit den Grundlagen unseres Lebens: mit sauberem Wasser, reiner Luft, intakter Natur. Der fortschreitende Klimawandel macht deutlich, dass es buchstäblich um Überlebensfragen geht. Nicht immer wird das in jedem einzelnen Vorhaben – etwa auf dem komplexen Gebiet der Reaktorsicherheit – auf den ersten Blick deutlich. Aber das große, gemeinsame Ziel, das weltweit von existenzieller Bedeutung ist, schimmert hier durch jede einzelne Zeile.

Ein gewaltiges Arbeitspensum kommt auf diesen Ausschuss zu. Das ist gleich zu Beginn der parlamentarischen Arbeit deutlich geworden, als die Umweltpolitiker mit Freude zur Kenntnis nehmen konnten, dass in keinem Koalitionsvertrag zuvor die Umweltpolitik einen derart großen Raum eingenommen hat wie in der Vereinbarung zwischen Union und SPD für die laufende Wahlperiode. Und diese Passagen wird der Ausschuss als parlamentarischer Gegenpart zum Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in ihrer Umsetzung intensiv begleiten und mit inspirieren.

Große Beachtung findet etwa das **energetische Gebäudesanierungsprogramm**, dessen finanzielle Ausstattung auf 1,5 Milliarden Euro mehr als vervierfacht werden soll. Damit können jährlich fünf Prozent aller Häuser, die vor 1978 gebaut wurden, so saniert werden, dass deutlich weniger Energie verbraucht wird. Da hierdurch viele Aufträge für Handwerksbetriebe und zum Beispiel für die Dämmstoffindustrie zu erwarten sind, geht es nicht nur um ökologische Effekte, sondern auch um eine Joboffensive für die Ökonomie.

In der internationalen Dimension befasst sich der Ausschuss mit dem Ziel, eine Fortsetzung der **Klimaschutzpolitik** nach dem Kyoto-Prozess zu vereinbaren und möglichst deutlich zu verbessern.

Das lenkt den Blick darauf, dass mit Umwelt inzwischen richtig Geld verdient werden kann. Mehr als 150.000 Menschen arbeiten bereits im Bereich der **regenerativen Energien**, der jähr-

liche Umsatz hat die Elf-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Und diese Entwicklung soll sich nach dem Willen der Umweltpolitiker noch beschleunigen. Umweltverträgliche Technologien werden immer mehr zum Wettbewerbsvorteil und damit auch zu einem Exportschlager. Beim **Kraftwerkspark** steht ebenfalls in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine tiefgreifende Modernisierung an. Die Herausforderung für ein 82-Millionen-Volk und eine (auto)mobile Gesellschaft lautet: über Biokraftstoffe und andere Antriebsmöglichkeiten eine Alternative zum knapper werdenden Öl zu finden.

Ein interessanter Ansatz bei der Energieeinsparung findet sich in dem noch näher zu diskutierenden **Top-Runner-Prinzip**. Danach bildet nicht mehr das Mittelmaß die Orientierung für einzuhaltende Standards, sondern das fortschrittlichste Produkt definiert die Richtmarke, die die anderen binnen weniger Jahre ebenfalls erreichen müssen.

Ein herausragendes Projekt im **Bereich des Naturschutzes** betrifft 80.000 bis 125.000 Hektar an Grundstücken im Bundesbesitz, die – vor-



„Zu den größten Vorhaben im Umweltbereich gehört das Umweltgesetzbuch. Derzeit sind die Umweltgesetze noch auf verschiedene Fachbereiche und auf Bund und Länder verteilt. Das wollen wir – auch im Rahmen der Föderalismusreform – zusammenführen. Dadurch gibt es mehr Übersicht und weniger Bürokratie. Denn auch die verschiedenen Genehmigungsverfahren wollen wir dabei integrieren.“

Petra Bierwirth (SPD)



allem als „grünes Band“ entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze – einer Stiftung oder den Ländern übertragen werden sollen, damit gesamtstaatlich wichtige Naturschutzflächen nicht mehr verkauft werden und für spätere Generationen als reiches und vielfältiges Naturerbe erhalten bleiben.

Spannende Debatten sind also im Umweltausschuss zu erwarten – zumal die Frage der **Zukunft der Kernenergie** in Deutschland zwischen den Koalitionsfraktionen umstritten bleibt. Damit wird sich auch der Ausschuss auseinander setzen. Auf jeden Fall wollen die Fachpolitiker bis zum Ende der Wahlperiode eine Lösung für die Endlagerproblematik gefunden haben. Der Ausschuss sieht dies als absolutes Muss an.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:  
Petra Bierwirth (SPD)  
petra.bierwirth@bundestag.de

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder,  
CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3.

## Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

# Grundlagen des Zusammenlebens

Die Einhaltung der Menschenrechte ist die Grundlage jeden friedlichen Zusammenlebens. Der Bundestag unterstreicht diese Überzeugung mit einem eigenen Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Er ist ein ständiger Beobachter der Vorgänge im In- und Ausland, hält Kontakt mit staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen, weist auf Missstände hin und fordert deren Behebung ein. Ein Augenmerk gilt besonders auch langfristigen Strategien zur Durchsetzung der Menschenrechte bei uns und weltweit.

Alle Fraktionen sind sich einig: Menschenrechte sind unteilbar; systematische Menschenrechtsverletzungen können zur Bedrohung für Frieden und internationale Sicherheit werden. In dieser Wahlperiode geht es im globalen Maßstab um Mechanismen, wie die Einhaltung von Menschenrechten im Rahmen der UNO-Reformen besser durchgesetzt werden können. Es ist geplant, die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu einem Menschenrechtsrat mit möglichst effektiven Instrumenten zu entwickeln. Der Bundestag unterstützt diese Pläne. Und auch der Ausschuss will sehr bald in einer öffentlichen Anhörung der Frage nachgehen, wie die vorhandenen Praktiken, von Berichtspflichten über Monitoring bis hin zum Einwirken der internationalen Diplomatie, wirkungsvoll gehandhabt werden können. Folgerungen und Empfehlungen durch den Ausschuss sollen sich anschließen.

Immer wieder stellt der Ausschuss aktuelle Vorgänge auf die Tagesordnung, um sie ganz gezielt unter menschenrechtlichen Aspekten zu durchleuchten. So ging es in den ersten

Monaten beispielsweise um Berichte über CIA-Flüge, über Verschleppung von Bürgern durch Geheimdienste, um die Frage von Folter im Kampf gegen den Terrorismus und zum Beispiel um den so genannten „Hamburger Fall“ eines zwangsweise „zurückgeführten“ afghanischen Ehepaars. Auch der Umgang mit Flüchtlingen aus dem Kosovo und der in Baden-Württemberg entwickelte Fragebogen zur Einbürgerung spielten eine Rolle.

Der Menschenrechtsausschuss setzt auf die Zusammenarbeit mit den wichtigen, national und international tätigen **Menschenrechtsorganisationen**, aber auch auf die **Kooperation mit dem Petitionsausschuss**. Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern enthalten häufig auch menschenrechtliche Aspekte, denen nachzugehen wichtig sein kann. Als gute Unterstützung für die Sache der Menschenrechte hat sich auch der Umstand erwiesen, dass die Mitglieder des Ausschusses in der Regel auch noch anderen Fachausschüssen angehören. Dadurch erfährt das Gremium nicht nur, was etwa im Innen-, Rechts-



oder Auswärtigen Ausschuss diskutiert wird, die Mitglieder können auch dort hin unmittelbar vermitteln, wie bestimmte Aspekte vom Menschenrechtsausschuss bewertet werden. Ein breites gemeinsames Grundverständnis über die Parteigrenzen hinweg erleichtert die Arbeit.

Ist die Welt auf einem guten Weg? In vielen Ländern ist die **Lage der Menschenrechte** aus Sicht des Ausschusses immer noch als prekär zu beurteilen. Viele Staaten haben jedoch nach Jahrzehnten rechtsstaatswidrigster Verhältnisse einen anderen Weg eingeschlagen. In beiden Fällen kommt es nach den Erfahrungen des Ausschusses in ganz besonderer Weise darauf an, mutige, auf die Einhaltung der Menschenrechte pochende Menschen, Aktivisten und Journalisten zu unterstützen und ihr Schicksal im Auge zu behalten. Aber die jahrzehntelange Arbeit hat zu einem weltweit zu spürenden Grundgefühl geführt, wonach Menschenrechte die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben bilden.

Daneben hält sich der Ausschuss über **Hilfsaktionen** nach Naturkatastrophen oder militärischen Auseinandersetzungen auf dem Laufenden und nutzt seine vielfältigen Kontakte, um damit zusammenhängende Projekte positiv zu begleiten.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe:  
Herta Däubler-Gmelin (SPD)  
herta.daeubler-gmelin@bundestag.de

Der Ausschuss hat 16 Mitglieder, CDU/CSU: 6, SPD: 6, FDP: 2, Die Linke.: 1, Bündnis 90/Die Grünen: 1.

## Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

# Spitzenforschung und breite Bildungschancen

Europa will bis 2010 zum stärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – mit Deutschlands Forschung in der Spitze. Alle Anstrengungen auf diesem Gebiet folgen der Erkenntnis: „Wir müssen so viel besser sein, wie wir teuer sind.“ Zugleich sollen die Bildungschancen für alle deutlich verbessert werden. Denn nur mit mehr Bildung kann es mehr Wachstum und Beschäftigung geben. Diesem Ausschuss kommt also eine Schlüsselstellung zu, wenn es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands geht.

Zwei Grundzugänge werden die Beratungen in diesem Ausschuss prägen: Deutschlands Forschung im globalen Wettbewerb den Weg an die Weltspitze zu erleichtern und bessere Bildungschancen für alle zu sichern. Denn wenn es darum geht, das deutsche Sozial- und Wohlstandsmodell zukunftsfähig zu machen, sind mehr Bildung und Forschung die entscheidenden Stellschrauben. Aber 17 Prozent der unter 25-Jährigen haben weder Berufsausbildung noch Abitur; das zeigt, was noch alles zu leisten ist.

Unter anderem wird der Ausschuss deshalb überprüfen, ob die Mechanismen der unlängst reformierten beruflichen Bildung richtig greifen. Denn in den Zielen sind sich die Bildungspolitiker weitgehend einig: Das **duale Berufsbildungssystem** soll beibehalten und gestärkt werden. Dafür müssen alle Jugendlichen mitgenommen und eine quantitativ ausreichende wie qualitativ hochwertige Ausbildung sichergestellt werden.

Auch die **Verbindung von Beruf und Studium** steht im Fokus des Ausschusses. Künftig soll die erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung grundsätzlich auch den Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten eröffnen. Ein ganz wichtiges Thema wird auch das **lebenslange Lernen** sein. Im Koalitionsvertrag ist verabredet, diesen Bereich zur vierten Säule im deutschen Bildungssystem auszubauen.

Experten sagen voraus, dass die **Zahl der Studierenden** an den Hochschulen bis 2011 um 22 Prozent steigen wird. Allein können die Länder diesen Ansturm aber kaum bewältigen.



Deshalb wird auch der Ausschuss nach Mittel und Wegen suchen, wie der Bund dazu beitragen kann, die Kapazitätsprobleme an den Hochschulen zu lösen. Einfach wird das nicht, weil zukünftig die Länder allein für die Hochschulen zuständig sein sollen.

Die **Föderalismusreform** interessiert natürlich insbesondere diesen Ausschuss. Nur wenige andere Politik-

bereiche sind von der ins Auge gefassten Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern so stark betroffen wie Bildung und Forschung. Deshalb drängt der Ausschuss auch darauf, dass für seine Themenfelder bei einer umfangreichen Gesamtanhörung zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung mindestens ein halber Tag zur Verfügung steht.

Außerdem wird in Zukunft noch mehr Gewicht auf der **Projektförderung** liegen. Hier geht es auch um Leuchttürme, deren Licht weit ausstrahlen soll. Beispiel einer gelungenen Entwicklung: das Tsunami-Frühwarnsystem für Südostasien. Nach einer Faustformel zieht jeder aus öffentlichen Haushalten investierte Euro mindestens einen weiteren aus der Wirtschaft nach sich. Deshalb ist die Projektförderung auch für den Ausschuss so wichtig. Zusätzlich sechs Milliarden Euro will der Bund in dieser Wahlperiode in Forschung und Entwicklung stecken.

Mit dem **Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB)** verfügt der Bundestag über ein eigenes wissenschaftliches Beratungsinstitut. Denn auch das Parlament muss verstärkt wissenschaftsbasiert arbeiten. Der Ausschuss ist das Steuerungsgremium für das TAB. Zu wichtigen forschungs- und technologiepolitischen Themen sind auch in dieser Wahlperiode wieder hochinteressante Analysen und Gutachten zu erwarten.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:  
Ulla Burchardt (SPD)  
ulla.burchardt@bundestag.de

Der Ausschuss hat 31 Mitglieder, CDU/CSU: 11, SPD: 11, FDP: 3, Die Linke.: 3 Bündnis 90/Die Grünen: 3.

„Menschenrechtsfragen sind uns als Ausschuss des Deutschen Bundestages natürlich auch in Deutschland ganz besonders wichtig. Da gibt es sehr viele Facetten. Etwa beim Umgang mit Flüchtlingen. Zum Beispiel muss in die Rückführungsregelungen mehr Menschlichkeit und Transparenz Eingang finden. Aber auch der Umgang mit Minderheiten ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.“ Herta Däubler-Gmelin (SPD)



„Uns geht die Arbeit nicht aus. Nehmen wir etwa die Hochschulen. Hier wird es in den nächsten Jahren erfreulicherweise zu einem Rekordansturm kommen. Und alle Seiten erwarten, dass der Bund hilft, auch wenn er das nach der Föderalismusreform wohl nicht mehr darf. Für die Zukunft der jungen Generation brauchen wir aber eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern: für mehr Studienplätze und mehr Qualität in Forschung und Lehre.“ Ulla Burchardt (SPD)



## Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

# Milleniumsziele im Auge behalten

Schon der Name dieses Ausschusses bringt zum Ausdruck, dass es hier nicht um Almosen geht, dass die Unterstützung von Entwicklungsländern keine Einbahnstraße ist. Die große Linie im Ausschuss hängt mit der Frage zusammen, wie Nord und Süd zu einem gerechten Umgang kommen. Denn nur wenn die Entwicklungsländer auch echte Entwicklungschancen haben, verringern sich zum Beispiel die Ursachen von Gewalt und Flucht.

Als eines der ersten Themen für die Arbeit im Ausschuss zeichnet sich der neue Konsens in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ab. Ziel ist es, die Aktivitäten der einzelnen europäischen Länder besser zu harmonisieren und auch zu Kooperationen zu kommen. Tansania zum Beispiel hat derzeit mit mehr als 20 verschiedenen europäischen Gebernationen Verhandlungen zu führen. Es spricht also vieles dafür, Synergieeffekte in Gang zu setzen und gemeinsam Schwerpunkte zu finden.

Aber auch in anderen Zusammenhängen begleitet der Ausschuss die Entwicklungsarbeit der Regierung. Er kümmert sich dabei insbesondere um die Länder, mit denen gerade Regierungsverhandlungen anstehen. Lebhaftige Diskussionen sind etwa zum Thema Entwicklungszusammenarbeit mit China zu erwarten. Wer selbst schon als Gebernation auftritt, über große Währungsreserven verfügt und Astronauten ins All schickt – sollte der noch Entwicklungshilfe bekommen? Oder gibt es hier strategische Interessen, um Kooperation zu unterstreichen, einzuwirken auf mehr Umweltverträglichkeit, auf mehr Nutzung



erneuerbarer Energien etwa? Der Ausschuss wird eine Delegation entsenden und das Thema vor den Verhandlungen intensiv beraten, damit er der Regierung gegebenenfalls Wünsche, Anregungen oder Empfehlungen mit auf den Weg geben kann

Immer wieder geht es auch darum, schnell und gründlich zu analysieren, welche Auswirkungen **Umwälzungen in einzelnen Empfängerländern** auf

die Entwicklungszusammenarbeit haben. Aktuelles Beispiel: Soll es mit der Unterstützung der palästinensischen Autonomie auch nach dem Wahlsieg von Hamas unverändert weitergehen? Oder bedeutet das eine indirekte Finanzierung des Terrors gegen Israel?

Eine herausragende Arbeitsphase ist auch in diesem Ausschuss die Zeit der Haushaltsberatungen. Dabei steht ein **Stufenplan** im Hintergrund, dem zufolge die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zunächst auf 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens gebracht werden soll, bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent. Bis 2015 sollen dann die schon seit langem angepeilten 0,7 Prozent erreicht sein. Die Mitglieder werden darüber beraten, wie etwa Entschuldungsprogramme darauf angerechnet werden und ob es auch Wege gibt, Einnahmen aus anderen Quellen zu verstetigen. Ob es etwa Sinn machen würde, wie von einzelnen Ländern praktiziert, Zusatzabgaben etwa auf Flugtickets für die Entwicklungszusammenarbeit einzuführen.

Zugleich ist den Ausschussmitgliedern bewusst, dass **Aufklärung und Information** nach wie vor zu den größten ständigen Herausforderungen gehören. In Deutschland die Arbeitslosenhilfe kürzen und das Geld in Afrika in ein „Fass ohne Boden“ stecken – diese Einstellung gehört zu den verbreiteten Stereotypen. Deshalb hat der Ausschuss auch mit großer Sympathie die Rekordspendensumme für die Tsunami-Opfer registriert. Selbst nach Weihnachten, wenn das Geld gewöhnlich knapp im eigenen Geldbeutel ist, gaben die Deutschen gern, als sie die Not sahen. Es wird also darauf ankommen, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Blick zu behalten, mit Schulen zusammenzuarbeiten und so langfristig Verständnis zu wecken.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:  
Thilo Hoppe  
(Bündnis 90/Die Grünen)  
thilo.hoppe@bundestag.de

Der Ausschuss hat 22 Mitglieder, CDU/CSU: 8, SPD: 8, FDP: 2, Die Linke.: 2, Bündnis 90/Die Grünen: 2.



„Uns liegt sehr am Herzen, herauszufinden, was bei der Umsetzung der Milleniumsziele falsch läuft. Im Jahr 2000 hatten sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem dazu verpflichtet, die Zahl der Armen und der Hungernden zu halbieren. Die Zahl der extrem Armen ist tatsächlich gesunken, die der Hungernden aber auf 852 Millionen gestiegen. Da sind wir vollkommen ab vom Weg.“  
Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen)

## Ausschuss für Tourismus

# Reiseziel Deutschland im Aufschwung

2,8 Millionen Beschäftigte, über 100.000 Ausbildungsplätze, 140 Milliarden Jahresumsatz – solche Zahlen bringen Bau-, Elektro- und Autoindustrie nur zusammen auf. Sie beschreiben das gewaltige Potenzial der oft übersehenen Tourismusbranche in Deutschland. Dieser Bundestagsausschuss will nicht nur die Bedeutung unterstreichen, sondern auch dazu beitragen, dass neue Trends rechtzeitig erkannt werden und sich die Anbieter darauf einstellen.

Kaum hatte sich der Ausschuss konstituiert, da brauchte er auch schon eine neue Spitze. Der Vorsitzende Ernst Hinsken wurde zum Tourismusbeauftragten der Bundesregierung berufen. Klarer kann kaum ausgedrückt werden, dass hier der Bundestag einmal mehr Schrittmacherdienste geleistet hat und nach dem Parlament nun auch die Regierung die Chancen verstärkt in den Blick nehmen will, die in dieser Wachstumsbranche stecken.

Eine der großen Herausforderungen und Chancen für den Tourismus in Deutschland bildet die **Fußball-Weltmeisterschaft**, wenn die ganze Welt „zu Gast bei Freunden“ ist und dabei nicht nur neugierig auf das Land und ihre Menschen wird, sondern auch die Botschaft mitnehmen soll, dass man hierher gut und gerne auch nach der WM noch einmal hinfahren kann. Für 2006 wird erwartet, dass Reisende aus dem Ausland rund 800 Millionen Euro in Deutschland ausgeben. Derzeit bringen die deutschen Touristen noch über 30 Milliarden Euro mehr ins Ausland, als die Tourismusanbieter in Deutschland von dem Bedürfnis nach Reisen und Erholung zwischen Nordsee und Alpen profitieren. Die Tourismuspolitiker des Bundestages wollen dazu beitragen, diese Lücke zu verkleinern.

Ein Grund für Optimismus auf diesem Gebiet liegt in der demografischen Entwicklung, die gerade für den Deutschlandtourismus neue Chancen bietet: Wenn die Menschen länger leben und immer mehr auch im Alter noch fit und unternehmungslustig sind, dann sollte das für die heimische

Tourismuswirtschaft Grund genug sein, das touristische Angebot gezielt auch auf die Interessen und Bedürfnisse der **Seniorinnen und Senioren** auszurichten. Nach Einschätzung des Ausschusses gibt es auf diesem Feld auch im Tourismus noch ähnliche Wahrnehmungsprobleme wie in der generellen Produktwerbung im Fernsehen: Zu viele schielen allein auf ein junges Publikum, zu wenige machen ihre touristischen „Produkte“ attraktiv auch für ein älteres Publikum. Dabei gehen Experten davon aus, dass der Prozentsatz der Menschen über 60, die mindestens einmal im Jahr eine Urlaubsreise unternehmen, bald auf 80 Prozent steigen wird – und die Gesamtzahl von heute 17 auf 26 Millionen bis zum Jahr 2030. Grund genug, sich intensiv mit dem „Wachstumsmotor Seniorentourismus“ zu befassen.

Ein weiterer Schwerpunkt gilt dem **Städte- und Kulturtourismus**. Auch hier zeichnet sich deutlich wachsendes Interesse ab. Die Zahl der touristischen Gäste, die gezielt Städte über 100.000 Einwohner zum Urlaubsort machen, ist binnen weniger Jahre auf über 40 Millionen gestiegen. Es ver-



„Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die unsere wirtschaftliche Situation verbessern. Der Tourismus bietet da besonders viele Chancen. Zwischen Nordsee und Alpen haben wir so viele tolle Voraussetzungen, Urlaub zu machen, so großartige Landschaften und Kulturstätten. Wir werden als Tourismusausschuss das Bewusstsein schärfen für das Gute, das sprichwörtlich so nahe liegt.“  
Marlene Mortler (CDU/CSU)



steht sich, dass das Land mit seiner großen Vielfalt an historischen und kulturellen Zeugnissen mit vielen Pfunden wuchern kann. Der Ausschuss will das positiv begleiten. Nicht nur in diesem Zusammenhang soll ein Augenmerk auch auf möglichst großer **Barrierefreiheit** liegen, um Reisende mit Handicap nicht auszuschließen. Der intensivere Blick auf ein kinder- und familienfreundliches Deutschland muss nach Überzeugung der Tourismuspolitiker natürlich auch die **Ferienangebote für Familien** umfassen. Es ist auch zu erwarten, dass Wellnessreisen sich anhaltend wachsender Nachfrage erfreuen werden. Viele Ansätze also für eine facettenreiche Ausschussarbeit.

**i** Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus:  
Marlene Mortler (CDU/CSU)  
marlene.mortler@bundestag.de

Der Ausschuss hat 16 Mitglieder, CDU/CSU: 6, SPD: 6, FDP: 2, Die Linke.: 1, Bündnis 90/Die Grünen: 1.

## Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

# Wiederbelebung der Verfassungsdebatte

Europa wird auch für die Gestaltung der Innenpolitik in Deutschland immer wichtiger. Deshalb ist der Europaausschuss nicht nur von der Verfassung vorgeschrieben, sondern auch mit besonderen Kompetenzen und herausragenden Funktionen ausgestattet. So wird der Bundestag an europäischen Beschlussfassungen beteiligt. Entsprechend groß ist die Herausforderung, nach den gescheiterten Verfassungsreferenden wieder auf europäischen Erfolgskurs zu kommen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU, aber auch Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat hatten es sich 2004 so schön gedacht: weniger Bürokratie, bessere Aufgabenteilung, zunehmende Transparenz, mehr nationale Beteiligung an Brüsseler EU-Entscheidungen. All das und noch vieles mehr sollte mit der EU-Verfassung Wirklichkeit werden. Doch mit den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ist die zügige Umsetzung gestoppt und von einer selbstverordneten „Reflexionsphase“ abgelöst worden.

Der Europaausschuss hatte das Entstehen des Textes der **EU-Verfassung** über Jahre hinweg intensiv begleitet. Deshalb wird ein Schwerpunkt seiner Beratungen in dieser Wahlperiode auch darin bestehen, nach den Ursachen für die hinter den negativen Referenden zu vermutenden Ängste gegenüber dem erweiterten Europa zu forschen und nach Auswegen aus der Krise zu suchen. Auf der Hand liegt für ihn, dass die Erweiterung der Union auf 25 und (mit Rumänien und Bulgarien) bald 27 Mitglieder zu dem Bewusstsein führen sollte, dass institutionelle Reformen unumgänglich

sind, wenn die EU handlungsfähig bleiben will.

Überall dort, wo **europäische Projekte** über den Handlungsrahmen einzelner anderer Fachausschüsse hinausragen, wird der Europaausschuss besonders wichtig. Und immer dann, wenn es um die Formulierung deutscher Positionen für Verhandlungen auf Europaebene geht, kann er als einziges Gremium Stellungnahmen verabschieden, die für die Bundesregierung genauso verbindlich sind wie Beschlüsse des Bundestages. Zu diesem Zweck hält er sich durch hochkarätige Informationen der Regierung auf dem Laufenden, kann jederzeit auch außerhalb des gewöhnlichen Sitzungsrhythmus tagen und stellt durch eine weitere Besonderheit einen optimalen Informationsfluss sicher: Ihm gehören auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments an, die intensiv mitberaten und die Argumente des Bundestages direkt in die europäische Willensbildung einspeisen können.

Die Herausforderung für die deutsche Europapolitik besteht auf der einen Seite darin, neue Impulse dafür zu setzen, dass das Projekt Europa als ein **Europa der Bürgerinnen und Bürger** wahrgenommen und Begeiste-



rung für europäische Visionen geweckt wird. Auf der anderen Seite geht es darum, die **demokratische Legitimation der Union** auf eine breitere Basis zu stellen. Dabei wird die Rolle der nationalen Parlamente von besonderer Bedeutung sein; sie müssen nach Überzeugung des Ausschusses noch stärker an der politischen Willensbildung der Europäischen Union beteiligt werden. So wird sich der Ausschuss mit dem Vorhaben der Bundesregierung beschäftigen, schon vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrages das darin entwickelte **Subsidiaritätsfrühwarnsystem** zu aktivieren, das darauf abzielt, immer dann das Parlament einzuschalten, wenn auf europäischer Ebene nationale oder regionale Rechte berührt sind.

Breiten Raum wird unter anderem auch die Fortentwicklung der Europäischen **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion in den Ausschussberatungen einnehmen. Und immer wieder geht es um den Lissabon-Prozess, also um die Entwicklung Europas zur wirtschaftlich dynamischsten Weltregion.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union: Matthias Wissmann (CDU/CSU) matthias.wissmann@bundestag.de

Der Ausschuss hat 33 Mitglieder, CDU/CSU: 12, SPD: 12, FDP: 3, Die Linke.: 3 Bündnis 90/Die Grünen: 3. Hinzu kommen 16 mitwirkungsberechtigende deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, die vom Präsidenten des Bundestages benannt werden.



„Oberste Priorität hat die Wiederbelebung der Verfassungsdebatte. Wir werden die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 und das Jubiläum der Römischen Verträge zum Anlass für einen neuen Anlauf nehmen. Wir wollen eine tiefgreifende Diskussion über die Zukunft des Projektes Europa: Welche Ziele sollen die europäische Integration leiten und welche Gestalt soll sie am Ende haben?“

Matthias Wissmann (CDU/CSU)

## Ausschuss für Kultur und Medien

# Integrierende Kraft entfalten

In den offiziellen Listen steht dieser Ausschuss an letzter Stelle. Doch gerade hier gilt: last but not least. Der Ausschuss ist klein, aber fein. Das Land der Dichter und Denker verfügt seit 1998 über einen Kulturstaatsminister im Kanzleramt, sein Pendant im Bundestag ist der Ausschuss für Kultur und Medien. Wiewohl sich um diese Bereiche vor allem Städte und Bundesländer kümmern, muss die Bundesebene dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Ohne Kultur wäre alles öde. Die meisten wissen das. Sonst gingen nicht jedes Jahr doppelt so viele Menschen in die Theater, sogar zehn Mal mehr in die Museen als in die Bundesliga-Fußballstadien. Alle Kulturbesucher in Deutschland summieren sich auf 300 Millionen. Das zu erhalten und möglichst noch zu verbessern kann nicht allein im Interesse der Länder und Kommunen sein; auch der Bund hat auf diesem Feld seine Verantwortung wahrzunehmen, sein Augenmerk vor allem auf alle national bedeutsamen kulturellen Angelegenheiten zu legen: auf die Hauptstadt-kultur etwa, das nationale Gedenken, die auswärtige Kulturpolitik oder den Dialog der Kulturen.

Dabei kann sich der Ausschuss die Arbeit mit der gleichfalls wieder ins Leben gerufenen Kultur-Enquete-Kommission teilen. Sie sammelt und bewertet die Daten für langfristig bedeutende Aspekte, er kümmert sich um kurz- und mittelfristig wichtige Vorhaben. Einige Vorarbeiten der Enquete-kommission aus der letzten Wahlperiode werden in nächster Zeit entscheidungsreif. So wird aus der oft kritischen Situation der Künstlerinnen und Künstler in Deutschland die Konsequenz gezogen und die **Künstlersozialversicherung** stabilisiert. Auch ein künstler- und autorenfreundliches **Urheberrecht** gehört in diesen Zusammenhang.

Als herausragendes Thema mit nachhaltiger Wirkung zeichnet sich zudem die **Reform von Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht** ab. Vieles ist hier noch zu kompliziert und bremst privates Engagement. Der Ausschuss



will mehr Anreize dafür schaffen, dass Kulturprojekte gezielt von Unternehmen oder einzelnen Bürgern gefördert werden.

Am Beginn der Wahlperiode stehen zwei **UNESCO-Konventionen** auf der Tagesordnung. Hier geht es um den Schutz von Kulturgütern und von kultureller Vielfalt. Wie in anderen Politikfeldern ist auch bei Kultur und Medien zunehmend zu beobachten, dass europäische Vorgaben in deut-



„Wir wollen Kultur und Medien in der Gesellschaft einen höheren Stellenwert verschaffen, und wir wollen dazu beitragen, dass in der Kulturförderung eine größere Stetigkeit, eine größere Nachhaltigkeit erzielt wird. Außerdem bin ich guter Dinge, dass es uns endlich gelingt, die ‚Kultur‘ als Staatsziel auch im Grundgesetz zu verankern. Daraus lässt sich dann vieles ableiten.“

Hans-Joachim Otto (FDP)

liches Recht umgesetzt werden müssen. Folgerichtig möchte auch der Kulturausschuss besser in das Entstehen europäischer Direktiven eingebunden werden und über das Brüsseler Verbindungsbüro des Bundestages mehr Informationskanäle öffnen.

Die **Hauptstadtkultur** wird den Ausschuss sicherlich immer wieder beschäftigen, wie zuletzt etwa in der Debatte um den Abriss des Palastes der Republik und den Bau des Humboldt-Forums zu erleben war. Der Ausschuss will weiter an der **Erinnerungskultur** in Deutschland arbeiten und zu einer Gesamtkonzeption zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur kommen. Am Ende der Wahlperiode wollen die Kulturpolitiker außerdem die **Kulturstiftungen** von Bund und Ländern zusammengeführt und die „**Kultur**“ als **Staatsziel** im Grundgesetz verankert haben.

Nicht erst die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus hat die Bedeutung des **Dialogs der Kulturen** deutlich gemacht. Hier will der Ausschuss Impulse setzen, damit Kunst und Kultur ihre integrierende Kraft entfalten können. Dabei ist es ebenfalls wichtig, dass Deutschland in seiner ganzen Vielfalt als verantwortungsbewusster Partner in der Welt in Erscheinung tritt. Zu diesem Zweck will der Ausschuss darauf drängen, dass das **Deutsche Welle TV** in enger Kooperation mit ARD und ZDF als deutsches Auslandsfernsehen noch aktueller und attraktiver wird.

**i** Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien: Hans-Joachim Otto (FDP) hans-joachim.otto@bundestag.de

Der Ausschuss hat 20 Mitglieder, CDU/CSU: 7, SPD: 7, FDP: 2, Die Linke.: 2, Bündnis 90/Die Grünen: 2.



# Infos zum Thema Ausschüsse

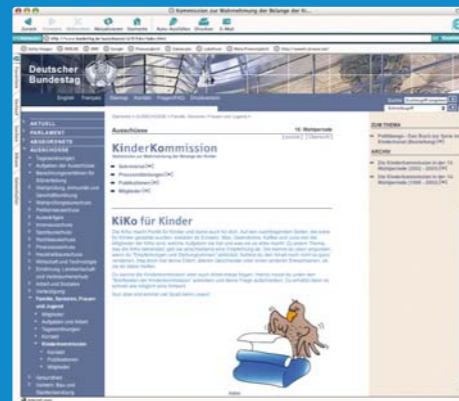


Vielfältige Informationen zu den Ausschüssen des Deutschen Bundestages die Website des Bundestages bietet [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) unter der Rubrik Ausschüsse:

[www.bundestag.de/ausschuesse](http://www.bundestag.de/ausschuesse)

## Hier finden Sie:

- Ein eigenes Informationsangebot für jeden der 22 Ausschüsse
- Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse
- Die Tagesordnungen der Ausschüsse
- Weitere Informationen etwa über öffentliche Anhörungen, Berichte oder Beschlussempfehlungen
- Kontakt zum Ausschussesekretariat



# Was gut und was wichtig ist



Martin Frey leitet das Sekretariat des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Wenn die Abgeordneten am runden Tisch sitzen und alles gelingt ganz wunderbar, dann hat er viel dazu beigetragen.





Es ist zehn Uhr an einem Mittwoch in einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Vor dem Sitzungssaal E 200 im Paul-Löbe-Haus haben zwei Fernsehsender ihre Kameras aufgebaut. Eine Reporterin hält ein weißes Blatt Papier, damit der Kameramann einen Weißabgleich machen kann, und geht danach schnell noch Kaffee kaufen. In fünfzehn Minuten wird der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit seiner Sitzung beginnen. In einer Stunde kommt Franz Müntefering, um über die Arbeit seines Ministeriums zu berichten. Die Kameras sind früher da, um vor Beginn der Sitzung noch ein paar Schnittbilder einzufangen: ein sich füllender Saal, miteinander redende Abgeordnete, eine Tür, die erst auf- und dann zugeht.

Vor der Eingangstür zum Sitzungssaal steht Martin Frey, ein schlanker, heute ein klein wenig angespannt wirkender Mann mit Vollbart, der einem Abgeordneten aufmerksam zuhört. Martin Frey kommt gerade von der Beratung der Obleute. Das ist so etwas wie ein Ältestenrat des Ausschusses, ein Arbeitsgremium, in dem vor jeder Sitzung Absprachen getroffen werden, die später helfen, dass man zügig vorankommt.

In den Tagen vor diesem Mittwoch hat Martin Frey mit seinen Kolleginnen und Kollegen die Ausschusssitzung vorbereitet. Er leitet das Sekretariat, eine Organisationseinheit, die jedem Ausschuss des Deutschen Bundestages zur Verfügung steht, damit die Abgeordneten ihre Arbeit machen können. Ein Sekretariat sorgt für reibungslose Abläufe, es gibt den Hintergrund eines Bildes. Sein Fehlen würde man sofort bemerken. Was für

ein komisches Bild, dächte man dann wahrscheinlich. Da fehlt doch was.

Sechs Frauen, zwei Männer und der Chef gehören zum Sekretariat. Jede Sitzung des Ausschusses, jede Anhörung wird von ihnen akribisch vorbereitet. In Sitzungswochen beginnt das am Montag mit der ersten Dienstbesprechung. Schon Donnerstag vor einer Sitzungswoche muss die Tagesordnung für eine reguläre Ausschusssitzung stehen, die immer am Mittwoch stattfindet. Sie wird auf gelbem Papier gedruckt und ist das Ergebnis vieler Absprachen, Telefonate mit den

## Ein Sekretariat sorgt für reibungslose Abläufe, es gibt den Hintergrund eines Bildes.

einzelnen Referaten und Fraktionsmitarbeitern. Ergänzungen und Änderungen der Tagesordnung werden auf blauem Papier gedruckt. Am Dienstagabend ist alles bestens vorbereitet. Experten sind, wenn gewünscht, eingeladen, die Reihenfolge der Themen steht, es ist absehbar, worüber voraussichtlich am längsten debattiert wird – und jemand, der so erfahren ist wie Martin Frey, weiß, ob am nächsten Tag viele oder wenige Journalisten vor der Tür stehen werden.

Nach jeder Sitzung muss das Ausschusssekretariat ein Protokoll erstellen, mitberatende Voten formulieren und Beschlussempfehlungen für das Plenum anfertigen. Die Beschlussempfehlungen, die an das Parla-

mentssekretariat gehen, damit sie von dort weitergeleitet werden können, sind Grundlage der abschließenden Plenardebatten. Ohne sie können die Abgeordneten, die in anderen Ausschüssen arbeiten, nicht über die Belange in den Bereichen Arbeit und Soziales beraten und beschließen. Der Mittwochnachmittag ist also fast immer hektisch und anstrengend. Und am Donnerstag beginnt dann meist schon die Vorbereitung der nächsten Ausschussberatung, es werden Gespräche mit Vertretern von Verbänden oder Vereinen geführt, Absprachen mit Fraktionen und Ministerien getroffen.

Martin Frey kennt alle Abläufe, alle denkbaren Abweichungen und vielleicht auch alle Eventualitäten. Er ist 52 Jahre alt und arbeitet seit 1987 im Deutschen Bundestag. Damals hat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer Enquete-Kommission angefangen, die sich mit der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung befasste. Sein Fachgebiet waren die Sozialsysteme. In Stuttgart aufgewachsen, hatte er zuvor in Bonn Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert. Die Enquete-Kommission war, wie er selbst sagt, „ein richtig guter Start“. Interessant, anspruchsvoll und herausfordernd. Ihr Bericht wurde fertig und vorgestellt, kurz bevor in Berlin die Mauer fiel und sich vieles ganz und gar änderte.

Am 1. Januar 1990 wurde Martin Frey Referent beim Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Da war Norbert Blüm schon acht Jahre zuständiger Minister und sollte es noch acht weitere Jahre bleiben. Arbeit und Sozialordnung umfasste damals auch den Bereich „Krankenversicherung“, ein

eigenes Ministerium entstand erst später. Frey blieb in seinem Fachgebiet. Er war längst Experte, als er nach sechs Jahren in den Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend wechselte und dort die Leitung des Sekretariats übernahm. Da wusste er auch schon, dass er nach Berlin ziehen, aber noch nicht, wo genau er dort Büro und Arbeit haben würde.

Nun sitzt er im Paul-Löbe-Haus, in einem Büro im Erdgeschoss, ganz in der Nähe des Sitzungssaales E 200, wo der Ausschuss berät, für den er zuständig ist.

Das Büro verrät nicht viel. Es sieht sachlich aus, wenn man so etwas von einem Büro behaupten kann. Und Martin Frey wirkt seriös in seinem grauen Anzug, zu dem er ein blaues Hemd und eine blaue Krawatte trägt. Der graumelierte Vollbart relativiert den Eindruck allerdings ein wenig und auch die Art und Weise, in der Martin Frey immer wieder ins Erzählen kommt: entspannt, gelassen und ohne jede Attitüde. Da lässt sich gut zuhören, aber das wusste man schon nach dem ersten Telefonat, als man die volle Baritonstimme noch einem eher fülligeren Mann zuordnete. Zumindest auf der Bühne sind Männer mit solchen Stimmen oft ein wenig füllig.

In der Ausschusssitzung, wenn Martin Frey den Platz neben dem Vorsitzenden einnimmt und aufmerksam die Diskussion und den Ablauf beobachtet, ist er immer ein bisschen in Bewegung. Er beugt sich vor, lehnt sich zurück, blickt nach links und nach rechts, schreibt etwas auf, blättert in Papieren, beantwortet leise Fragen, gibt Hinweise, dreht sich nach hinten, um kurz etwas mit einer Mitarbeiterin

zu besprechen, reicht dem Vorsitzenden des Ausschusses Zettel zu. Vor ihm stehen zwei dicke Ordner „Handbuch für die Parlamentarische Praxis“. Hin und wieder wird die Tagesordnung den aktuellen Gegebenheiten angepasst, der Vorsitzende zieht Tagesordnungspunkte nach vorn oder schiebt sie nach hinten, wenn zum Beispiel der Minister kommt, um Bericht zu erstatten und Fragen zu beantworten. Für Außenstehende wirkt eine solche Sitzung wie ein Buch mit sieben Siegeln, ein Stück, in dem viele Akteure auftreten und genau wissen, was sie zu tun haben und warum etwas gerade so und nicht anders abläuft.

Im Gespräch fällt en passant das Wort „Buchprojekt“. Martin Frey

## Für Außenstehende wirkt eine solche Sitzung wie ein Buch mit sieben Siegeln.

erzählt, dass ihm die Arbeit im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung Spaß gemacht habe, der interessanten Themen wegen und weil es auch eine gute Zusammenarbeit war. Und dann sagt er: „Außerdem habe ich in der Zeit zusammen mit einem Professor ein dreibändiges Werk über die Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland geschrieben. Eigentlich sollten es nur zwei Bände werden, aber dann kam ja die ganze DDR-Geschichte dazu.“ Schon will er zum nächsten Thema kommen, während man noch staunt und denkt, das muss man jetzt

aber auch mal sehen. Martin Frey holt einen der drei Bände – 700 Seiten „Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik“ – aus dem Regal. Wer so etwas schreibt, ist ja nun doch ein wahrer Experte, denkt man und fragt, wie das so zu schaffen ist: nebenher noch drei dicke Bände über ein solch schwieriges Thema zu füllen, wenn auch nicht allein.

Aber dafür ist er dann zu bescheiden und wiegelt ab und spielt herunter. Er habe schließlich darauf studiert und im Laufe der Jahre komme da ja auch eine Menge Wissen zusammen und so wichtig sei es nun auch nicht.

Seit 1999 ist Martin Frey wieder im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, heute Arbeit und Soziales, und leitet das Sekretariat. Ein Experte, nicht nur des Fachgebiets, sondern natürlich auch der Geschäftsordnung des Bundestages. Letzteres ist bei den straffen Abläufen in Ausschusssitzungen besonders wichtig. Da braucht es jemanden, der zuverlässig weiß, ob das, was jetzt getan werden soll, auch der Geschäftsordnung entspricht und keine Verfahrensfehler enthält.

Um zehn Uhr an einem Mittwoch in einer Sitzungswoche des Bundestages steht der Experte Martin Frey vor dem Sitzungssaal E 200 im Paul-Löbe-Haus, beantwortet Fragen und plaudert mit Abgeordneten. Eine Reporterin fragt, wie lange man Zeit habe, vor der Sitzung ein paar Bilder zu machen, und wann der Minister komme? Ein paar Minuten noch – dann wieder um elf. Martin Frey lächelt freundlich und geht in den Saal. Auch an diesem Tag wird alles gut laufen. Daran hat er seinen Anteil.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier





Sie alle haben in den runden Zylindertürmen, den Rotunden des Paul-Löbe-Hauses, auf je zwei Ebenen Platz gefunden. Unten arbeiten die Abgeordneten an besten Empfehlungen, guten Lösungen und nachhaltigen Ergebnissen. Oben kann der Souverän beobachten, wie es an den runden Tischen der Ausschüsse des Bundestages zugeht. Allerdings nur, wenn die wichtigsten Arbeitsgremien des Parlaments öffentlich tagen. In der Regel allerdings findet die harte Arbeit hinter verschlossenen Türen statt.



Die Architektur der Ausschussräume folgt dem Anliegen: Hier muss gut und effektiv gearbeitet werden, von Angesicht zu Angesicht. Also sind die Tische rund und jede und jeder hat Stimme, wenn das Wort erteilt und der Knopf gedrückt wurde und das kleine Lämpchen am Mikrofon rot leuchtet. Nur selten schwingen Ausschussvorsitzende die glänzende Messingglocke.



# DIE SÄLE DER

# AUSSCHÜSSE

## HÄUSER UND RÄUME 3



Schwarzer und blauer Teppichboden dämpft die Geräusche, die beim Rein- und Rausgehen entstehen, warm wirkt das Holz der großen runden Tische, in deren offener Mitte sich absenkbare Präsentationstechnik gewichtig macht. Platz ist genug für Papiere, Vorlagen, Tagesordnungen, Kladden, dicke Mappen und große Vorhaben. Holz auch an den Wänden – gute Arbeit braucht gutes Ambiente.

Die Plätze sind demokratisch verteilt. Abgeordnete sitzen im Konferenzrund, eine Reihe hinter ihnen Vertreter der Regierung, wenn sie zum Berichten beordert sind.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier





Rechte Demonstranten bei einem Aufmarsch in Berlin im November 2005.

## Forum: Rechtsextremismus

# Im toten Winkel der Öffentlichkeit

Auf große Aufregung folgte, wie eigentlich immer, große Beruhigung. War 2004 das Jahr, in dem mit DVU und NPD gleich zwei rechtsextreme Parteien in die Landtage von Brandenburg und Sachsen gewählt wurden, schien 2005 wieder alles gut oder doch zumindest viel besser zu sein. In den Fraktionen zerfleischt sich die Rechtsextremen, wie meistens, gegenseitig; prompt reagierte auch der Wähler so, wie man sich das in einer Demokratie wünscht. Ein Jahr nach dem Eklat von Sachsen, als die Neonazipartei NPD 9,2 Prozent der Stimmen einfuhr, ging am 18. September 2005 ein erleichtertes Raunen durch die Republik: Gerade 1,6 Prozent wählten die NPD, 0,6 Prozent die Republikaner. Die DVU war bei den Bundestagswahlen gar nicht erst angetreten.

Text: Jeannette Goddar

Ein Grund zur Beruhigung besteht aber eigentlich nicht einmal auf den ersten Blick: Selbst das Wahlergebnis verliert an Charme, wenn man es regional aufschlüsselt. In ihren Hochburgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sammelte die NPD fünf bis 15 Prozent der Stimmen ein – und auch bundesweit erzielte sie, was von den Medien zu wenig beachtet und berichtet wurde, ihr bestes Wahlergebnis seit 1969.

Auf den zweiten Blick drängen sich eine ganze Reihe Argumente gegen den Eindruck auf, dass das Ergebnis der Bundestagswahl irgendeine Aussagekraft im Hinblick auf Ausmaß und Kontinuität rechtsextremer Tendenzen habe. Schon seit den 1950er Jahren – insbesondere aber seit die so genannte „SINUS“-Studie 1979, die 13 Prozent der Bundesbürger ein „rechtsextremes Weltbild“ attestierte, auch in den Medien intensiv diskutiert wurde, weisen nicht nur Experten darauf hin, dass Rechtsextremismus an Wahlergebnissen allein überhaupt nicht gemessen werden kann. „Rechtsex-



NPD-Bundesparteitag: der Parteivorsitzende Udo Voigt (Mitte) und der Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel (rechts).

treme und Wähler rechter Parteien – das sind zwei verschiedene Sachen“, konstatiert der Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer. Über die Wahl einer rechtsextremen Partei entscheiden außer der persönlichen Einstellung eine Reihe anderer Faktoren: Ein „attraktives“ Angebot rechter Parteien, das Maß der sozialen Unzufriedenheit, der Verdruss über die etablierten Parteien und welche Wahlthe-

men für den Einzelnen im Vordergrund stehen. Wer soziale Sicherheit wählt, wählt weniger schnell die NPD als jemand, der das Thema „Überfremdung“ auf seiner Prioritätenliste ganz oben führt. Eine starke Polarisierung zwischen zwei Parteien – wie bei der Bundestagswahl 2005 zwischen CDU und SPD – trägt hingegen dazu bei, dass viele ihre Stimme den so genannten „Etablierten“ geben.



## Sehenden Auges kämpfen

Kristina Köhler, CDU/CSU

Nach vorläufigen Zahlen lässt sich auch im Jahr 2005 vor allem im Bereich der Propagandadelikte ein deutlicher Anstieg rechtsextremistischer Straftaten beobachten. Wenn wir diesen Extremismus an der Wurzel bekämpfen wollen, dann sind weder Verharmlosung und Kuschelrhetorik noch Hysterie und blinder Aktionismus gute Ratgeber. Das Phänomen Rechtsextremismus ist komplex; deshalb müssen auch die Antworten komplex sein.

Wir brauchen daher sowohl Prävention und Hilfestellung auf der einen als auch Repression auf der anderen Seite. Fast drei Viertel der rechtsextremistischen Straftäter sind Jugendliche. Hier sind für gefährdete oder bereits in die rechtsradikale Szene abgerutschte Jugendliche milieubezogene Hilfestellungen vor Ort unverzichtbar. Zugleich ist aber auch eine konsequente Weiterentwicklung des Jugendstrafrechtes in Richtung schnellerer und konsequenterer staatlicher Reaktionen notwendig.

Wir brauchen aber auch ein tieferes Vertrauen in unser demokratisches System und unser Grundgesetz. Wenn wir selber nicht an die Stärke unserer Demokratie glauben und ihre Werte selbstbewusst vertreten, werden wir Extremisten nicht überzeugen können. Das Werben um unsere Demokratie muss daher immer auch das Werben mit unserer Demokratie sein. Dies verlangt nach Glaubwürdigkeit. Deshalb darf es in Zukunft nicht mehr passieren, dass mit Steuergeldern – wie leider unter der letzten Bundesregierung geschehen – linksextremistische Gruppierungen unterstützt werden, um gegen rechtsextremistische Gruppierungen vorzugehen.

Grundsätzlich gilt: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus dient nicht der Beruhigung unseres Gewissens, sondern er muss zielgerichtet und effektiv sein. Gegen blinden Hass muss man sehenden Auges kämpfen.



kristina.koehler@bundestag.de  
www.kristina-koehler.de

Nun wäre es aber verfehlt zu glauben, dass die Rechtsextremen ihr mangelnder politischer Erfolg über Gebühr berührt. Mindestens der NPD, die als erste Partei kaum noch den Anschein demokratischer Grundfeste zu wahren versucht, geht es gar nicht zuallererst um eine Verankerung im Parteiensystem. Stattdessen verfolgt sie nach den Worten ihres Vorsitzenden Udo Voigt eine dreiteilige Strategie: eine „Schlacht um die Wähler, die Köpfe und die Straße“.

### Rechte Freizeitkultur

Vor allem, aber nicht nur in der ostdeutschen Provinz tritt die NPD dann auch in der Tat und weitgehend frei von medialer Anteilnahme als eine Art Volksbewegung und Freizeitverein auf. Wer sich in Vorpommern, der Sächsischen Schweiz oder im Thüringer Wald langweilt, dem hilft im Zweifel die „Nationaldemokratie“: mit Zeltlagern und Wanderungen, Gitarrenmusik und Denkmalbesichtigungen. „Gerade wenn es sonst nicht viel gibt, laufen die Leute in Heerscharen ins nationa-

listische Freizeitlager“, sagt Anetta Kahane, Leiterin der Antonio-Amadeo-Stiftung, die versucht, jene Initiativen zu stärken, die sich der rechten Freizeitkultur entgegenstellen.

Nun darf man sich das nicht so vorstellen, dass der böse Nationaldemokrat von nebenan plötzlich aus dem Nichts auftaucht und unschuldigen Kindern die Köpfe verdreht. „Der rechte Mainstream ist viel älter als der NPD-Erfolg“, erklärt der sachsen-anhaltinische Rechtsextremismus-Experte David Begrich, „die Jugendkultur in den meisten Dörfern steht rechts – seit Jahren!“ In der Praxis heißt das, dass es an Schulen und in Jugendclubs, auf Marktplätzen und an Tankstellen längst normal geworden ist, rechts zu sein und sich auch so zu gerieren. Mit markigen Sprüchen gegen Ausländer und mit dem Rückzug in die eigene Gruppe, aber auch mit immer mehr modischen und musikalischen Insignien. Seit die Hersteller der Kleidungsmarken „Fred Perry“ und „Lonsdale“ sich mehr oder minder erfolgreich vom Ruf der Nazi-Mode freige-

kämpft haben, ist „Thor Steinar“ die unangefochtene Nummer eins und in so ziemlich jedem Jeansladen zu haben. Musikalisch wählen Jugendliche in Ost wie West inzwischen aus der ganzen Bandbreite von rechtem Gitarrenrock bis rechtem Hip-Hop aus. Mehr als hundert rechtsextreme Bands zählen Verfassungsschützer, bei ständig steigender Tendenz. So beliebt sind viele der Bands, dass szenintern schon geklagt wird, auf den Konzerten verstünden immer mehr Jugendliche viel von Musik – und wenig von Ideologie.

### Menschenfeindliche Einstellungen

Die meisten dieser Jugendlichen gefährden niemanden und zählen vielleicht nicht einmal zu den 6,66 Prozent, die bei einer parallel zur Bundestagswahl abgehaltenen U18-Wahl der NPD ihre Stimme gegeben hätten – hätten sie denn mit unter 18 wählen dürfen. Vielleicht sind sie abgesehen davon, dass Jugendliche sich öfter in der Öffentlichkeit aufhal-

ten, auch einfach nur wie ihre Eltern? Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer beobachtet jedenfalls ein stetes Ansteigen so genannter „menschenfeindlicher“ Einstellungen in der gesamten Bevölkerung. In einer Langzeiterhebung unter dem Titel „Deutsche Zustände“ registriert er jedes Jahr mehr Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie (gegen Obdachlose, Homosexuelle, Muslime) und Sexismus. Heitmeyer warnt vor den Folgen für die Menschen, die diesen Gruppen zugehören: „Die Sicherheit ihrer physischen und psychischen Integrität ist gefährdet, die ihnen ein Leben frei von Angst ermöglicht.“

Das gilt nicht nur deswegen, weil das martialische Auftreten der Steinar-Kapuzen-Träger Andersdenkende erschreckt und mundtot macht. Der rechte Mainstream auf manchen Straßen und Plätzen schafft auch einen (Schutz-)Raum für all die, die mit erschreckender Brutalität gegen alles „andere“ vorgehen: Anders als die relative – mediale – Ruhe um den



NPD-Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung.

Rechtsextremismus glauben machen könnte, werden Opfer wie Täter rechtsextremer Gewalt nämlich immer mehr: Bereits im vergangenen Mai prangerte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily im Deutschen Bundestag mit dem Verfassungsschutzbericht 2004 einen massiven Zuwachs von Neonazis sowie immer mehr rechtsextreme Straf- und Gewalttaten an. 640 Körperverletzungen, 37 Brandstiftungen, zwei

Fälle von Freiheitsberaubung, neun Raubdelikte sowie sechs versuchte Tötungsdelikte waren darunter. 2005 stieg die Zahl der Straftaten nach den vorläufigen Zahlen der Bundesregierung noch einmal um erschreckende 30 Prozent.

Nun ist das mit Polizeistatistiken immer so eine Sache; hoch ist die Dunkelziffer, unterschiedlich sind das Meldeverhalten der Bürger und die Registrierungspraktiken der Behörden;




## Kein Anlass zur Entwarnung

Niels Annen, SPD

Nachdem ein Einzug rechtsextremer Parteien in den Deutschen Bundestag verhindert wurde, treten nun wieder die großen Beruhiger in der Debatte auf. Dabei gibt es keinerlei Anlass zu einer Entwarnung. Die Anzahl rechtsextremer Straftaten ist im vergangenen Jahr um 30 Prozent gestiegen. Gleichzeitig beunruhigt der Mitgliederzuwachs der NPD um gute 15 Prozent, der mit einem generellen Anwachsen der rechtsextremen Szene einhergeht. Insbesondere die Verfestigung der NPD in der Jugendszene in Ostdeutschland und Teilen von Nordrhein-Westfalen ist erschreckend.

Zudem versucht die extreme Rechte mit neuen Formen in immer breitere Gesellschaftsschichten vorzudringen. Mit einem nur notdürftig als antiisraelisch getarnten Antisemitismus werden auch Berührungspunkte mit linken Gruppierungen gesucht. Die Gefahr von rechts ist nicht gebannt und wir haben die Pflicht, das Erstarken der extremen Rechten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen: Der Bundestag muss weiterhin Mittel für den zivilgesellschaftlichen Widerstand zur Verfügung stellen. Ein De-facto-Einstellen dieser Unterstützung, wie jetzt im Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend diskutiert, wäre falsch.

Polizei und Gerichte müssen rechtsextreme Straftaten mit aller Härte und Konsequenz verfolgen. Falsch verstandene Toleranz ist fehl am Platze. Nur wenn wir alle deutlich machen, dass wir Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Gewalt nicht dulden werden, werden wir gegen den Rechtsextremismus erfolgreich sein. Dies bedeutet jedoch auch ein aktives Eintreten nicht nur von gewählten Abgeordneten für die Demokratie.

 niels.annen@bundestag.de  
www.niels-annen.de



## Prävention durch Bildung

Hartfrid Wolff, FDP


Für Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus stehen bis 2006 192 Millionen Euro zur Verfügung. Das ergab eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion. Die jüngsten Entwicklungen werfen jedoch die Frage auf, was solche Programme bewirken.

Der Rechtsextremismus macht ein Drittel des extremistischen Spektrums aus. Sich bei der Extremismusbekämpfung nur mit den Rechtsextremen zu beschäftigen, reicht keinesfalls. Allerdings ist das rechtsextreme Milieu ganz spezifisch mit niedrigerem Bildungsniveau sowie beruflicher Erfolglosigkeit korreliert.

Wenn junge Menschen keine berufliche Perspektive haben, dann wird es schwer, die daraus folgenden Frustrationen aufzufangen. Aggression und Gewalt breiten sich weiter aus und Eliten wandern ab. Wo dies geschieht, bleiben Investoren fern. Deshalb ist wirtschaftliche Dynamik der Schlüssel zu jeder Extremismusbekämpfung.

Unterstützend kann ehrenamtliches Engagement Menschen eine Aufgabe in der Gesellschaft geben. Die Stärkung des Ehrenamtes und ein attraktives und modernes Angebot der Vereine für Sport, Kultur und gesellschaftliches Engagement sind Teil einer umfassenden Strategie gegen Anfälligkeiten für Extremismus aller Art.

Bildung und Erziehung spielen eine entscheidende Rolle in der Extremismusprävention. Das betrifft sowohl die Chancen auf dem Arbeitsmarkt als auch die Sensibilität gegen politische Irrwege. Statt in gut gemeinte Sonderprojekte sollten mehr Mittel in die Stärkung unseres Bildungssystems investiert werden. Bildung muss darauf abzielen, die heranwachsende Generation so zu festigen, dass sie gegen extremistische Ideen widerstandsfähig sind. Dazu gehört, als Teil des Bildungsweges, die kostenlose Kindertagesbetreuung, wie sie die FDP fordert, um die Chancengerechtigkeit am Start zu erhöhen – gerade für Kinder aus schwierigem sozialen Umfeld.

 hartfrid.wolff@bundestag.de  
www.wolff-fdp.de

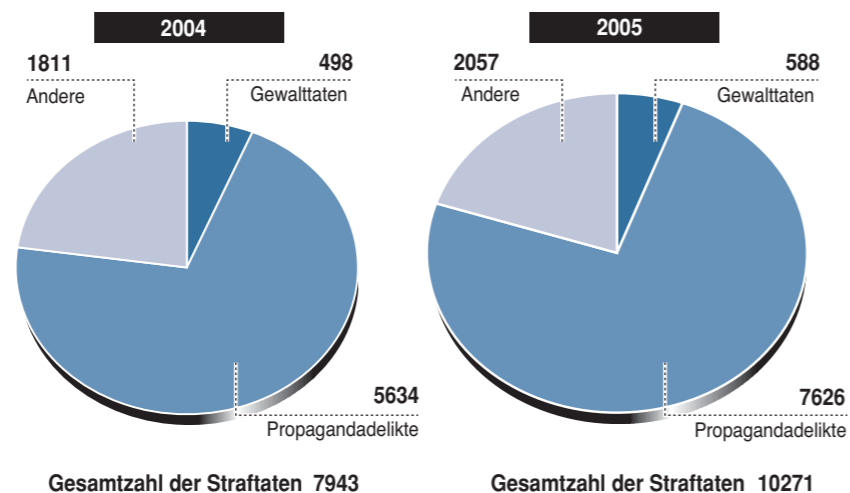
widerstreitend zuweilen die Zahlen. Ein Blick auf ein paar aktuelle Vorfälle wirft aber ein deutliches Licht auf die Menschenverachtung, mit der die Täter zu Werke gehen: Da wird in Pömmelte (Sachsen-Anhalt) ein 12-jähriger mit vorgehaltener Gaspistole zu Führerhuldigungen gezwungen und ihm anschließend eine Zigarette im Auge ausgedrückt; da bewerfen in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) Berufsschüler Lernbehinderte mit Feuerwerkskörpern; da wird in Altdorf (Bayern) ein Rollstuhlfahrer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: 588 rechtsextreme Gewalttaten verzeichnet die Statistik 2005, neunzig mehr als 2004. Der harte Kern gewaltbereiter Neonazis wird mit 4.100 bezifert; 300 mehr als vor einem Jahr.

### Hysterie oder Schweigen

Bleibt die Frage, warum Rechtsextremismus zurzeit in den Medien wenig diskutiert wird. Toralf Staud, einer der wenigen Journalisten, die sich kontinuierlich mit dem Phänomen beschäf-

### Politisch rechts motivierte Straftaten 2004 und 2005

Summen der monatlich gemeldeten Zahlen der Bundesregierung\*



\*Die monatlich gemeldeten Zahlen sind vorläufige Angaben

Quelle: Bundesregierung

tigen und auch Ortsbesuche nicht scheuen, zieht in seinem jüngst erschienenen Buch „Moderne Nazis“ ein eher lakonisches Resümee: „Über Rechtsextremismus wird in Deutschland entweder hysterisch oder gar nicht geredet.“ Die Bertelsmann-Stiftung sieht es in ihrer 2005 erschiene-

nen Studie „Strategien gegen Rechtsextremismus“ ähnlich. Die Behandlung des Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Gewalttaten, so heißt es da, erfolge überwiegend in der ereignisbezogenen tagesaktuellen Berichterstattung, nicht aber in Hintergrundberichten, die sich auch vor-

ausschauend mit der Frage nach den Ursachen und deren Beseitigung befassen. Auf diese Weise folge die Behandlung des Rechtsextremismus einer „politischen Konjunktur“, die dem Phänomen nicht gerecht werde: „Das Thema benötigt eine dauerhafte und intensive Berichterstattung, die auch über die Hintergründe informiert“, fordern die Autoren, „sich auf aktuelle Ereignisse zu fixieren, reicht nicht.“

Das allerdings ist ein Auftrag, der sich nicht nur an die Medien richtet, sondern an die gesamte politische Öffentlichkeit. Im Deutschen Bundestag – wie auch in den Parlamenten der Bundesländer, in den Stadt- und Gemeinderäten – wird über Programme und Fördermaßnahmen entschieden, die zur Bekämpfung der Ursachen des Rechtsextremismus zur Verfügung stehen. Diese können allerdings nur den Rahmen schaffen und die Bedingungen verbessern – die gesamte Zivilgesellschaft bleibt aufgerufen, diese Möglichkeiten zu nutzen, um Rechtsextremismus in allen seinen Formen schon im Ansatz zu bekämpfen.

### Aktionsprogramm der Bundesregierung Jugend für Toleranz und Demokratie

**Entimon** – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus  
[www.entimon.de](http://www.entimon.de)

**Civitas** – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern  
[www.jugendstiftung-civitas.org](http://www.jugendstiftung-civitas.org)

**XENOS** – Leben und Arbeiten in Vielfalt  
[www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de)

### Amadeu Antonio Stiftung

Unterstützung von Initiativen und Projekten, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen. Benannt nach Amadeu Antonio Kiowa, 1990 von Rechtsextremen in Eberswalde getötet.  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

### Bertelsmann Stiftung

Studie „Strategien gegen Rechtsextremismus“. PDF-Download auf [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### Bundesamt für Verfassungsschutz

Verfassungsschutzbericht unter Menüpunkt „Publikationen“:  
[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)



## Polizeistatistik stapelt tief

Petra Pau, Die Linke.

[petra.pau@bundestag.de](mailto:petra.pau@bundestag.de)  
[www.petrapau.de](http://www.petrapau.de)

Monat für Monat frage ich die Bundesregierung, wie viele rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten sie registriert habe. Die Übersicht ist auf meiner Webseite [www.petrapau.de](http://www.petrapau.de) nachlesbar. Im Bundesschnitt sind das 2 1/2 Gewalttaten täglich und mehr als eine Straftat stündlich – Tendenz steigend.

Die Zahlen sind tiefgestapelt. Das belegen Quervergleiche mit anderen Statistiken. Und sie sind unvollständig, weil manche Bundesländer sich „sauber“ lügen. So meldete Thüringen im vergangenen Jahr in drei Monaten eine glatte „Null“ ans Bundesinnenministerium.

Das rechtsextremistische Potenzial ist natürlich größer und es ist noch alltäglicher als das, was eine Polizeistatistik spiegeln kann. Es ist auch gefährlicher. Denn es reicht weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Das belegen Untersuchungen, das lehrt auch der Alltag. Der Zuspruch zur Demokratie sinkt, in Ost und West. Und zugleich sind rassistische oder antisemitische Ressentiments jederzeit abrufbar. Das beklagte erst unlängst wieder Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Zu Recht!

Ein Fall für den Bundestag? Mitnichten! In der vergangenen Legislatur gab es dazu keine einzige ernsthafte Debatte im Plenum. Und wenn das Thema überhaupt aufgerufen wurde, dann immer als innenpolitisches im engeren Sinne, also als Herausforderung für die Polizei und andere Dienste. Das greift natürlich viel zu kurz. Nahezu alle Politikfelder können dem Rechtsextremismus wehren: Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Regional-, Europa-, Jugendpolitik und viele andere mehr. Vor allem brauchen wir eine couragierte Zivilgesellschaft. Sie sollte gestärkt werden, zum Beispiel durch mehr Demokratie. Stattdessen werden engagierte Antifaschisten immer noch kriminalisiert. Das zeigt ein Blick in etliche Berichte des Verfassungsschutzes.



## Initiativen gegen rechts stärken

Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen

[monika.lazar@bundestag.de](mailto:monika.lazar@bundestag.de)  
[www.monika-lazar.de](http://www.monika-lazar.de)

Übertreib' nicht, es wird schon nichts passieren. Falls doch, sind es Einzelfälle.“ Solche Beschwichtigungen höre ich seit Jahren, wenn ich vor wachsendem Rechtsextremismus in Deutschland warne. Warum unterschätzen viele Menschen, auch in der Politik, diese Gefahr? Weil kein spektakulärer Einzug Rechtsextremer in den Bundestag erfolgte? Weil ihnen keine Neonazis im eigenen Umfeld begegnen? Weil vielleicht manche selbst finden, wir hätten zu viele Ausländer im Land?

Bündnis 90/Die Grünen betrachten kulturelle Vielfalt, Begegnung und Dialog als Bereicherung. Ausländer(innen) ein integriertes, geachtetes und sicheres Leben hier zu ermöglichen, setzt ein klares Nein zu jeder Art von Fremdenfeindlichkeit voraus. Neonazis dürfen keine Chance erhalten, ihre Menschenverachtende Ideologie auszuweiten oder provokant zu demonstrieren.

Ich sehe dabei zwei Hauptaufgaben für die Politik. Erstens: Sie muss sich öffentlich klar dagegen stellen, immer wieder. Zweitens: Sie trägt Verantwortung für Rahmenbedingungen, in denen Zivilgesellschaft gegen rechts wächst.

Wie können wir Politiker(innen) diese Bereiche konkret angehen? Das Parlament sollte Gesetze zum Schutz vor Diskriminierung beschließen. Dort formulierte Grundsätze des Zusammenlebens geben wichtige Signale in unsere Gesellschaft. Die Landesregierungen müssen ihre Bildungspläne erneuern. Da gehört mehr über unsere demokratischen Grundwerte hinein, damit Kinder und Jugendliche nazistische Inhalte erkennen und deren Folgen abschätzen lernen. Für diese neuen Akzente muss auch die Ausbildung der Lehrkräfte modernisiert werden. Bund, Länder und Gemeinden sollen eine ausreichende Finanzausstattung für Initiativen gegen rechts sicherstellen und im Konsens diese wichtigen Anlaufstellen für Aufklärung und Opferhilfe erhalten und stärken.



D E B A T T E

Familienpolitik ist wieder „in“. Aufgeschreckt durch eine immer drastischer sinkende Geburtenrate haben alle Parteien die Förderung von Familien und Kindern auf ihre Fahnen geschrieben. Gerade hat sich die Koalition auf eine bessere steuerliche Förderung der Kinderbetreuung geeinigt.

Und für die Zukunft sind ein neues Elterngeld und kostenlose Kindergartenjahre im Gespräch. Luftschlösser oder bittere Notwendigkeit? Darüber diskutieren im Streitgespräch mit BLICKPUNKT BUNDESTAG die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressl, und, für die Fraktion Die Linke., Jörn Wunderlich, der auch Obmann seiner Fraktion im Familienausschuss ist.



## Streitgespräch: Familienpolitik

Jörn Wunderlich

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

Nicolette Kressl

# Neue Liebe zum Kind?

**Blickpunkt Bundestag:** Ist das, was Union und SPD nach schweren Wehen beschlossen haben – berufstätige Eltern wie Alleinerziehende können künftig für Kinder bis zu 14 Jahren zwei Drittel ihrer Betreuungsausgaben bis maximal 4.000 Euro pro Kind und Jahr von der Steuer absetzen – ein großer Wurf oder ein kleiner Anfang?

**Nicolette Kressl:** Es war ein wichtiger Baustein im Rahmen der gesamten familienpolitischen Debatte, auch wenn die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten – auch Eltern mit nur einem Alleinverdiener sind übrigens mit einbezogen – sicher nicht der zentrale Punkt ist. Deshalb werden wir auch weitere Vorhaben anpacken. Vergessen Sie überdies nicht, dass wir wichtige Schritte dahin, dass Eltern sich ihre Kinderwünsche erfüllen können, schon in der letzten Legislaturperiode gegangen sind. Zum Beispiel mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.

**Blickpunkt:** Herr Wunderlich, ich vermute, dass Sie und Ihre Partei das anders sehen. Warum?

**Jörn Wunderlich:** Es ist zwar richtig, dass manche Familie durch die bessere steuerliche Absetzbarkeit in Zukunft finanziell etwas besser da steht, aber unterm Strich bekommen wir neue soziale Ungerechtigkeiten. Eine alleinstehende

Mutter mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von monatlich 1.500 Euro hat relativ wenig von der Neuregelung. Denn die begünstigt wieder einmal diejenigen, die höhere Einkommen haben und entsprechende Steuern zahlen.

**Kressl:** Einspruch, so ist es ja nicht. Entgegen ursprünglichen Plänen, Alleinerziehende zunächst einen Sockel von 1.000 Euro Betreuungskosten selbst tragen zu lassen, können sie jetzt schon den ersten Euro geltend machen. Natürlich wirkt auch hier die Steuerprogression. Uns war vor allem wichtig anzuerkennen, dass bei Erwerbstätigkeit von Eltern Kosten für die Kinderbetreuung entstehen, die steuerlich abgemildert werden müssen. Dazu hat uns auch das Bundesverfassungsgericht verpflichtet. Dass Familienpolitik aus mehr bestehen muss – darüber sind wir uns hoffentlich einig.

**Blickpunkt:** Angesichts von 36 Milliarden Euro Kindergeld, die der Staat im Jahr an Familien überweist, und 25 Milliarden Euro, die die Kommunen für Kindergärten ausgeben, wirken die jetzigen Erleichterungen von 460 Millionen Euro eher wie Peanuts. Warum ist die Koalition so hasenförmig bei diesem großen Thema?

**Kressl:** Ich warne davor, bei unserer Diskussion nur die Steuerabzugsfähigkeit im Auge zu haben. Sie ist einer von vielen Bausteinen unserer Familienpolitik. Natürlich sind andere Systemumstellungen – etwa Elterngeld und intensiver Ausbau der Betreuungsangebote – bedeutsamer. Das wird politisch wie finanziell auch der Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein.

**Wunderlich:** Ich finde den Vorwurf der Hasenförmigkeit berechtigt. Hier wird gekleckert, statt geklotzt. Natürlich muss eine bessere Familienpolitik finanziert werden, aber die Koalition macht sich ja noch nicht einmal Mühe, über neue Einnahmen nachzudenken.

**Blickpunkt:** Woher sollte denn das Geld kommen?

**Wunderlich:** Durch eine grundlegende Steuerreform, die wir schon lange fordern. Zum Beispiel durch eine Vermögenssteuer, durch eine Anhebung der Erbschaftssteuer.

**Kressl:** Sie lesen offensichtlich keine Urteile des Bundesverfassungsgerichts! Das legt uns nämlich enge Grenzen auf. Und: Eine Vermögenssteuer würde an die Länder fließen, also den Bund nicht finanzkräftiger machen.

**Blickpunkt:** Worum geht es eigentlich bei der neuen Förderung? Steht die Kinderbetreuung im Vordergrund oder

die Schaffung von Arbeitsplätzen in privaten Haushalten, wie die Bundeskanzlerin betont hatte, oder geht es um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie? In der Argumentation ging das häufig ziemlich durcheinander...

**Kressl:** Da hilft ein Blick in den Koalitionsvertrag. Denn darin steht, dass zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten anzustreben ist.

**Wunderlich:** Ich glaube, die Koalition wollte etwas ganz anderes: Die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen im Niedriglohnsektor. Boshaft gesagt: Hier soll eine neue Kaste von modernen Leibeigenen herangezogen werden.

**Kressl:** Herr Kollege, das ist nun wirklich Unsinn, an den Sie doch selber nicht glauben.

**Blickpunkt:** Ist unsere Familienförderung nicht viel zu kompliziert? Viele Menschen schauen zwischen Transferleistungen, Abschreibungsmöglichkeiten und Zuschüssen gar nicht mehr durch!

**Kressl:** Mehr Transparenz wäre in der Tat sehr wichtig. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten in unserem föderalen



Im Gespräch: Nicolette Kressl ...

System machen uns die Sache zusätzlich schwer. Bei den Kitas sind die Länder oder die Kommunen zuständig, bei den steuerlichen Regelungen ist es der Bund. Es wäre eine gute Aufgabe für die Große Koalition, hier für mehr Klarheit und Transparenz zu sorgen.

**Wunderlich:** Richtig! Das System ist viel zu aufgesplittert, wir sitzen in der Föderalismusfalle. Die vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten müssen dringend zusammengefasst werden.

**Blickpunkt:** Herr Wunderlich, Ihre Partei ist besonders im Osten stark. Dort gab es in der DDR-Zeit mit dem Kindersegel keinerlei Probleme. Und zwar deshalb, weil der Staat für eine flächendeckende, ganzzweilige und kostengünstige Kinderbetreuung gesorgt hatte. Wäre das nicht ein Vorbild auch für das vereinte Deutschland?

**Wunderlich:** Ja, sicher. Ich selbst habe zwar nicht in der DDR gelebt, aber die DDR hat in der Kinderbetreuung durchaus eine Vorbildfunktion. Ich hätte mir gewünscht, dass man aus den positiven Erfahrungen sowohl der alten Bundesrepublik wie auch der DDR die besten Sachen herausgenommen und flächendeckend transferiert hätte.

**Kressl:** Leider stimmt es, dass die meisten alten Bundesländer immer noch die Schlusslichter beim Angebot der Kinderbetreuung sind. Das zeigt, dass wir vielleicht fälschlicherweise die Erfolge der Kinderbetreuung in der DDR tabuisiert haben. Im Übrigen: Nicht

nur die Politik ist bei der Kinderbetreuung gefragt, genauso sind es Wirtschaft und Unternehmer. Auch die müssen mit in die Pflicht genommen werden.

**Blickpunkt:** An Sie beide, Frau Kressl und Herr Wunderlich, die Frage: Wäre alles nicht viel einfacher, wenn man Steuererleichterungen, ja sogar das Kindergeld für eine bestimmte Zeit streichen, dafür aber für alle Kinder

**i Reden Sie mit beim Thema „Familienpolitik“:**

nicolette.kressl@bundestag.de

joern.wunderlich@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Jörn Wunderlich.



kostenlose Krippen- und Kitaplätze anbieten würde?

**Wunderlich:** Eine sehr gute Überlegung! Sie sollten in die Politik gehen!

**Kressl:** Klingt gut, ist aber realitätsfern. Denn das Verfassungsgericht hat unwiderruflich auf Kinderfreibeträge im Steuerrecht bestanden. Wenn wir das Kindergeld streichen würden, wäre das eine besondere Belastung für die Niedrigverdiener, denn die Gutverdiener könnten weiterhin von den Freibeträgen profitieren. Wir Sozialdemokraten wollen das nicht. Und ich nehme an, Herr Kollege, dass gerade auch Ihre Partei das nicht will.

**Wunderlich:** Mit einer Grundsicherung würden auch Niedrigverdienende deutlich entlastet.

**Blickpunkt:** Wird die Politik zu sehr vom Verfassungsgericht eingeengt?

**Kressl:** Ich möchte keine generelle Kritik üben. Aber es gibt sicherlich einige Entscheidungen, die wir Sozialdemokraten für falsch oder problematisch gehalten haben. Spitz gesagt, hängt das vielleicht auch damit zusammen, dass wir einige dieser Urteile Herrn Kirchhoff zu verdanken haben. Ich hätte mir vom Bundesverfassungsgericht manchmal ein anderes Familienbild gewünscht.

# Kinderrepublik Deutschland?

Ein Essay von Ulrich Deupmann

ESSAY

Eltern, die sich hinaustrauen aus den sorgsam abgetrennten Kinderreservaten, stoßen hierzulande rasch auf eine alltägliche subtile Ausgrenzung, auf ganz gewöhnliche Szenen im Umgang mit einer fremd gewordenen Minderheit: die genervten Blicke der Tischnachbarn im Restaurant, wenn Kinder fröhlich mit Löffeln und Gabeln aufeinander losgehen, und dazu der hilflose Gesichtsausdruck des Gastronomen, der um seinen Umsatz und die gute Laune seiner Gäste fürchtet.

Ja doch: Wir Deutsche leben in einem geteilten Land. Aber nicht Osis und Wesis stehen sich dabei in erster Linie gegenüber: Die viel tiefere Kluft verläuft zwischen Familien oder Alleinerziehenden mit Kindern – und den Kinderlosen auf der anderen Seite des kulturellen Grabens.

Die Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien haben sich über Jahrzehnte für diesen Konflikt nicht interessiert. Höchstens wenn vom angeblichen „Krieg der Generationen“ die Rede war, gelangte das Kinderthema bis in die Talkshows. Aber bei diesen Erregungsendungen suchten lediglich ein paar marketingbewusste Jungpolitiker ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Das Millionenheer der Eltern, das viel Grund zum Aufstand hätte, lässt indes die allgegenwärtige Achtlosigkeit still über sich ergehen.

„Wir sind kein kinderfeindliches, aber ein kindervergessenes Land“, sagte die ausgeschiedene Bundesfamilienministerin Renate Schmidt – ein treffender Befund. Schleichend sind die Kinder aus unserem Alltag und unserem Bewusstsein verschwunden. 1964 kamen noch 1,4 Millionen Kinder in Deutschland zur Welt, heute sind es 700.000. In Riesenschritten entwickeln wir uns von einer Schaukel- zur Schaukelstuhlgesellschaft, und kaum einer hat es bemerkt.

Wie auch? Immer seltener kreuzen sich die Wege von Kindern und Kinderlosen. Während die einen abends in der Kneipe über die neuesten Kinofilme fachsimpeln, verdienen die anderen als Bedienung den Markenankor für ihre Tochter. Während Politiker abends in Gremiensitzungen den Haushalt aufstellen, lesen Eltern ihren Kindern zu Hause „Hänsel und Gretel“ vor.

Die konsequente Entmischung der Lebenswelten vernichtet menschliches Basiswissen. Vor einer Generation gab es niemanden, der in Fernzügen stoisch und einsam in seinen Laptop hackte. Aber ich meine mich an mehr Menschen zu erinnern, die während der Fahrt neugierig das Gespräch mit Kindern suchten. Und an mehr Erwach-

sene, die noch wussten, wie sehr sich ein Kind freut, wenn man ihm freiwillig den Fensterplatz anbietet.

In manchen Gegenden des Landes sind Kinder tatsächlich schon verschwunden. Neulich, samstags vor einem Spaßbad östlich von Berlin: In Scharen streben Rentner, Grüppchen gepflegter mittelalter Damen und braungebrannte Singles zum beheizten Wellnessparadies. Auf die Frage nach einem Kinderbecken schüttelt der Herr am Ticketschalter jedoch gleichgültig den Kopf. „Gab es mal“, gibt er knapp zur Antwort, „wurde aber wieder weggerissen – mangels Nachfrage.“

Und dennoch: Eine gesellschaftliche und politische Gegenbewegung setzt sich gerade in Gang. Auf den Rausch der Spaßgesellschaft folgt eine Renaissance von Werten, der Wunsch nach Sinn, Substanz – und Kindern. Seitdem die Wucht der demografischen Umwälzung in die Köpfe dringt, rückt Kinderpolitik auch in der politischen Bedeutungsskala nach oben.

Wirtschaftsführer erkennen plötzlich, dass die dramatisch gesunkene Geburtenrate den Fachkräftemangel der Zukunft auslöst. Junge Politikerinnen und Politiker in allen Parteien drängen darauf, dass Kinderwünsche nicht an veralteten Gesellschaftsbildern scheitern. Dass zudem mit Angela Merkel und Matthias Platzeck zwei

gelernte DDR-Bürger die großen Volksparteien führen, erweist sich als unverhoffter Glücksfall. Beide haben mit dem westdeutschen Sonderweg in der Familienpolitik nichts zu schaffen. Berufstätige Frauen, moderne Ganztagskindergärten und Ganztagschulen sind für sie eine biografische Selbstverständlichkeit.

Der Weg zur Kinderrepublik Deutschland, in die wir uns um unserer Zukunft willen verwandeln müssen, beginnt mit besseren politischen Rahmenbedingungen für junge Frauen und Männer, die sich Kinder wünschen. Die lebendigen kinderreichen Gemeinden, in denen Bürgermeister und Eltern Kinder in den Mittelpunkt stellen, sind der Beweis. Dort zeigt sich, dass Kinderlachen mehr Lust auf Zukunft macht als jede feurige politische Rede.



**Ulrich Deupmann, Jahrgang 1965, ist Leiter des Hauptstadtbüros der „Bild am Sonntag“. Er wurde 1994 mit dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Deupmann ist Autor des Buches „Die Macht der Kinder“, erschienen 2005 im S. Fischer Verlag.**



Fensterplatz Fehlanzeige: Kind auf Bahnfahrt.



## Drei Fragen an Abgeordnete

### Frau Jochimsen, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Auch wenn es fast peinlich ist: das Café Einstein Unter den Linden. Es liegt direkt neben meinem Abgeordnetenbüro und ist gewissermaßen „Cantina Sociale“, wo ich von morgens bis spätabends den besten Kaffee und die schönsten Speisen nördlich von Wien essen kann. Stichwort: Kaiserschmarren. Außerdem treffe ich dort immer gute Bekannte aus dem ganzen Land – rein zufällig.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Über den anmutigen Esel in der Schlingensief-Inszenierung „Kunst und Gemüse“ in der Volksbühne, der inmitten von



Luc Jochimsen,  
Die Linke.

Höllenslärm, Videolawinen, rasenden Schauspielern auf rotierender Drehbühne seine Seelenruhe behielt und uns Menschen im Publikum neugierig beobachtete.

### Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Der Redetext zum Parlamentsantrag der FDP, der die Modernisierung des Urheberrechts einfordert. Schwierig, fast unlösbar ...

**Luc Jochimsen, Jahrgang 1936, ist Mitglied der Fraktion Die Linke. des Deutschen Bundestages. Die frühere TV-Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.**

## PANORAMA

## Zehn Jahre www.bundestag.de Ran an die Menschen



1997.



2004.



2006.

**Vor zehn Jahren öffnete der Bundestag seine virtuellen Türen. Der direkte Kontakt zum Bürger war das Ziel des neuen Internetportals. Politik sollte erlebbarer und transparenter werden. Und auch für die Parlamentarier brachte das Internetangebot viele Vorteile. Seither ist es eine unverzichtbare Informationsquelle zur Politik.**

Die neunziger Jahre waren die Zeit der neuen Medien. Wer mit der Zeit ging, ging ins Internet. Der Bundestag richtete nicht nur die Enquete-Kommission „Neue Medien – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ ein. Er erkannte auch, was ein Internetauftritt leisten kann. „Ran an den Bürger“ hieß es damals. Und so stellte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth im Januar 1996 das Portal [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) vor. Gleich zum Start war das Informationsangebot groß. Denn eine Vielzahl vorhandener Bildschirmtextseiten konnte als Grundlage eingebunden werden.

Jetzt gab es die Möglichkeit, mit den Abgeordneten in Kontakt zu treten, Informationen über das parlamentarische Geschehen zu recherchieren oder Plenarprotokolle herunterzuladen. Immer größer ist das Angebot bis heute geworden. Im Internet findet man alle Biografien der Abgeordneten, Tagesordnungen des Plenums und der Ausschüsse, Informationen zu Onlinekonferenzen, Foren, Newsletter, virtuelle Rundgänge und vieles mehr.

Um mit der rasanten technischen Entwicklung des Internets mitzuhalten, wurde die Homepage im Jahr

2000 erstmals umgestaltet. Dabei haben die Entwickler nicht nur das Erscheinungsbild vollständig überarbeitet. Auch inhaltlich tat sich eine Menge. „Das Portal sollte noch benutzerfreundlicher werden: mehr Platz für Informationen, weniger Grafikelemente und ein schnellerer Seitenaufbau – das waren die Zielvorgaben“, sagt Hans-Peter Neumann von den Online-Diensten des Bundestages, der von Anfang an dabei ist. Und auch diese Version musste barrierefrei, also zum Beispiel auch für Sehbehinderte nutzbar sein – etwa über die Funktion, sich Texte vorlesen zu lassen. Den hohen Standard hatte sich der Bundestag bereits selbst gesetzt. Denn schon 1999 hatte der Marburger Verein „Behinderte in Gesellschaft und Beruf“ die Internetseite gewürdigt und mit dem „Gordischen Webknoten in Gold“ ausgezeichnet.

### Besucherrekorde zur Wahl

2004 gab es ein weiteres Lifting. Das Portal erhielt ein neues Layout und wurde inhaltlich grundlegend umgestaltet. Tagesaktuelle Informationen sind seitdem sofort erkennbar, die Inhalte schneller zu erreichen. Seit Kurzem arbeitet auch eine Internetre-

daktion im Referat und berichtet in verständlicher Sprache über die aktuellen politischen Themen, um die Arbeit des Parlaments noch besser für die Öffentlichkeit darzustellen. Diese Aufgabe umfasst viele Referate und wird vom Team mit viel Elan und großem Engagement angegangen.

Die ersten Erfolge sind schon erkennbar. Denn das Onlineangebot des Parlaments wird rege genutzt: 1997 gab es 780.000 Besucher, 2004 waren es 6,5 Millionen und 2005 schon 9,7 Millionen. Und wenn es in der Politik richtig spannend wird, verbucht [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) wahre Besucherrekorde. Zur Bundestagswahl 2005 besuchten über eine Million Nutzer im Monat die Seiten. Besonders gefragt sind die Ausschüsse. Ihre Internetauftritte werden vor allem von denjenigen genutzt, die Informationen zu speziellen Fragestellungen aus erster Hand bekommen wollen.

„Im Internet präsent zu sein heißt immer auch, sich weiter zu entwickeln, Neues anzubieten“, sagt Neumann. So flattert neuerdings ein kleiner Adler über die Internetseiten und beantwortet geduldig Fragen rund ums Parlament. Seit Januar 2005 wird das Internetangebot des Bundestages außerdem archiviert, um auch auf ältere Informationen jederzeit zugreifen zu können. Denn wer weiß, was die Zukunft in der Politik bringt. Sicher aber ist: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) wird dabei sein und die virtuellen Türen des Parlaments für alle offen halten.

Text: Georgia Rauer

## Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Der weiße Neger Wumbaba“ von Axel Hacke.

Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag habe ich keinen einzigen Roman mehr geschafft. Und das, obwohl ich in den letzten Jahren mehr gelesen habe als in meinem ganzen bisherigen Leben: Zeitungen, Zeitschriften, Bürgerbriefe, Lobbyistenheftchen, Gesetzentwürfe, Aktenvermerke, Länder- und Lageberichte. Pro Sitzungstag mindestens eine dicke Mappe. Pro Sitzungswoche aufeinander gestapelt fast einen Meter hoch. Eine der Haupttätigkeiten: Papier fressen!

In der sparsam bemessenen Freizeit steht mir der Sinn eher nach Rauslassen als auf die weitere Aufnahme auch noch so schöner Buchstaben und Sätze. Nur ein kleines Büchlein, das ich im Auftrag meiner Schwester meiner Mutter zum Geburtstag

schenken sollte, hat es geschafft, mich so zu fesseln, dass ich es ganz durchlesen musste. Nicht der Titel „Der weiße Neger Wumbaba“ weckte mein Interesse (als grüner Entwicklungspolitiker) – sondern der Untertitel: „Kleines Handbuch des Verhörens“. Durch Verhörens sowie Übersetzungsspannen sind auf vielen Delegationsreisen schon die komischsten Situationen entstanden.



Thilo Hoppe,  
Bündnis 90/Die Grünen.

Axel Hacke hat in diesem Büchlein köstliche Früchte des Missverstehens zusammengetragen. Da ist zum Beispiel von einem Jungen die Rede, der das Abendlied „Der Mond ist aufgegangen“ anders hörte als die Erwachsenen. Aus dem aufsteigenden „weißen Nebel wunderbar“ machte der junge Verhörer den „weißen

Neger Wumbaba“ und schuf – so Axel Hacke – eine „unvergessliche, radikal poetische Traumfigur“, die den Maler Michael Sowa, der Hackes Büchlein illustrierte, zu einem ausdrucksvollen Bild für die Titelseite inspirierte. Schalend gelacht habe ich auch über die Schülerin, die den Eltern freudestrahlend erzählt, dass am nächsten Tag der „Erdbeer-Schorsch“ die Schule besuchen wird. Erst durch einen Anruf beim Schulleiter wurde klar, dass es sich bei dem geheimnisvollen Besucher um den Erzbischof handelte. Ein Buch, das mich zum Schmunzeln und Lachen bringt und Erinnerung weckt – an unzählige Momente, in denen erst ein Missverständnis Würze und Humor ins Leben brachte.

**Axel Hacke, Der weiße Neger Wumbaba – Kleines Handbuch des Verhörens, mit Illustrationen von Michael Sowa, Verlag Antje Kunstmann, München 2004**

**Thilo Hoppe, Jahrgang 1958, ist Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Deutschen Bundestages. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Entwicklungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.**



# Experten Gefallen Ihnen besprühte Wände nicht, Herr van Essen?



Geschmäcker sind verschieden. Es geht hier jedoch nicht um meinen persönlichen Kunstgeschmack. Wenn eine Wand mit Zustimmung des Eigentümers besprüht wurde, ist dagegen nichts zu sagen, egal ob mir das Werk gefällt oder nicht. Was mir nicht gefällt sind Schmierereien gegen den Willen der Berechtigten. Jahr für Jahr entstehen in diesem Land durch unerlaubtes Graffiti-Sprühen Schäden in Höhe von rund 500 Millionen Euro. Allein die Deutsche Bahn beklagt einen jährlichen Schaden durch Graffiti in Höhe von 50 Millionen Euro. Viele Menschen fühlen sich durch diese Art des Vandalismus gestört. Es ärgert sie zu Recht, wenn die Häuser, in denen sie wohnen, öffentliche Gebäude und Flächen, Verkehrsmittel und öffentliche Räume verunstaltet sind und die Verantwortlichen dafür nicht bestraft werden. Die Kosten für die Beseitigung

der Schäden tragen letztlich die geschädigten Eigentümer und der Steuerzahler. In den vergangenen Jahren hat das unerlaubte Bemalen und Besprühen privater und öffentlicher Flächen zugenommen. Es war immer die Auffassung der FDP, dass dies als strafbares Unrecht qualifiziert werden muss. Das verlangt der verfassungsrechtlich garantierte Schutz des Eigentums. Deshalb hatten wir bereits 2002 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Tatbestände „Sachbeschädigung“ und „gemeinschädliche Sachbeschädigung“ um den Tatbestand des „Verunstaltens“ erweitern sollte. Es gab im Vorfeld einen langen Streit darüber, ob unerlaubte Graffiti als Sachbeschädigung strafbar seien oder nicht. Eine einheitliche Rechtsprechung fehlte. Diese Lücke sollte der von uns vorgelegte Gesetzentwurf schließen.

Am Ende beschloss der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der FDP eine von Rot-Grün vorgelegte gesetzliche Regelung, die lautet: „Ebenso wird bestraft, wer unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sache nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert.“ Dies ist eine Placebo-Regelung. Die Formulierung „nicht nur vorübergehend“ macht das Gesetz wirkungslos. Sie erfasst Graffiti gerade nicht, wenn sie wieder entfernt werden können. Den Interessen der Eigentümer ist damit nicht geholfen. Sie fühlen sich weiterhin von der Politik allein gelassen, zu Recht!  
**Jörg van Essen, Jahrgang 1947, ist Abgeordneter der FDP-Fraktion, Parlamentarischer Geschäftsführer, Mitglied im Rechtsausschuss des Bundestages und Obmann im Ältestenrat und Vermittlungsausschuss.**

Foto: studio kohlmeier

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:** Stefan Thomas  
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:** Horst Willi Schors, Klemens Vogel  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-220,  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

**Koordination:** Michael Reinold  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68,  
Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Hans-Dieter Großjohann,  
Daniel Kirschner

**Online-Produktion:** Marc Breitung

**Produktion:** Thomas Ahlrichs

**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb:**

Anika Berendt  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: a.berendt@media-consulta.com

**Druck:** Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,  
Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:** 23. Februar 2006

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet:  
[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

AOK-Mediendienst: S. 37 (oben); BMU: S. 39 (oben); Ulrich Deupmann: S. 61 (unten); Deutscher Bundestag: S. 3 (unten), 5 (unten rechts), 9 (unten rechts), 16 (rechts), 20, 21, 22 (oben links), 23 (rechts), 24 (links), 25 (unten), 27-45 (unten), 53 (unten), 54, 55 (unten), 56 (unten), 57, 62, 63; Karl-Heinz Döring (Grafiken): S. 8, 23, 56; EL PAIS: S. 16 (links); Europäische Kommission: S. 30 (oben), 31 (oben); Hürriyet: S. 17 (Mitte); Anke Jacob: Titelfoto, S. 4-5 (oben, rechts unten), 6, 7, 9, 35 (oben); Jugendpresse Deutschland: S. 2 (oben); Land Berlin: S. 28 (oben), 45 (oben); Messe Berlin: S. 33 (oben); NATO: S. 40 (oben); Picture-Alliance: S. 2 (unten), 3 (oben), 5 (oben rechts), 9 (oben), 16 (Mitte), 17 (rechts, links), 18, 26 (oben), 27 (oben), 32 (oben), 34 (oben), 36 (oben), 38 (oben), 41 (oben), 42 (oben), 43 (oben), 52, 53 (oben), 55 (oben), 61 (oben); Photothek: S. 58-60; studio kohlmeier: S. 1, 10-15, 19, 22 (oben rechts), 23 (links), 24 (rechts), 25 (oben), 29 (oben), 44 (oben), 47-51, 64;

**Anschrift für die Post unserer Leser:**

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2006  
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

## Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Blickpunkt-Abo  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per  Rechnung  Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift



Jugendpresse Deutschland e.V. · Großmarkt, 52 · 10623 Berlin · Tel. (030) 459 865-56



# JUGENDMEDIENTAGE

JUGEND & POLITIK - [K]EIN AUSLAUFMODELL?!  
[www.jugendmedientage.de](http://www.jugendmedientage.de)

IM DEUTSCHEN BUNDESTAG VOM 18. BIS 21. MAI 2006  
FÜR JUNGE MEDIENMACHER VON 15 BIS 25 JAHRE

WIE FREI SIND WIR?  
WANN IST UNSERE ZEIT?  
WIE TICKT BERLIN?

Visionen sind gefragt! Und ihr habt sie! Wir suchen interessante Ideen, wie unsere Gesellschaft in 20 Jahren aussehen kann. Schreibt sie auf, fotografiert, animiert oder schneidet einen Audiobeitrag.

Setzt eure Recherchekunst ein, lasst eurer Phantasie freien Lauf. Wir laden 600 junge Medienmacher zu den Jugendmedientagen 2006 in den Deutschen Bundestag ein. Achtung – Anmeldeschluss ist bereits der 31. März 2006! Mach mit unter [www.jugendmedientage.de](http://www.jugendmedientage.de)

